
LANDESHAUPTSTADT



Jahresabschlussbericht 2012

Inhaltsverzeichnis

1 Jahresabschluss	5
1.1 Vermögensrechnung	5
1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK	7
1.3 Finanzrechnung	8
2 Rechenschaftsbericht	9
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen	10
2.3 Strategien und Ziele	11
2.4 Haushaltsplan 2012	12
2.5 Ergebnissituation	13
2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre	13
2.5.2 Die Ergebnislage der Landeshauptstadt Wiesbaden im Plan-Ist Vergleich	18
2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen, Aufgabenschwerpunkte	19
2.6.1 Dezernat I	19
2.6.2 Dezernat II	20
2.6.3 Dezernat III	21
2.6.4 Dezernat IV	22
2.6.5 Dezernat V	23
2.6.6 Dezernat VI	25
2.6.7 Dezernat VII	27
2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft	28
2.7 Entwicklung der Finanzlage	29
2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	31
2.9 Chancen	32
2.10 Risiken	32
2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2012 sowie Ausblick	36
2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen	38
3 Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss	39
3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung	39
3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	39
3.1.2 Sachanlagevermögen	40
3.1.3 Finanzanlagen	45
▪ Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	45
▪ Weiteres Finanzanlagevermögen	48
3.1.4 Umlaufvermögen	49
▪ Vorräte	49
▪ Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	49
▪ Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	49
▪ Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	50
▪ Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	50
▪ Sonstige Vermögensgegenstände	51
▪ Flüssige Mittel	52
3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	52
3.1.6 Eigenkapital	52
3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	53
3.1.8 Rückstellungen	53

Jahresabschluss 2012

3.1.9	Verbindlichkeiten	55
▪	Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2012	55
▪	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	55
▪	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	55
▪	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen	55
▪	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	56
▪	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen.....	56
▪	Sonstige Verbindlichkeiten	56
3.1.10	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	57
3.2	Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	59
3.2.1	Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	59
3.2.2	Restmittel und Überleitungen	59
3.2.3	Ergebnisverwendung	59
3.3	Erläuterungen zur Finanzrechnung	60
3.3.1	Einleitung	60
3.3.2	Erläuterung der erheblichen Unterschiede	60
3.4	Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen	62
3.4.1	Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen	63
3.4.2	Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen	63
3.5	Rechtliche Grundlagen	64
3.6	Organe und Vertretungsbefugnis	64
3.7	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	67
3.8	Haftungsverhältnisse	68
3.9	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	69
3.10	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	70
4	Tabellenteil.....	74
4.1	Anlagenspiegel	74
4.2	Forderungsspiegel	75
4.3	Verbindlichkeitspiegel	75
4.4	Eigenkapitalspiegel	76
4.5	Rückstellungsspiegel	77
4.6	Übersicht über die fremden Finanzmittel	78
4.7	Ergebnisrechnung Wiesbaden	79
4.8	Ergebnisrechnung AKK	80
4.9	Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK	81
4.10	Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen	89

Vorwort

Das abgelaufene Haushaltsjahr war konjunkturell geprägt von einer Phase verhaltenen Wachstums. Gleichwohl kann für die Landeshauptstadt Wiesbaden von einem erfolgreichen Jahr gesprochen werden.

Fast das gesamte Haushaltsjahr wurde nach den Regeln der vorläufigen Haushaltsführung gewirtschaftet. In der Folge durften neue Maßnahmen nicht begonnen werden. Dies beschert dem Kämmerer zwar bessere Zahlen, bremst aber im Gegenzug den Start wichtiger Maßnahmen auf dem Weg zu einer zukunftssicheren Stadt. Der Doppelhaushalt 2012 / 2013 wurde im November 2012 genehmigt.

Im abgelaufenen Haushaltsjahr konnte die Landeshauptstadt Wiesbaden zeitversetzt von der wieder angesprungenen Konjunktur profitieren und somit nach mehreren Jahren mit Fehlbeträgen wieder einen kleinen Überschuss erzielen. Nach wie vor nehmen die Themen Ausbau der Kinderbetreuung, das Schaffen bezahlbaren Wohnraums und die Bebauung des Platzes der deutschen Einheit breiten Raum ein, wobei die Mehrzahl der Maßnahmen ihre volle Haushaltswirkung erst in einigen Jahren erreichen wird.

Dies vor dem Hintergrund der Auflage durch die Kommunalaufsicht, grundsätzlich keine Ausweitung unseres Personalbestands vorzunehmen. Ausgenommen sind der Krippenausbau und das Personal, das zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben benötigt wird, sowie sogenannte rentierliche Stellen: Personal, das sich selbst finanziert.

Insgesamt fiel das Jahresergebnis mit 19,1 Mio. € Überschuss um 76,89 Mio. € höher als geplant aus. Einerseits weil uns die guten Gewerbesteuerereinnahmen helfen, andererseits aber auch weil uns eine Haushaltsführung mit Augenmaß gelungen ist. Hierfür allen Beteiligten in den Ämtern und Dezernaten der Stadtverwaltung, vor allem aber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmererei ein herzliches Dankeschön.

Verglichen mit anderen Städten geht es Wiesbaden gut. Wir müssen derzeit nicht über das Schließen von Einrichtungen oder Steigerungen der Steuersätze nachdenken. Damit dies so bleibt, sieht der aktuelle Haushaltsentwurf einen nahezu ausgeglichenen Haushalt vor.

Wiesbaden bleibt weiterhin auf einem guten Kurs. Allerdings ist Sparen allein für uns kein Selbstzweck. Es dient der Gestaltung und garantiert die zukünftige Handlungsfähigkeit der Kommune. Auf dass Wiesbaden auch in Zukunft eine nicht nur schöne, sondern auch menschliche Stadt bleibt.

Sven Gerich
Oberbürgermeister

Axel Imholz
Kämmerer

Jahresabschluss 2012

1 Jahresabschluss

Gemäß § 112 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) besteht der Jahresabschluss aus

- Vermögensrechnung
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung

Die Finanzrechnung wird bei der LH Wiesbaden indirekt entsprechend des vorgegebenen Musters dargestellt. Auf die direkte Darstellung wird verzichtet.

1.1 Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.053.873,00		3.364.669,00	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	44.586.303,00		36.368.424,00	
		47.640.176,00		39.733.093,00
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	470.454.711,09		470.378.758,26	
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	435.533.273,70		419.110.788,70	
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	415.695.026,82		421.142.925,48	
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	179.251,00		191.120,00	
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.628.701,81		25.617.673,96	
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	49.358.264,95		84.688.232,77	
		1.397.849.229,37		1.421.129.499,17
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	455.468.238,76		453.100.913,76	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	68.233.366,04		69.547.449,20	
1.3.3 Beteiligungen	173.818.629,00		173.817.629,00	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.841.234,21		18.188.066,05	
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700.000,00		35.700.000,00	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	40.921.326,59		40.107.906,18	
		791.982.794,60		790.461.964,19
		2.237.472.199,97		2.251.324.556,36
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		0,00		0,00
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren		0,00		0,00
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	47.013.369,29		53.413.589,77	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	37.970.144,39		19.645.490,58	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.240.338,71		5.041.053,52	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	21.503.549,62		90.975.557,26	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	13.757.539,32		12.171.621,07	
		124.484.941,33		181.247.312,20
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		0,00
2.5 Flüssige Mittel		132.780.203,42		80.508.688,05
		257.265.144,75		261.756.000,25
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		26.316.269,09		25.520.649,62

2.521.053.613,81

2.538.601.206,23

PASSIVA Position	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen				
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	32.869.874,42		82.217.382,62	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	11.224.491,41		11.224.491,41	
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00		0,00	
1.2.4 Sonderrücklagen				
1.2.4.1 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
1.2.5 Rücklage für Budgetüberleitungen und Mehrbedarfe	0,00		0,00	
		45.978.326,70		95.325.834,90
1.3 Ergebnisverwendung				
1.3.1 Ergebnisvortrag				
1.3.1.1 Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren				
Verlustvortrag 2009	0,00		0,00	
1.3.1.1 Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren				
Verlustvortrag 2009	0,00		0,00	
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	20.953.100,74		-56.034.985,54	
1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.805.699,47		6.687.477,34	
		19.147.401,27		-49.347.508,20
		1.324.215.416,23		1.305.068.014,96
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	201.467.490,61		202.071.105,92	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	3.131.271,38		2.001.902,38	
2.1.3 Investitionsbeiträge	38.563.231,00		41.007.672,00	
		243.161.992,99		245.080.680,30
		0,00		11.596,43
2.2 Sonstige Sonderposten				
		243.161.992,99		245.092.276,73
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	445.798.301,00		440.272.714,00	
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	153.146,68		0,00	
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	0,00		0,00	
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	586.948,92		910.094,58	
3.5 Sonstige Rückstellungen	12.158.582,27		9.500.367,17	
		458.696.978,87		450.683.175,75
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.1 Anleihen		0,00		0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	319.654.314,92		373.210.514,46	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 12.089.783,41				
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	37.518.127,72		38.194.732,67	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.548.635,98				
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten *)	1.435.641,20		1.433.833,42	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 413,44				
		358.608.083,84		412.839.080,55
4.3 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		175.028,28		268.239,79
4.4 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		12.473.439,08		12.385.034,85
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		9.444.182,81		8.961.439,53
4.6 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		3.461.222,27		3.318.385,54
4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		18.692.579,03		13.192.790,90
4.8 Sonstige Verbindlichkeiten		56.030.784,30		50.218.158,15
		458.885.319,61		501.183.129,31
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		36.093.906,11		36.574.609,48
		2.521.053.613,81		2.538.601.206,23

Jahresabschluss 2012

1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahr
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.351.487	-12.486.744	-13.995.222	1.508.478
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.302.996	-37.508.982	-36.247.488	-1.261.493
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-16.935.032	-16.284.023	-17.444.943	1.160.920
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.687.503	-2.000.000	-1.268.601	-731.399
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-403.307.086	-448.299.000	-480.988.816	32.689.816
6	Erträge aus Transferleistungen	-164.873.115	-159.178.440	-163.468.073	4.289.633
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-157.420.392	-196.747.298	-188.478.612	-8.268.686
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-12.525.934	-11.473.095	-14.521.704	3.048.609
9	Sonstige ordentliche Erträge	-35.001.475	-24.029.704	-32.924.891	8.895.186
10	Summe der ordentlichen Erträge	-839.405.020	-908.007.286	-949.338.350	41.331.065
11	Personalaufwendungen	190.969.785	194.524.471	195.466.389	-941.918
12	Versorgungsaufwendungen	29.469.981	49.582.267	28.535.017	21.047.250
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	135.225.276	174.054.251	138.650.166	35.404.086
14	Abschreibungen	56.057.492	49.869.206	66.099.951	-16.230.745
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	21.762.000	18.852.250	20.273.905	-1.421.655
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	93.921.458	97.249.570	98.061.798	-812.228
17	Transferaufwendungen	387.566.331	396.223.927	399.508.598	-3.284.671
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	699.189	740.481	1.961.150	-1.220.669
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	915.671.512	981.096.423	948.556.974	32.539.449
20	Verwaltungsergebnis	76.266.491	73.089.137	-781.376	73.870.514
21	Finanzerträge	-42.438.644	-36.419.050	-40.613.456	4.194.406
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22.207.138	20.966.500	20.441.731	524.769
23	Finanzergebnis	-20.231.506	-15.452.550	-20.171.725	4.719.175
24	Ordentliches Ergebnis	56.034.986	57.636.587	-20.953.101	78.589.688
25	Außerordentliche Erträge	-12.287.309	0	-6.309.535	6.309.535
26	Außerordentliche Aufwendungen	5.599.832	0	8.115.235	-8.115.235
27	Außerordentliches Ergebnis	-6.687.477	0	1.805.699	-1.805.699
28	Jahresergebnis	49.347.508	57.636.587	-19.147.401	76.783.989

1.3 Finanzrechnung

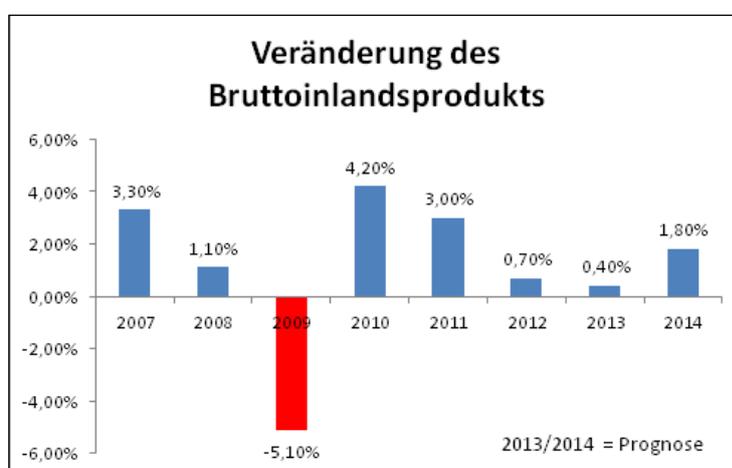
Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012
1	Jahresergebnis aus Gesamtergebnisrechnung	-49.347.508,20	- 61.653.558,00	19.147.401,27
2	+ / - Abschreibungen / Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	45.957.094,23	49.869.206,00	44.246.920,34
3	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen/-zuschüsse	-12.525.933,70	- 11.473.095,00	-14.521.704,28
4	+ / - Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	10.372.842,35	nicht planungsrelevant	8.013.803,12
5	- / + Erträge/Aufwendungen a. d. Abgang v. Verm.ggst. d. Anlageverm.	-10.212.784,55	nicht planungsrelevant	-964.221,69
6	+ / - sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge	-2.062.448,51	- 6.943.000,00	-514.456,37
7	- / + Zunahme/Abnahme d. Vorräte, der Forderungen a. Lief./Leist. sowie anderer Aktiva, d. nicht d. Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	-19.908.264,69	nicht planungsrelevant	54.165.551,70
8	+ / - Zunahme/Abnahme d. Verbindl. a. Lief./Leist. sowie anderer Passiva, die nicht der Invest./Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	-10.987.011,32	nicht planungsrelevant	7.457.845,66
9	Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-48.714.014,39	- 30.200.447,00	117.031.139,75
10	Einzahlungen a. Investitionszuweisungen/-zuschüsse sowie aus Investitionsbeiträgen	26.622.212,24	11.772.000,00	12.321.095,34
11	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögen u. d. immateriellen Anlagevermögens	18.456.200,51	22.998.000,00	8.474.558,81
12	- Auszahlungen für Investitionen i. d. Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-76.094.377,15	- 59.735.300,00	-34.187.391,20
	<i>davon: Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen/-zuschüsse</i>	<i>-6.461.630,88</i>	<i>- 16.642.000,00</i>	<i>-7.519.101,26</i>
13	+ Einzahlungen a. Abgängen von Vermögensgegenständen d. Finanzanlagevermögens	73.689.303,88	3.635.000,00	3.154.432,12
	<i>davon: Einzahlungen a. d. Tilgung v. gewährten Krediten</i>	<i>2.898.872,20</i>	<i>3.635.000,00</i>	<i>3.154.432,12</i>
14	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanl.verm.	-1.468.067,84	- 10.111.000,00	-2.425.937,53
	<i>davon: Auszahlungen a. d. Gewährung v. Krediten</i>	<i>-1.468.067,84</i>	<i>- 6.061.000,00</i>	<i>2.306.937,53</i>
15	Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Positionen 10 bis 14)	41.205.271,64	- 31.441.300,00	-12.663.242,46
16	Einzahlungen a. d. Aufnahme v. Krediten und der Begebung v. Anleihen	39.799.501,00	18.664.000,00	40.073.847,92
16a	Korrektur für Aufnahmen Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	-43.750,50		0,00
17	- Auszahlungen a. d. Tilgung v. Krediten und Anleihen	-17.156.975,04	- 16.416.000,00	-93.971.429,54
17a	Korrektur für Tilgung Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	1.529.355,75		1.801.199,70
18	Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Position 16 + 17)	24.128.131,21	2.248.000,00	-52.096.381,92
19	Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	9.900.000,00	-	0,00
20	- Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	9.900.000,00	-	0,00
21	Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen	0,00	-	0,00
22	Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag d. Haushaltsjahres (Summe a. Pos. 9, 15 u. 18 und 21)	16.619.388,46	- 59.393.747,00	52.271.515,37
23	Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	63.889.299,59	80.508.688,00	80.508.688,05
24	Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Position 22 + 23)	80.508.688,05	21.114.941,00	132.780.203,42

2 Rechenschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Wachstum der Weltwirtschaft schwächte sich in der zweiten Jahreshälfte weiter ab. Mangelnde Wachstumsimpulse waren auch in den Industrieländern außerhalb der Eurozone festzustellen. Insgesamt betrug die Weltwachstumsrate für 2012 3,1%¹. Als weiterhin bestimmend für das Konjunkturklima in Europa zeichnete die Staatsschuldenkrise einiger europäischer Länder. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte um 0,4 % (Europa 27 Länder).

Deutschland konnte sich dank seiner robusten Konjunktur mit einem Wachstum des BIP von 0,7% abkoppeln. Für die Jahre 2013 und 2014 werden 0,4 % und 1,8 % Wachstum prognostiziert.



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 09/2013)

In Hessen stieg das Bruttoinlandsprodukt um 0,9 Prozent. Besonders kräftig fielen dabei die Wachstumsraten im Dienstleistungssektor und hier bei den Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleistern aus.

Wie dem Konjunkturbericht der IHK Wiesbaden zum Jahresbeginn 2013 zu entnehmen ist, wurden die Erwartungen für 2013 für Wiesbaden unverändert optimistisch eingeschätzt.

Die Gewerbesteuererträge im Haushaltsjahr 2012 lagen mit 255.324 Tsd. €² etwa 66.380 Tsd. € über denen des Vorjahres. Die Ursache liegt in der guten Ergebnissituation der ansässigen Unternehmen. Ergebnisverbesserungen bei Gewerbetreibenden führen erst mit zeitlicher Verzögerung zu einer Anpassung der Vorauszahlungen. Insofern stehen die steigenden Gewerbesteuererträge nicht im Widerspruch zu den verhaltenen Erwartungen der durch die IHK befragten Firmen.

Im Gegensatz dazu werden die Vorauszahlungen bei sinkender Konjunktur von den Unternehmen eher vorsichtig angesetzt.

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer konnte sich zwar weiter erholen (+ 6.040 Tsd. €), erreichte jedoch noch nicht das Niveau von 2008.

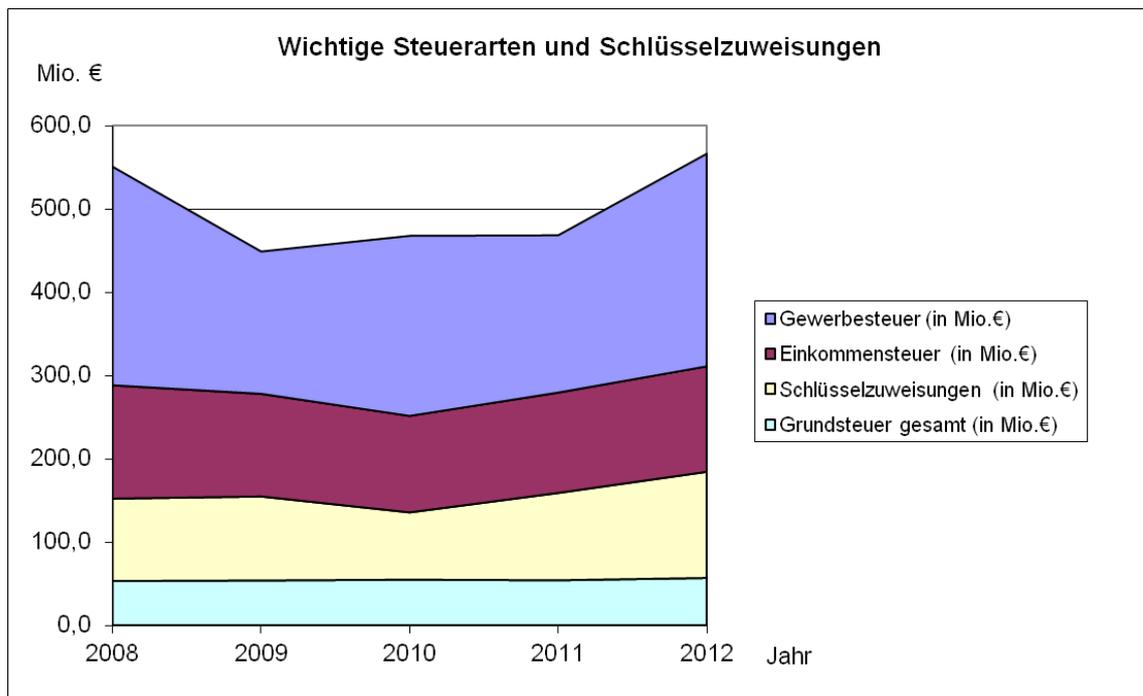
Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich um 463 auf 125 064 erhöht. Die Arbeitslosenquote stieg in Wiesbaden, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, leicht von 7,1 % im Jahr 2011 auf 7,3% im Jahr 2012.

¹ Quelle: Internationaler Währungsfonds, Stand: April 2013

² Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage (35.815 Tsd. € in 2012) zu bereinigen.

2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht den durch die Wirtschaftskrise verursachten Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen der Landeshauptstadt Wiesbaden. Auch erkennbar ist, dass die Steuererträge das Vorkrisenniveau mittlerweile wieder erreicht haben. In der, bezogen auf die Zeit vor 2008, schwachen Steuerkraft des für die Berechnung der Schlüsselzuweisung maßgeblichen Zeitraums³, liegt auch der Grund für die auf 127.463 Tsd. € gestiegene Schlüsselzuweisung. Da die Tarifverträge die Gewinne aus der guten Konjunktur weitergeben, steigt in der Folge auch der Gemeindeanteil der Einkommensteuer weiter leicht an.



in Mio. €	2008	2009	2010	2011	2012
Gewerbesteuer	262,5	170,8	216,2	188,9	255,3
Einkommensteuer	136,1	123,3	115,9	120,5	126,6
Schlüsselzuweisungen	98,9	100,9	80,8	104,9	127,5
Grundsteuer gesamt ⁴	53,2	53,9	54,8	54,1	56,9

³ Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2012 sind die Daten des 2. Hj. 2010 und des 1. Hj. 2011.

⁴ Auf den Ausweis interner Grundsteuern, die nach Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 der GemHVO-Doppik in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind, wurde in dieser Darstellung verzichtet. Sie sind als rein interner Vorgang für die Finanzlage der Landeshauptstadt Wiesbaden irrelevant.

2.3 Strategien und Ziele

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum.

Die kommunale Aufgabenwahrnehmung der Landeshauptstadt Wiesbaden fokussiert sich auf eine moderne Stadtentwicklung, die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas, kulturelle Vielfalt, den Umwelt- und Naturschutz sowie die Gesundheitsförderung. Gleichermäßen kümmert sich die Landeshauptstadt Wiesbaden um die Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger, bietet gute Jobchancen und achtet auf ihr historisches Erbe.

Wiesbaden ist eine der wenigen Städte, für die entgegen dem Bundes- und Landestrend Bevölkerungswachstum in den kommenden Dekaden vorhergesagt wird. Im Hinblick auf diese und die allgemeine demografische Entwicklung, werden in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten sein. Hierzu zählen Kindergärten und Schulen, der Wohnungsbau, Nahverkehr und Energieversorgung, medizinische und soziale Einrichtungen.

Im ersten Jahr des Doppelhaushalts 2012/2013 lag der Hauptschwerpunkt der kommunalen Aufgabenwahrnehmung auf der Beibehaltung des Leistungsspektrums. Dazu zählten weiterhin eine starke Investitions- und Instandhaltungstätigkeit im Bereich Schulen und städtischer Infrastruktur sowie der weitergehende Ausbau der Kinderbetreuung zur Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs auf einen Krippenplatz im Jahr 2013.

Im Bereich Beteiligungen⁵ zählte die Sicherung bezahlbaren Wohnraums bei gleichzeitig steigenden energetischen Standards zu den strategischen Dauerthemen der Landeshauptstadt Wiesbaden. Ebenfalls nahm im strategischen Handlungsfeld „Gesundheitsstadt Wiesbaden“ der Erhalt der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken als städtisches Krankenhaus der Vollversorgung einen bedeutenden Stellenwert ein. Durch den Teilverkauf mit dem Eingehen einer strategischen Partnerschaft mit den Rhön Kliniken konnte der Weiterbetrieb gesichert werden.

Aufgrund der bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2012/2013 bekannten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten wurde weiterhin von einem Fehlbetrag im Gesamtergebnis ausgegangen. Durch die günstige Entwicklung der Gewerbesteuer und der Schlüsselzuweisung konnte hingegen ein kleiner Überschuss erwirtschaftet werden, der nun die Rücklagen wieder stärkt.

Die Strategie, bei einem vorübergehenden (so lauteten die Prognosen) Einbruch die bestehenden Strukturen nicht durch kurzfristige Sparziele zu gefährden, zeigte sich somit als richtiger Weg.

⁵ Näheres zur Geschäftstätigkeit der Beteiligungen kann dem jeweils aktuellen Beteiligungsbericht der Landeshauptstadt Wiesbaden entnommen werden.

2.4 Haushaltsplan 2012

Der Haushaltsplan 2012 wurde am 21.06.2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 28.11.2012 von der Aufsichtsbehörde unter Auflagen genehmigt. Damit fand die Haushaltswirtschaft fast das gesamte Haushaltsjahr über nach den Regeln der vorläufigen Haushaltsführung statt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 geht - unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 61.759 Tsd. € aus.

An Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden 69.846 Tsd. € (Sachanlagen, Investitionszuschüsse und Finanzanlagen) geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 18.664 Tsd. € festgesetzt.

Mit dem Haushaltsvollzugsbericht nahm die Stadtverordnetenversammlung (Beschluss Nr. 0637) die positive Entwicklung im Jahr 2012 zur Kenntnis und beschloss im gleichen Zuge das Haushaltssicherungskonzept 2013.

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts der Landeshauptstadt Wiesbaden mit den nachfolgenden Planänderungen bzw. -anpassungen, die zum so genannten fortgeschriebenen Plan geführt haben, zusammen.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Plan / Ansatz 2012	Vortrag 2011 auf 2012	apl/üpl 2012	Sperre 2012	Plan fortg. ⁶ 2012	Vortrag 2012 auf 2013 ⁷	Plan fortg. bereinigt ⁸ 2012
10 ordentliche Erträge	-906.445		5	1.567	-908.007		-908.007
19 ordentlicher Aufwand	983.656	37.733	7.074	9.634	1.018.829	37.165	981.664
20 Verwaltungsergebnis	77.211	37.733	7.079	11.201	110.822	37.165	73.657
21 Finanzerträge	-36.419				-36.419		-36.419
22 Zinsen und sonstige Finanzaufw.	20.967				20.967		20.967
23 Finanzergebnis	-15.453				-15.453		-15.453
24 ordentliches Ergebnis	61.759	37.733	7.079	11.201	95.369	37.165	58.204
25 außerordentliche Erträge							
26 außerordentliche Aufwendungen							
27 außerordentliches Ergebnis							
28 Jahresergebnis	61.759	37.733	7.079	11.201	95.369	37.165	58.204

Die im fortgeschriebenen Plan enthaltenen Werte sind um die nach 2013 übertragenen Ansätze (Vortrag) zu bereinigen, da diese Mittel dem Haushalt 2012 durch die Übertragung nach 2013 wieder entzogen werden.

⁶ = Haushaltsansatz 2012 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2011 nach 2012 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre)

⁷ Datenstand: 18. Dezember 2013 im SAP-System

⁸ = Haushaltsansatz 2012 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2011 nach 2012 (Vorträge)
+ außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre)
- Budgetüberleitungen 2012 nach 2013 (Vorträge)

Jahresabschluss 2012

2.5 Ergebnissituation

2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre

	Ist 2008	Ist 2009	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-15.254	-13.741	-12.983	-14.351	-13.995
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.125	-33.112	-33.188	-33.303	-36.247
Kostenerstattungen und -erstattungen	-22.542	-17.575	-17.517	-16.935	-17.445
Bestandsveränder. / andere aktiv. Eigenleist.	-1.863	-2.208	-2.124	-1.688	-1.269
Steuern und steuerähnliche Erträge	-490.079	-384.151	-423.357	-403.307	-480.989
Erträge aus Transferleistungen	-158.558	-160.947	-162.227	-164.873	-163.468
Erträge aus Zuweisungen / Zuschüssen	-153.968	-160.450	-151.163	-157.420	-188.479
Erträge aus der Auflösung von SoPos	-10.308	-10.957	-11.336	-12.526	-14.522
sonstige ordentliche Erträge	-51.996	-57.877	-40.115	-35.001	-32.925
ordentliche Erträge	-937.693	-841.018	-854.010	-839.405	-949.338
Personalaufwendungen	176.229	181.095	185.069	190.970	195.466
Versorgungsaufwendungen	43.015	38.231	30.419	29.470	28.535
Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	130.965	121.229	139.118	135.225	138.650
Abschreibungen	52.298	52.324	54.790	56.057	66.100
Zuweisungen, Zuschüsse, bes Finanzausgaben	19.262	24.733	21.184	21.762	20.274
Steueraufw. u. Aufw. gesetzl. Umlageverp	92.474	81.679	94.576	93.921	98.062
Transferaufwendungen	355.650	384.975	391.935	387.566	399.509
sonstige ordentliche Aufwendungen	26.263	21.183	642	699	1.961
ordentliche Aufwendungen	896.157	905.448	917.733	915.672	948.557
Verwaltungsergebnis	-41.537	64.430	63.723	76.266	-781
Finanzerträge	-33.043	-23.720	-31.111	-42.439	-40.613
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.868	18.544	18.534	22.207	20.442
Finanzergebnis	-7.175	-5.176	-12.577	-20.232	-20.172
ordentliches Ergebnis	-48.712	59.254	51.146	56.035	-20.953
außerordentliche Erträge	-2.642	-1.715	-1.804	-12.287	-6.310
außerordentliche Aufwendungen	17.316	13.456	4.527	5.600	8.115
außerordentliches Ergebnis	14.674	11.741	2.723	-6.687	1.806
Jahresergebnis	-34.038	70.994	53.869	49.348	-19.147

Jahresergebnis:

Erstmals seit 2008 liegt das Jahresergebnis mit 19.147 Tsd. € wieder im positivem Bereich. Dies bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 68.495 Tsd. €.

Ordentliches Ergebnis / Verwaltungsergebnis:

Nach drei Jahren konnte der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden. Es blieb sogar ein kleiner Überschuss. Das bedeutet, die ordentlichen Aufwendungen sind in Gänze durch die ordentlichen Erträge gedeckt. Trotz allen positiven Entwicklungen durch gestiegene Steuererträge wirken Gesetze zur Leistungsausweitung, wie etwa der Rechtsanspruch auf Betreuung für Kinder zwischen einem und drei Jahren, hemmend auf die dauerhafte Erholung des kommunalen Haushalts.

	2008	2009	2010	2011	2012
Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	105,28%	93,59%	94,54%	94,02%	102,16%

In den Vorjahren bis 2008 war es möglich, Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen wie außerordentlichen Ergebnisses zu bilden, welche die entstandenen Jahresfehlbeträge ausgleichen konnten.

Ordentliche Erträge:

In der Entwicklung der Ertragssituation spielen die Schwankungen der **Gewerbesteuererträge** eine bedeutende Rolle. Der Zeitreihe sind sowohl das positive Jahr 2008 als auch nachfolgend der Rückgang und Wiederanstieg zu entnehmen. Aktuell wuchs der Wert durch die gestiegenen Steuererträge wieder.

Dies zeigt auch die Entwicklung der Steuerquote im Zeitvergleich:

	2008	2009	2010	2011	2012
Steuerquote	52,26%	45,68%	49,57%	48,05%	50,67%

Die Steuerquote ist im Verhältnis zu den übrigen Ertragsarten zu sehen. Da auch die Mittelzuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich (Steigerung in 2012) zeitverzögert steigt bzw. fällt, schwankt die Kennzahl nicht so stark, wie vielleicht erwartet.

Die **Transfererträge** stiegen in den Krisenjahren aufgrund der Erstattungen aus der Funktion der Landeshauptstadt Wiesbaden als Optionskommune und sinken nunmehr leicht aufgrund der Leistungsbeteiligung des Bundes an der Eingliederung Arbeitssuchender. Dieser Posten schwankt abrechnungsbedingt. In den folgenden Jahren werden zusätzliche Transfererträge aus der stufenweisen Übernahme der Kosten der Grundsicherung (SGB XII Kap. 3) und der Zahlungen des Landes Hessen aus den Ausgleichszahlungen nach dem Konnexitätsprinzip für die gestiegene Personalausstattung im Bereich Kinderbetreuung⁹ erwartet.

Im Bereich **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** zeigen sich die Schwankungen aus dem Bereich **Schlüsselzuweisungen**, der mit der Steuerkraft der Kommunen korreliert. Die Schlüsselzuweisung fiel im Jahr 2012 ca. 23 Mio. € höher als im Jahr 2011 aus.

Bezogen auf alle Kommunen des Landes Hessen kürzte das Hessische Ministerium der Finanzen die Zuweisungen an die kommunale Familie ab dem Jahr 2011 um insgesamt 358,6 Mio. €. Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen aus Streichungen des Anteils der Grunderwerbsteuer (-160 Mio. €), der Ersatzleistungen des Bundes für KFZ-Steuer (-159 Mio. €) und der Gewerbesteuerumlage (-39,6 Mio. €). Tendenziell werden die Schlüsselzuweisungen und damit die Zuweisungen insgesamt analog zu den steigenden Steuererträgen in den Folgejahren sinken.

⁹ Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder (MVO)

Jahresabschluss 2012

Vor dem Hintergrund, dass die Gewerbesteuererträge im Jahr 2009 deutlich rückläufig waren, die Schlüsselzuweisungen aber nahezu konstant, ergibt sich der vergleichsweise hohe Wert der Zuwendungsquote im Jahr 2009.

	2008	2009	2010	2011	2012
Zuwendungsquote	16,42%	19,08%	17,70%	18,75%	19,85%

In 2010 ergab sich der gegenläufige Effekt (Steigerung der Erträge aus Gewerbesteuer um 45.414 Tsd. € im Vergleich zu einem Rückgang der Schlüsselzuweisungen um 20.029 Tsd. €), sodass die Zuwendungsquote wieder sank.

Durch die niedrige Steuerkraft im Bemessungszeitraum (2. Halbjahr 2010 und 1. Halbjahr 2011) erhielt die Landeshauptstadt Wiesbaden im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr wiederum höhere Schlüsselzuweisungen (127.463 Tsd. €).

Die gegenüber dem Vorjahr geringeren Erträge im Bereich **Sonstige ordentliche Erträge** rühren hauptsächlich aus geringen Auflösungen von Wertberichtigungen her. Der erkennbare Einbruch seit dem Jahr 2010 ergibt sich hauptsächlich aufgrund des gebuchten Verwaltungskostenanteils AKK, der im Jahr 2010 ergebnisneutral und ab 2011 nur noch über die Kosten- und Leistungsrechnung und damit nicht mehr im Hauptbuch gebucht wird.

Darüber hinaus wurden in den ersten Jahren noch Rücklagen ergebniswirksam aufgelöst. Mittlerweile erlauben die Regeln zur Rechnungslegung die Bildung von Sonderposten zum Gebührenaussgleich. So wurde die zweckgebundene Rücklage zum Gebührenaussgleich der Friedhöfe im Jahresabschluss 2011 in einen entsprechenden Sonderposten umgebucht. Zum 31.12.2012 wurde diesem Sonderposten der letzte noch verbliebene Betrag in Höhe von 11,6 Tsd. € entnommen.

Ordentliche Aufwendungen:

Über die Jahre höhere **Personalaufwendungen** resultieren im vergangenen Jahr hauptsächlich aus dem Aufbaubereich Kinderbetreuung, außerdem aus einer Personalaufstockung in den Bereichen öffentliche Sicherheit, Feuerwehr und SGB II (Kommunale Arbeitsvermittlung). Dabei ist das Personal zum großen Teil aus Transferzahlungen gegenfinanziert (insbes. SGB II). Darüber hinaus sind Veränderungen der Personalaufwendungen durch Tariferhöhungen und Erhöhungen der Beamtenebezüge festzustellen.

Mit einem Anteil von knapp einem Viertel der ordentlichen Aufwendungen und der Finanzaufwendungen fällt der Anteil der Personalaufwendungen entsprechend der personalintensiven Arbeit eines Dienstleisters deutlich ins Gewicht.

	2008	2009	2010	2011	2012
Personalaufwandsquote	24,46%	24,22%	23,48%	24,07%	23,61%

Vergleiche mit anderen kreisfreien Städten zeigen die Werte Wiesbadens am unteren Rand der Bandbreite¹⁰.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen eines Gemeindevergleichs auch der Grad der Auslagerung von kommunalen Aufgaben auf städtische Gesellschaften sowie private Träger. Eine Eigenwahrnehmung der sehr personalintensiven Kinderbetreuung im Gegensatz zu den bezuschussten Kindertagesstätten in freier Trägerschaft bedingt eine höhere Personalaufwandsquote, ohne in der Regel das Leistungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die Aufgabenstruktur und auch die Aufwände als solche zu verändern.

¹⁰ siehe auch: IHK für die Pfalz, Haushaltsanalyse 2012, Ludwigshafen, 2012

Das Sinken des Wertes im Jahr 2010 resultiert hauptsächlich aus den niedrigeren Zuführungen zu Pensionsrückstellungen aufgrund der Anhebung des Pensionsalters der Beamten auf 67 Jahre, sowie moderaten Steigerungsraten der Bezüge. Darüber hinaus sind die Pensionsrückstellungen beeinflusst durch die Anzahl der Ein- und Austritte sowie die aktuelle Sterbetafel.

Für die Landeshauptstadt Wiesbaden ist zudem zu beachten, dass die kommunale Arbeitsvermittlung (SGB II) im Optionsmodell mit eigenem Personal erfolgt und somit auf die Kennzahl einwirkt. Die mit der Übernahme der Aufgabe der kommunalen Arbeitsvermittlung verbundenen Personalkosten werden weitgehend durch Kostenerstattungen des Bundes (Transfererträge) gedeckt.

Relativ starke Schwankungen sind im Bereich **Versorgungsaufwendungen** zu erkennen. Die Ursache liegt hauptsächlich in den sich jährlich ändernden Grundlagen für die Bildung der Pensionsrückstellungen. Zu den Gründen zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung und das auf 67 Jahre heraufgesetzte Pensionsalter.

Die Position **Sach- und Dienstleistungen** ist stark beeinflusst durch die Instandhaltungsaufwendungen. Zum einen wurde ab 2009 das Verfahren zur Buchung der Instandhaltungsaufwendungen auf eine kontenscharfe Abrechnung umgestellt. Dies führt zu einer Verteilung der Instandhaltungsaufwendungen über mehrere Positionen. Zum anderen erfuhr der Prozess zur Bildung von Instandhaltungsrückstellungen mit dem Jahr 2009 eine Änderung. Die Instandhaltungsrückstellungen werden seitdem nicht mehr pauschal durch Budgetreste, sondern über ein differenziertes Meldeverfahren der bauausführenden Ämter ermittelt. Dies führt in der Summe zu deutlich geringeren Instandhaltungsrückstellungen und zu dem Effekt deutlich geringerer Sach- und Dienstleistungsaufwendungen im Jahr 2009, verursacht durch die Auflösung der Instandhaltungsrückstellungen des Vorjahres. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr ist die Position beeinflusst durch die Bildung einer Rückstellung für die Rückzahlung nicht verbrauchter Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabeprogramm (2.941 Tsd. €).

Die Steigerung der **Abschreibungen** ist zu einem Teil begründet durch die stetig steigenden Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung und Anlagen. Ab 2007 werden die Anlagegüter dieser Position über jeweils angelegte eigene Anlagen abgeschrieben, während die Altanlagen bis 31.12.2012 (BgA und Anlagen) aus Vereinfachungsgründen pauschal über fünf Jahre abgeschrieben werden. Diese Abschreibung läuft 2012 aus. Darüber hinaus kommen ab 2011 auch die Abschreibungen für die Investitionen des Sonderkonjunkturprogramms zum Tragen. Weiterhin tragen Pauschale Einzelwertberichtigungen von Forderungen zur Abweichung bei (ca. + 10.180 Tsd. €) gegenüber dem Vorjahr. Dies bedeutet jedoch lediglich, dass die Forderungen für nicht länger werthaltig erachtet wurden. Eine Niederschlagung erfolgte nicht.

Im Bereich **Zuweisungen und Zuschüsse** sind die Zuweisungen an verbundene Unternehmen enthalten. Diese bleiben in den vergangenen Jahren relativ konstant.

Die **Steueraufwendungen**, hier insbesondere die **Gewerbsteuerumlage**, zeigen in der Finanzkrise eine typische Delle im Jahr 2009, hervorgerufen durch die ebenfalls geringeren Steuererträge. Mittlerweile stieg die Gewerbsteuerumlage analog zur Gewerbesteuer wieder, gegenüber dem Vorjahr um 4.977 Tsd. €.

Eine relativ starke Zunahme erfährt auch der Bereich **Transferaufwendungen**. Dies wird auch tendenziell so bleiben, da ein Teil der neu zu schaffenden Betreuungsplätze (Krippe) durch Zuschüsse an freie Träger finanziert wird. Der vollständige Ausbau wird erst in einigen Jahren abgeschlossen sein. Daneben steigen in der Folge mit den Platzzahlen auch die Beitragszuschüsse. Auch die Transferzahlungen zur Grundsicherung im Alter steigen tendenziell an. Diese Kosten (SGB XII Kap. 4) werden stufenweise im Rahmen der Entlastung durch den Bund voll übernommen. Im Jahr 2012 betrug die Quote 45%.

Jahresabschluss 2012

Die sinkenden Aufwendungen im Bereich **Sonstige Aufwendungen** ergeben sich hauptsächlich aufgrund des gebuchten Verwaltungskostenanteils AKK, der ab 2010 nur noch ergebnisneutral und ab 2011 nur noch über die Kosten- und Leistungsrechnung und damit nicht mehr im Hauptbuch gebucht wird. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist durch Nachzahlungen an Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer begründet.

Finanzergebnis:

Teile des Fehlbetrags im Verwaltungsergebnis können durch Überschüsse im Finanzergebnis aufgefangen werden. Das Anwachsen des Finanzergebnisses gründet hauptsächlich auf stärkeren Gewinnabführungen verbundener Unternehmen, Bürgschaftsprovisionen und Zinsen aus Betriebsmittelkrediten an verbundene Unternehmen. Aufgrund der aktuellen Niedrigzinsphase sinken allerdings die Zinserträge. So sanken die Zinsen auf Wertpapiere von 2011 (6,228 Mio. EUR) nach 2012 (2,149 Mio. EUR) um 4,079 Mio. EUR. Der Grund liegt im Wegfall zweier Papiere zum Ende 2011 wegen Fälligkeit und Kündigung. Die vormals gute Verzinsung kann ohne deutlich höheres Verlustrisiko derzeit nicht erreicht werden.

Durch den im Bundesvergleich niedrigen Schuldenstand (mit und ohne Sonderkonjunkturprogramm) und die derzeit günstigen Bedingungen zur Refinanzierung fällt das Verhältnis von Zinsaufwendungen zu den ordentlichen und Finanzaufwendungen (Zinslastquote) günstig aus. Der Zeitreihenvergleich zeigt ein leichtes Ansteigen durch das Sonderkonjunkturprogramm. Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr fällt die Quote niedriger aus, da leicht gesunkenem Zinsaufwand ein gesteigener ordentlicher Aufwand gegenübersteht.

	2008	2009	2010	2011	2012
Zinslastquote	2,89% ¹¹	2,05%	2,02%	2,43%	2,16%

Außerordentliches Ergebnis:

Im Jahr 2012 wurden 6.310 Tsd. € an außerordentlichen Erträgen erzielt. Auf der Ertragsseite ist das Ergebnis - auch im Zeitvergleich - stark beeinflusst von Anlagenabgängen, insbesondere von Grundstücken, die projektbezogen nicht gleichmäßig anfallen. Die außerordentlichen Aufwendungen (8.115 Tsd. €) enthalten hauptsächlich Aufwendungen aus Anlagenabgängen unter dem Buchwert und Wertkorrekturen im Finanzanlagevermögen. Im konkreten Fall wurden 2.258 Tsd. € aus der bislang nicht erfolgten Realisierung des Stadtmuseums mangels Investition aufwandswirksam abgerechnet. Aufgrund des Charakters fällt das außerordentliche Ergebnis im Zeitreihenvergleich unterschiedlich aus. Im Jahr 2012 wurde ein Fehlbetrag in Höhe von 1.806 Tsd. € erzielt.

¹¹ Die höhere Zinslastquote im Jahr 2008 resultiert hauptsächlich aus einer unterbliebenen Abgrenzungsbuchung.

2.5.2 Die Ergebnislage der Landeshauptstadt Wiesbaden im Plan¹²-Ist Vergleich

Position / Bezeichnung	2012			2011		
	akt. Plan EUR	Ist EUR	Differenz EUR	akt. Plan EUR	Ist EUR	Differenz EUR
10 ordentliche Erträge	-908.007.286	-949.338.350	41.331.065	-786.933.715	-839.405.020	52.471.305
19 ordentlicher Aufwand	981.096.423	948.556.974	32.539.449	872.971.204	915.671.511	-42.700.307
20 Verwaltungsergebnis	73.089.137	-781.376	73.870.514	86.037.489	76.266.491	9.770.998
21 Finanzerträge	-36.419.050	-40.613.456	4.194.406	-18.270.310	-42.438.644	24.168.334
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.966.500	20.441.731	524.769	29.350.000	22.207.138	7.142.862
23 Finanzergebnis	-15.452.550	-20.171.725	4.719.175	11.079.690	-20.231.506	31.311.196
24 ordentliches Ergebnis	57.636.587	-20.953.101	78.589.688	97.117.179	56.034.985	41.082.194
25 außerordentliche Erträge		-6.309.535	6.309.535		-12.287.309	12.287.309
26 außerordentliche Aufwendungen		8.115.235	-8.115.235		5.599.832	-5.599.832
27 außerordentliches Ergebnis		1.805.699	-1.805.699		-6.687.477	6.687.477
28 Jahresergebnis	57.636.587	-19.147.401	76.783.989	97.117.179	49.347.508	47.769.671

Das Haushaltsjahr 2012 schloss mit einem Jahresüberschuss von 19.147 Tsd. €, der Betrag wird zum 01.01.2013 der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsplan von 2012, der einen Jahresfehlbedarf in Höhe von 57.637 Tsd. € vorsah, ergab sich eine Verbesserung in Höhe von 76.784 Tsd. €. Die positive Abweichung des Jahresfehlbedarfs gegenüber der Planung resultierte insbesondere aus höheren Steuererträgen (+32.690 Tsd. €) und höheren sonstigen ordentlichen Erträgen (+8.895 Tsd. €). Die höheren sonstigen ordentlichen Erträge beruhten insbesondere auf ungeplanten Erträgen aus Auflösung von Wertberichtigungen (+4.555 Tsd. €) und aus der ertragswirksamen Auflösung der sonstigen Verbindlichkeiten aus der Fehlbelegungsabgabe (+2.825 Tsd. €).

Insgesamt ist für die ordentlichen Aufwendungen eine Steigerung gegenüber dem Plan in Höhe von 32.539 Tsd. € festzustellen.

Der Personalaufwand inklusive Versorgung zeigt eine Unterschreitung in Höhe von 20.105 Tsd. €, wobei die Personalaufwendungen ohne Versorgung eine leichte Überschreitung von 942 Tsd. aufweist. Eine konservativ geplante Zuführung zu den Pensionsrückstellungen führte zu einer positiven Abweichung in Höhe von 15.264 Tsd. € (weitere Informationen zu den Pensionsrückstellungen siehe auch unter "Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre").

Der Abschnitt Abschreibungen weist eine Überschreitung in Höhe von 16.231 Tsd. € aus, zu einem bedeutsamen Teil (12.211 Tsd. €) verursacht durch ungeplante pauschale Einzelwertberichtigungen und unbefristete Niederschlagungen.

Die gegenüber der Planung höheren Finanzerträge in Höhe von 4.194 Tsd. € resultieren im Wesentlichen aus höheren Nachzahlungszinsen.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen werden aufgrund ihres Charakters nicht geplant. Weitere Ausführungen zum Außerordentlichen Ergebnis sind dem Kapitel Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre zu entnehmen.

¹² Zum aktualisierten Planwert zählen der Ansatz, über- und außerplanmäßige Zusetzungen, sowie Sperrn

2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen, Aufgabenschwerpunkte

Im Folgenden werden die Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf die Teilergebnishaushalte der Dezernate erläutert. Hierbei ist zu beachten, dass die Planzahlen die fortgeschriebenen Haushaltsansätze betreffen.

Die Tabellen für die wichtigen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden aus dem Investitionscontrolling der Landeshauptstadt Wiesbaden (Datenstand: 4. Quartal 2012) generiert¹³ und auf den Stand nach Buchungsende aktualisiert.

Im Jahr 2012 sind keine die Teilergebnisse berührenden organisatorischen Veränderungen zu verzeichnen, die Darstellung der Teilergebnisrechnungen erfolgt nach der Dezernatsverteilung zum 31.12.2012.

2.6.1 Dezernat I

Hauptamt, Amt für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Revisionsamt, Amt der Stadtverordnetenversammlung, Kämmerei, Sportamt

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2011 EUR	Fortgeschriebener Plan 2012 EUR	Ergebnis 2012 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-19.870.495	-17.008.561	-17.920.967
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	63.486.984	65.246.123	64.199.882
20 Verwaltungsergebnis	43.616.490	48.237.561	46.278.915
21 Finanzerträge	-23.445.051	-23.261.050	-23.611.907
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	41.449
23 Finanzergebnis	-23.445.050	-23.261.050	-23.570.458
24 Ordentliches Ergebnis	20.171.439	24.976.511	22.708.457
25 Außerordentliche Erträge	-821.050	0	-1.166
26 Außerordentliche Aufwendungen	2.678.233	0	1.861.616
27 Außerordentliches Ergebnis	1.857.183	0	1.860.450
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	22.028.621	24.976.511	24.568.907
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-16.931.445	-10.601.090	-11.892.835
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	5.097.176	14.375.421	12.676.072

Das Teilergebnis des Dezernates I vor interner Leistungsverrechnung entspricht in etwa dem fortgeschriebenen Planansatz 2012. Dabei lag das ordentliche Ergebnis um 2.268 Tsd. € unter Plan, außerordentliche Aufwendungen u.a. für die phasengleiche Abwertung der TriWiCon und matiaqua verschlechterten das Ergebnis um 1.860 Tsd. €.

¹³ Die Auswahl der Maßnahmen erfolgte durch Benennung durch die Dezernate im Rahmen des Investitionscontrollings zu Jahresbeginn.

**Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats I
gem. Investitionscontrolling**

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2012	Istausgaben 2012	Noch verfügbar / Rest 2012
I.02636	52 KA Naurod - San. 3. Bauab. KKH	1.468.256 €	1.073.053 €	395.203 €
Maßnahme ist abgeschlossen				
I.03323	52 SH 2. Ring - Sanierung DO- JO	200.000 €	0 €	200.000 €
Maßnahme wird zur Zeit durchgeführt.				
I.03325	52 SH Dilthey-/Leibn. - Ern. Prallschutz	200.000 €	0 €	200.000 €
Maßnahme wird zur Zeit durchgeführt.				
I.03326	52 SH Martin-Niemöller - De- ckensanierung	250.000 €	0 €	250.000 €
Maßnahme wird zur Zeit durchgeführt, Fertigstellung voraussichtlich Ende 2013.				
I.03329	52 SH Wettinerstr. BSZ I Sanie- rung	781.732 €	0 €	781.732 €
Maßnahme befindet sich in der Planungsphase, Beginn in 2014.				
I.02628	BGH Erbenheim 2. BA	952.840 €	809.458 €	142.941€
Maßnahme ist abgeschlossen, der 3. Bauabschnitt wird aktuell durchgeführt				

2.6.2 Dezernat II

Rechtsamt, Umweltamt, Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Gesundheitsamt

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2011 EUR	Fortgeschriebener Plan 2012 EUR	Ergebnis 2012 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-2.614.600	-2.606.355	-2.771.700
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	14.545.283	15.873.913	15.100.618
20 Verwaltungsergebnis	11.930.683	13.267.558	12.328.918
21 Finanzerträge	-36.952	0	-10.366
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	28.902
23 Finanzergebnis	-36.952	0	18.536
24 Ordentliches Ergebnis	11.893.730	13.267.558	12.347.454
25 Außerordentliche Erträge	-855.295	0	-17.781
26 Außerordentliche Aufwendungen	371.285	0	109.416
27 Außerordentliches Ergebnis	-484.010	0	91.635
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	11.409.720	13.267.558	12.439.089
31 Ergebnis aus internen Leistungen	1.526.135	2.098.514	430.073
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	12.935.855	15.366.073	12.869.162

Das Dezernat II konnte mit einer positiven Abweichung in Höhe von 828 Tsd. € (Ergebnis vor interner Leistungsverrechnung) unter dem Planansatz 2012 bleiben. Hauptverantwortlich für die Einsparung ist das Umweltamt, das durch Mehrerträge und Minderaufwand (unbesetzte Stellen) 765 Tsd. € an positiver Abweichung zum Ergebnis beitrug.

Jahresabschluss 2012

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates II gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2012	Istausgaben 2012	Noch verfügbar/ Rest 2012
I.00599	36 Hochwasserschutz Sonnenberg	1.495.878 €	826.354 €	669.524 €
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Die Hoch-Wasser-Schutz (HWS)-Maßnahme 1. BA ist abgeschlossen. Die Abnahme erfolgte am 24.09.2013. Die Mängelbeseitigung erfolgt in den nächsten 4 Wochen. Die Vorlage der Schlussrechnung ist für Ende Nov. 2013 vereinbart.				
I.00603	36 Stickelmühlteiche Hochwassersicherung	196.640 €	127.320 €	69.320 €
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Die Maßnahme ist abgeschlossen. Eine Rechnung ist noch strittig und in Klärung. Der Verwendungsnachweis steht noch aus.				
I.01455	36 Hochwasserlenkung Hofgartenplatz 2. Bauabschnitt	104.301 € ¹⁴	38.075 €	66.226 €
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Die Bauhauptmaßnahme ist vergeben. Nach Rahmenterminplan ist der Baubeginn für Oktober 2013 geplant. Ein Zuwendungsbescheid vom 21.11.2012 für den Hochwasserschutz vom Land Hessen über 1,13 Mio. Euro liegt vor. Die Maßnahme steht im Zusammenhang mit den Maßnahmen: - I.02456 (80-Sanierung Stützmauer Sonnenberg westl Louis-Buchelt-Straße) und - I.02388 (66-HWS Sonnenberg 2.BA Hofgartenplatz / Straße)				
I.02627	36 Kessel / Wellritzbach Abtrennung Umsetzung	5.076.612 €	137.947 €	4.938.872 €
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Die naturnahe parkangepasste Ausgestaltung des Kesselbachs ist ausführungsfähig geplant, Umsetzung in 2014/2015. Für die Spülleitung wird gerade die Ausführungsplanung erarbeitet, Baubeginn in Frühjahr 2014 geplant. Der Vorentwurf der Freiraumplanung ist fertiggestellt. Die Entwurf-/Ausführungsplanung wird mit Beteiligung der Betroffenen aufgestellt. Umsetzung ab 2015 geplant..				

2.6.3 Dezernat III

Personal- und Organisationsamt, Feuerwehr, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2011 EUR	Fortgeschriebener Plan 2012 EUR	Ergebnis 2012 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-16.353.576	-15.593.678	-16.062.150
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	54.728.601	56.103.900	57.409.628
20 Verwaltungsergebnis	38.375.025	40.510.222	41.347.477
21 Finanzerträge	-3.492	0	-820
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
23 Finanzergebnis	-3.492	0	-820
24 Ordentliches Ergebnis	38.371.533	40.510.222	41.346.657
25 Außerordentliche Erträge	-10.406.152	0	-4.605.720
26 Außerordentliche Aufwendungen	694.052	0	1.660.097
27 Außerordentliches Ergebnis	-9.712.100	0	-2.945.623
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	28.659.433	40.510.222	38.401.034
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-9.694.436	-10.876.561	-11.678.621
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	18.964.997	29.633.661	26.722.413

¹⁴ Die Mittel mussten aufgrund der Korrektur einer fehlerhaften Überleitung aus 2011 um 800.000 € reduziert werden.

Das Teilergebnis vor interner Leistungsverrechnung verbessert sich um 2.109 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan, hierzu trägt insbesondere das außerordentliche Ergebnis mit einem Plus von 2.946 Tsd. €, hauptsächlich durch Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken bei. Das ordentliche Ergebnis verschlechtert sich um 836 Tsd. € gegenüber dem Planwert. Verantwortlich hierfür sind u.a. Instandhaltungszuschüsse für die Rhein-Main-Halle in Höhe von 658 Tsd. €.

**Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates III
gem. Investitionscontrolling**

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2012	Istausgaben 2012	Noch verfügbar 2012
Dezernat III hat keine Maßnahme für Anlage 2 (wichtige Maßnahmen im Rahmen des Investitions-controllings 2012 benannt)				

2.6.4 Dezernat IV

Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt, Hochbauamt, Tiefbau- und Vermessungsamt

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2011 EUR	Fortgeschriebener Plan 2012 EUR	Ergebnis 2012 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-13.985.908	-15.809.232	-10.759.491
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	73.579.705	74.095.150	72.686.132
20 Verwaltungsergebnis	59.593.797	58.285.918	61.926.641
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	0	1.848
23 Finanzergebnis	33	0	1.848
24 Ordentliches Ergebnis	59.593.830	58.285.918	61.928.488
25 Außerordentliche Erträge	-161.704	0	-264.817
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.353.961	0	354.006
27 Außerordentliches Ergebnis	1.192.257	0	89.189
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	60.786.087	58.285.918	62.017.678
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-10.640.247	-9.898.842	-11.111.478
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	50.145.840	48.387.076	50.906.200

Das Teilergebnis vor interner Leistungsverrechnung weist eine Abweichung um 3.732 Tsd. € über dem fortgeschriebenen Plan aus. Die Hauptursache liegt in fehlenden Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Hier sind im Plan 3.800 Tsd. € berücksichtigt, dem Planwert steht jedoch keine Ist-Buchung gegenüber, so dass sich hieraus eine hohe Plan-Ist-Abweichung ergibt (Siehe auch Anmerkung in den allgemeinen Erläuterungen zur Ergebnisrechnung im Anhang.). Bereinigt um diesen Effekt, liegt das Ergebnis des Dezernats im Rahmen des Planwertes.

Jahresabschluss 2012

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates IV gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2012	Istausgaben 2012	Noch verfügbar 2012
I.01845	66 Glarusstraße	851.300 €	3.340 €	847.959 €
Alle Arbeiten zur Vorbereitung laufen . <i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> 1. BA ist baulich abgeschlossen, 2. BA ist in der Bauausführung				
I.01847	66 Sanierung der Straße Am Schloßpark, 1. + 2. BA	167.692 € ¹⁵	158.485 €	9.207 €
Die Maßnahme ist baulich fertiggestellt.				
Z-04-IN-A-INV-P	Fahrbahndeckenprogramm WI, einschl. Wohnstraßen	1.185.343 €	743.458 €	558.115 €
Voraussichtliche Fertigstellung Sommer 2013				
I.02673	66 Wandersmannstr/ Parkplatz 3.BA	380.000 €	344.193 €	35.807 €
Maßnahme ist baulich abgeschlossen; höhere Ausgaben beim 3.+4. Bauabschnitt sind durch Minderausgaben beim 1. + 2. Bauabschnitt gedeckt				
I.02486	66 Hochheimer Str. / Radweg	236.000 €	200.131 €	35.869 €
Maßnahme ist abgeschlossen.				
I.02958	66 Rheinuferpromenade	555.715 € ¹⁶	555.715 €	0 €
Maßnahme ist baulich abgeschlossen				

2.6.5 Dezernat V

Amt für Zuwanderung und Integration, Schulamt, Kulturamt

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2011 EUR	Fortgeschriebener Plan 2012 EUR	Ergebnis 2012 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-20.514.038	-17.272.401	-17.430.605
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	86.171.623	90.523.485	89.923.819
20 Verwaltungsergebnis	65.657.585	73.251.084	72.493.213
21 Finanzerträge	0	0	-143
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	148
23 Finanzergebnis	0	0	6
24 Ordentliches Ergebnis	65.657.585	73.251.084	72.493.219
25 Außerordentliche Erträge	-3.931	0	-225.279
26 Außerordentliche Aufwendungen	222.634	0	2.687.486
27 Außerordentliches Ergebnis	218.703	0	2.462.207
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	65.876.288	73.251.084	74.955.427
31 Ergebnis aus internen Leistungen	8.156.642	2.585.602	7.784.805
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	74.032.929	75.836.686	82.740.232

¹⁵ Die Maßnahme wurde im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten i.H.v. 154T€ zur Deckung anderer Maßnahmen herangezogen.

¹⁶ Mehrkosten bei der Maßnahme wurden üpl. genehmigt und aus anderen Maßnahmen ausgeglichen.

Im Teilergebnis überschreitet Dezernat V den Planwert von 2012, das ordentliche Ergebnis liegt jedoch unter dem Planwert. Die hohe Belastung aus dem außerordentlichen Ergebnis begründet sich u.a. aus der Abrechnung der bisherigen Kosten für das Stadtmuseum in den Ergebnishaushalt.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates V gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2012	Istausgaben 2012	Noch verfügbar / Rest 2012
I.00003	40 Erweiterung Kerschensteiner-schule	65.000 €	358.325 €	0 €
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Neubau fertig gestellt und in Betrieb, Mängelbeseitigung findet noch statt. Hauptgebäude nach Anweisung Amt 40 gestoppt / zurück gestellt. Es werden dort nur notwendige Maßnahmen ausgeführt, um das Atriumgebäude abnahmefähig herzustellen.				
I.00252	40 A.-Stifter-Schule Ersatzbau Grundschule	0 €	297.517 €	0
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Gebäude ab 05/2011 in Betrieb, Außenanlage fertig (Feuerwehruzufahrt z. Zt. Provisorium), BA neue Zufahrt in Vorbereitung, altes Gebäude abgebrochen, z. Zt. in Abrechnungsphase.				
I.00546	40 Joh.-Maaß-Schule Neubau	1.312.348 € ¹⁷	1.652.971 €	340.623 €
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Dachabdichtungsarbeiten abgeschlossen, Rohinstallation Technikgewerke / Montage Fenster bereits begonnen, 93 % aller Leistungen sind ausgeschrieben, Projektübergabe geplant für Herbst 2013				
I.01896	40 M.-Niemöller-Schule Sanierung	3.502.000 €	1.804.098 €	1.697.905
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Schulbetrieb wieder seit 10/2011, z.Zt. noch Mängelbeseitigungen, Abrechnungsphase, Kanalsanierung erfolgte in den Sommerferien 2012 Schulbetrieb läuft; z. Zt. Mängelbeseitigung und Nachbesserungen; Schlussrechnungen sind angefordert				
I.02237	40 Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule Dachsanierung ¹⁸	407.728 €	407.728 €	0
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Fertigstellung 09 / 2012; Mängelbeseitigung erfolgt; derzeit Abrechnungsphase				
I.03098	40 August-Hermann-Francke-Schule Turnhalle	500.000 €	77.973 €	422.027
<i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Ausführungsvorlage ist beschlossen, Plausibilitätsprüfung liegt vor. Derzeit ist die Maßnahme in Warteposition, da der Beschluss zur Prüfung gefasst wurde, ob die Halle an einem anderen Standort gebaut werden kann (steht Zusammenhang mit der Entwicklung der Hochschule Rhein-Main).				
I.01323	41 Sanierung Burg Sonnenberg	272.355	30.427 €	241.928
Aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm III wurden Fördermittel des Bundes in Höhe von 170.000 € zur Verfügung gestellt, die zusätzlich zu den vorhandenen Haushaltsmitteln für die Erhaltungs- und Sicherungsmaßnahmen an der Burg Sonnenberg eingesetzt werden. Darüber hinaus wurden vom Landesamt für Denkmalschutz Fördermittel in Höhe von 50.000 € für das Jahr 2013 avisiert. Die Arbeiten im Bereich der Oberburg werden im Frühjahr 2013 nach der Frostperiode fortgesetzt.				

¹⁷ Budget wurde mit Deckung aus anderen Maßnahmen um 135.000 € erhöht.

¹⁸ Budget wurde mit Deckung aus anderen Maßnahmen um 5.860 € erhöht

Jahresabschluss 2012

<i>Aktualisierter Sachstand 10/ 2013:</i> Die Instandsetzungsarbeiten an der Innenseite der Nord- und Westmauer der Burg Sonnenberg sollen bis zur Frostperiode abgeschlossen werden. Die landschaftsbaulichen Arbeiten im Bereich der Oberburg können erst nach Abschluss der Mauersanierung begonnen werden und kommen voraussichtlich erst in 2014 zur Ausführung.				
I.00612	41 Errichtung eines Stadtmuseums ¹⁹	1.753.95015 €	659.190 €	16.879.824 €
Für den Neubau des Stadtmuseums wurde von Seiten des Magistrats ein Moratorium beschlossen; in 2012 fallen daher nur bisher erfolgte Planungsleistungen an.				
I.01834	41 Zuschuss an kuk Ersatzneubau ²⁰	6.899.269	5.087.580 €	1.811.689 €
Die neue Veranstaltungshalle wurde im November 2012 in Betrieb genommen. Die Ausführungsvorlage zur Sanierung des Wasserturms wurde am 22.11.12 durch die Stvv. beschlossen. Der Bauantrag für den Wasserturm wurde eingereicht. <i>Aktualisierter Sachstand 10/ 2013:</i> Die Baugenehmigung für den Wasserturm liegt vor, die Sanierungsarbeiten wurden gestartet. Inbetriebnahme des Wasserturms ist für Sommer 2014 vorgesehen.				

2.6.6 Dezernat VI

Amt für Soziale Arbeit

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2011 EUR	Fortgeschriebener Plan 2012 EUR	Ergebnis 2012 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-206.514.688	-205.381.083	-218.889.846
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	453.878.196	471.957.677	471.687.275
20 Verwaltungsergebnis	247.363.508	266.576.594	252.797.429
21 Finanzerträge	-9.702	0	-8.120
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
23 Finanzergebnis	-9.702	0	-8.120
24 Ordentliches Ergebnis	247.353.806	266.576.594	252.789.309
25 Außerordentliche Erträge	-17.023	0	-676.561
26 Außerordentliche Aufwendungen	13.627	0	910.503
27 Außerordentliches Ergebnis	-3.396	0	233.942
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	247.350.410	266.576.594	253.023.251
31 Ergebnis aus internen Leistungen	25.693.370	24.591.847	24.367.041
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	273.043.780	291.168.442	277.390.292

Das Teilergebnis des Dezernates VI stellt sich - bedingt durch höhere Erträge - um 13.787 Tsd. € besser dar, als ursprünglich für 2012 geplant.

Die Erträge weisen eine Plan-Ist-Abweichung von + 13.508 Tsd. Euro aus. Aus budgettechnischen Gründen wurde der Ansatz für die Einnahmen des Bundes für SGB XII in Höhe von ca. 15.400 Tsd. € in der Allgemeinen Finanzwirtschaft geplant, jedoch im Budget des Dezernates VI tatsächlich vereinnahmt.

Die Aufwendungen blieben geringfügig unter dem aktualisierten Planansatz.

Ausbau Kinderbetreuung

Das strategische Ziel, den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zu erfüllen, wird durch den Ausbau der Kinderbetreuung weiterhin verfolgt. Insgesamt wurden im Jahr 2012 79 Krippenplätze in Kindertagesstätten der Landeshauptstadt Wiesbaden, bzw. bei freien Trägern in Betrieb genommen.

¹⁹ Die Maßnahme wurde i.H.v. 510.000 € zur Deckung der Maßnahme Albert-Schweitzer-Schule herangezogen.

²⁰ Das Budget der Maßnahme wurde durch üpl.-Genehmigungen und Finanzierung anderer um Netto 58.000 € erhöht.

SGB II (Hartz IV)²¹

Im Jahr 2011 wurde eine Zielvereinbarung mit dem hessischen Sozialministerium geschlossen, welche die folgenden Ziele zum Inhalt hatte:

1. Verringerung der Zahlungen im Bereich der Regelsätze des SGB II

Zwar lagen die Auszahlungen im Dezember 2012 um 2,2% höher als noch im Dezember 2011, durchschnittlich betrachtet (also Januar bis Dezember 2012) waren die Auszahlungen rückläufig (1,6%).

2. Steigerung der Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt

Der Zielwert an Integrationen lag bei 27,7% und konnte nicht erreicht werden. Die erreichten 26,2% sind dennoch positiv zu bewerten, denn das Niveau der Integrationsquote konnte entgegen dem Bundes- und westdeutschen Trend gehalten werden und liegt mittlerweile über dem Schnitt des Landes Hessen. Im Rhein-Main-Städtevergleich mit Offenbach, Frankfurt, Darmstadt und Mainz schneidet die Landeshauptstadt Wiesbaden gut ab.

3. Verringerung der Zahl der Langzeitbezieher

Es konnte eine Reduzierung um 3,1% erreicht werden. Auch dieser Wert fällt im Rhein-Main-Städtevergleich sehr gut aus.

**Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates VI
gem. Investitionscontrolling**

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2012	Istausgaben 2012	Noch verfügbar 2012
I.01296	51 GMM Kitas WI Objekttopf ²²	253.873 €	253.873 €	38.335 €
Es handelt sich um ein Programm. Es wurden jährlich 400.000 € zur Verfügung gestellt.				
I.00331 (u.a.)	51 Kindertagesstätten WI budget SNB 1-3	1.101.032 ²³ €	610.722,66 ²⁴ €	490.310 €
Es handelt sich um ein Programm. Es wurden jährlich 620.000 € zur Verfügung gestellt.				
I.01585	51 Ersatzneubau Kita Schlangenbader Str.	2.160.554	550.305 €	1.610.255 €
Die Baumaßnahme hat begonnen. Rohbau steht. <i>Aktualisierter Sachstand 10/ 2013:</i> Die Maßnahme ist baulich abgeschlossen, die Abrechnung steht noch aus.				
I.01643	51 Erweiterung KT Im Sampel	1.003.443 €	178.642 €	824.801€
Die Baumaßnahme hat begonnen. Bodenplatte ist gegossen. <i>Aktualisierter Sachstand 10/ 2013:</i> Die Maßnahme ist baulich abgeschlossen, die Abrechnung steht noch aus.				

²¹ Nähere Informationen können den Geschäftsberichten SGB II unter dem Link <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung/sozialplanung/beschaefigungsfoerderung.php> entnommen werden.

²² Die Maßnahmen wurde in Höhe von 59.405,30 € zur Deckung anderer Maßnahmen herangezogen.

²³ Das SNB-Budget wurde i.H.v. 4.597,37 € zur Deckung anderer Maßnahmen herangezogen; außerdem gab es Verschiebungen zum SNB des Geschäftsbereich 6001 (Kitas AKK) i.H.v. 13.065 € und aus dem GMZ Mühltal (GB 1000) i.H.v. 277 €.

²⁴ Die Ist-Buchungen im SNB erfolgen nicht auf den Budgetprojekten (z.B. I.00331) sondern auf zugeordneten Ausführungsprojekten.

Jahresabschluss 2012

2.6.7 Dezernat VII

Kassen- und Steueramt, Ordnungsamt, Bürgeramt, Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2011 EUR	Fortgeschriebener Plan 2012 EUR	Ergebnis 2012 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-23.114.889	-21.959.697	-21.468.954
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	52.325.507	51.659.135	54.293.649
20 Verwaltungsergebnis	29.210.619	29.699.438	32.824.695
21 Finanzerträge	-527.122	-1.523.000	-1.873.760
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	715		
23 Finanzergebnis	-526.407	-1.523.000	-1.873.760
24 Ordentliches Ergebnis	28.684.212	28.176.438	30.950.935
25 Außerordentliche Erträge	-22.155	0	-518.182
26 Außerordentliche Aufwendungen	266.041	0	532.111
27 Außerordentliches Ergebnis	243.887	0	13.929
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	28.928.098	28.176.438	30.964.864
31 Ergebnis aus internen Leistungen	202.479	808.049	832.413
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	29.130.577	28.984.487	31.797.276

Der Planwert des Dezernates wurde in 2012 im Ergebnis vor interner Leistungsverrechnung um 2.788 Tsd. € überschritten. Ein eingebuchter Konsolidierungsbeitrag von 2.000 Tsd. € reduzierte den ursprünglichen Haushaltsansatz und sorgte bei den Aufwendungen für die hohe Plan-Ist-Abweichung.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernates VII gem. Investitionscontrolling

Projekt	Projektbezeichnung	Verfügbare Mittel in 2012	Istausgaben 2012	Noch verfügbar 2012
I.00353	31 Beschaffungen	121.066 €	9.411 €	111.655 €
<ul style="list-style-type: none"> • Beschaffung von 10 zusätzlich mobilen Datenerfassungsgeräten für zusätzliche OSD-Kräfte (30.000 €) <ul style="list-style-type: none"> ○ Maßnahme wird nicht umgesetzt, die geplanten Geräte wurden geleast da Leasing günstiger als Kauf • Aufrüstung von 30 mobilen Datenerfassungsgeräten mit Digitalkameras <ul style="list-style-type: none"> ○ Angebote sind eingeholt. Ergebnis: keine Wirtschaftlichkeit, Maßnahme wird nicht umgesetzt • Beschaffung einer Klimaanlage für das Gebäude 10003 gemäß Forderung des Sicherheitstechnischen Dienstes <ul style="list-style-type: none"> ○ Angebot liegt vor, technische Umsetzbarkeit in Abstimmung mit Gebäudeeigentümer wird geprüft 				
I.03010	34 Beschaffungen	65.000 €	1.470 €	63.530 €
<p>Neumöblierung der KFZ-Zulassungsstelle in der Stielstraße. Maßnahme wird verschoben auf das Jahr 2013, Abhängigkeit zu einem Neubau der Zulassungsstelle <i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Maßnahme läuft, Angebote liegen vor, Beschaffung soll Oktober 2013 erfolgen.</p>				

I.01287	67 KSP-Prog. WI - Hofwiese ²⁵	183.196 €	183.196 €	0
Maßnahme ist abgeschlossen. Spielplatz wurde bereits eingeweiht.				
I.03110	67 KSP-Prog. WI - Klarenthal - Am Heizwerk	103.561 €	103.561 €	0
Baumaßnahme wurde fertiggestellt und muss nur noch schlussgerechnet werden <i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Abrechnung ist erfolgt.				
I.00324	31 Beschaffungen Kfz	32.000 €	21.208 €	10.791 €
Beschaffung eines Fahrzeuges für zusätzliche Ordnungskräfte. Beschaffung wird eingeleitet. <i>Aktualisierter Sachstand 10/2013:</i> Beschaffung ist erfolgt.				

2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die im Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Mittel werden außerhalb der Dezerernatsbudgets zentral durch die Kämmerei als fiktives Dezernat bewirtschaftet. In diesem Bereich werden hauptsächlich die allgemeinen Deckungsmittel wie Steuern und Zuweisungen, sowie Zinserträge und Aufwendungen für die gesamte Landeshauptstadt Wiesbaden verwaltet.

Position / Bezeichnung	Ergebnis 2011 EUR	Fortgeschriebener Plan 2012 EUR	Ergebnis 2012 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-534.749.323	-612.376.279	-642.766.034
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	116.955.612	155.637.041	123.255.971
20 Verwaltungsergebnis	-417.793.711	-456.739.238	-519.510.063
21 Finanzerträge	-18.416.324	-11.635.000	-15.108.340
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22.206.390	20.966.500	20.369.385
23 Finanzergebnis	3.790.066	9.331.500	5.261.045
24 Ordentliches Ergebnis	-414.003.645	-447.407.738	-514.249.018
25 Außerordentliche Erträge	0	0	-30
26 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
27 Außerordentliches Ergebnis	0	0	-30
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	-414.003.645	-447.407.738	-514.249.049
31 Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	-414.003.645	-447.407.738	-514.249.049

Höhere ordentliche Erträge (+30.390 Tsd. €) und geringere ordentliche Aufwendungen (-32.381 Tsd. €) sorgten u.a. für die Verbesserung des Teilergebnisses von 66.841 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan. Die Verbesserungen resultieren u.a. aus höheren Steuereinnahmen (+32.616 Tsd. €) und einer geringeren Zuführung zu den Pensionsrückstellungen. Darüber hinaus wurden 10.733 Tsd. € mehr als geplant auf den Bereich „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten“ gebucht. Gemäß Ziff. 3. zu § 38 der Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung sind die Auflösungen der Sonderposten, deren Zuschusszweck ausschließlich dazu bestimmt war, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen. Dementsprechend wird ab dem Jahresabschluss 2012 verfahren. Da diese Vorschrift zum Zeitpunkt der Planung nicht berücksichtigt werden konnte, wurde die Planung dieses Postens in den Fachbereichen vorgenommen.

²⁵ Maßnahme ist Teil des Spielplatzprogramms; Restmittel i.H.v. 13.320 € wurden dem Programm wieder zugeführt.

Jahresabschluss 2012

2.7 Entwicklung der Finanzlage

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012
	in Tsd. €		
Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-48.714	-30.200	117.031
Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit	41.205	-31.441	-12.663
Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	24.128	2.248	-52.096
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag d. Haushaltsjahres	16.619	-59.394	52.272
Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	63.889	80.509	80.509
Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	80.509	21.115	132.780

In der Analyse der Plan-Ist-Abweichungen ergibt sich insgesamt eine positive Abweichung in Höhe von 111.665 Tsd. €. Dies liegt zum einen an einem deutlich besseren Jahresergebnis als geplant, dem Rücklauf der Kassenkredite an die Horst-Schmidt-Kliniken (ca. 50.000 Tsd. €), sowie deutlich geringeren Auszahlungen für Investitionen durch die vorläufige Haushaltsführung. Die übrigen Abweichungen verteilen sich auf mehrere Positionen.

Aufgrund der Haushaltsentwicklung entstand ein Überschuss im Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 117.031 Tsd. €. Insgesamt entstand ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 52.272 Tsd. €.

Die Finanzierungsfähigkeit und Tätigkeit in der Abhängigkeit von Steuern und Zuweisungen wird durch die folgenden Kennzahlen anschaulich:

Selbstfinanzierungsgrad / Freier Cash-Flow

Im Jahresabschluss 2010 wurde erstmals der Selbstfinanzierungsgrad ausgewiesen. Diese Kennzahl schwankt jedoch je nach Überschuss bzw. Fehlbetrag und unterschiedlichen Aktivierungszeitpunkten von Großinvestitionen sehr stark. Aus diesem Grund wird die Kennzahl ab dem Jahresabschluss 2011 nicht mehr verwendet und stattdessen der freie Cash-Flow berichtet.

	2008	2009	2010	2011	2012
Freier Cash-Flow ²⁶	72.835	-59.329	-93.735	-64.342	24.861

Der Werteverlauf zeigt die deutlichen Zahlungsmittelüberschüsse in den Jahren 2007 und 2008. Aufgrund des hohen Zahlungsmittelbestandes konnten die Investitionen in den Verlustjahren 2009 und 2010 (ohne Sonderkonjunkturprogramm) durch die vorhandenen Liquiditätsreserven ohne nennenswerte zusätzliche Kredite erfolgen. Dies erklärt auch den deutlichen Rückgang an liquiden Mitteln der Landeshauptstadt Wiesbaden seit dem Jahr 2008. Im Jahr 2011 ist der Bestand an liquiden Mitteln durch Rückzahlungen von festverzinslichen Wertpapieren wieder gestiegen. Durch die hohen Steuererträge entsteht im Jahr 2012 erstmals seit 2009 wieder ein positiver Wert, d.h. im laufenden Haushalt wurden 24.861 Tsd. € erwirtschaftet, die zur Innenfinanzierung oder Tilgung eingesetzt werden können.

²⁶ Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit - Tilgung.

	2008	2009	2010	2011	2012
Investitionsquote	2,42%	1,28%	3,11%	2,52%	0,56%
Reinvestitionsquote	155,6%	84,0%	209,9%	161,9%	36,0%

Die Investitionsquote steigt durch das Sonderkonjunkturprogramm an bis zur Spitze im Jahr 2010. Danach sinkt die Quote wieder. Im Jahr 2012 waren Nettoinvestitionen in Höhe von lediglich 13.065 Tsd. € zu verzeichnen, im Gegensatz zu 57.418 Tsd. € im Vorjahr. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Aktivierung eines einzigen Großprojekts bzw. größere Anlagenabgänge zu einer starken Schwankung der Kennzahlen beitragen. So waren für das Jahr 2012 zwar Zugänge im Sachanlagevermögen in Höhe von 29.087 Tsd. € zu verzeichnen, im Gegenzug aber auch Abgänge in Höhe von 14.303 Tsd. €. Darüber hinaus trug die vorläufige Haushaltsführung im Berichtsjahr zu einer geringeren Investitionstätigkeit bei. Bei der Reinvestitionsquote ist der gleiche Verlauf zu beobachten.

Neben dem Sonderkonjunkturprogramm mit Effekten auf die Jahre 2010 und 2011, sind jedoch auch die folgenden größeren Anlagenabgänge auf Sachanlagen mit ihren Auswirkungen in den Jahren 2008 bis 2012 zu beachten.

Jahr	Betrag in Tsd. €	Vorgang (Abgänge)
2007	9.500	Grundstück Justiz- und Verwaltungszentrum
2008	19.207	Ausgliederung mattiaqua (Grundstück und Gebäude, ohne bewegl. Sachen)
	11.483	Übertragung von Grundstücken an den WIM-Liegenschaftsfonds
2009	38.360	Rhein-Main-Halle / Ausgliederung TriWiCon
	3.792	Polizeipräsidium
2010	3.648	Grundstück ehemaliges Gesundheitsamt
2011	4.252	Grundstücke Mainzer Str. 87, Bierstadt, Delkenheim, Biebrich
2012	2.536	Grundstücke Berta-Kramer-Ring, Murnastraße, Kastel, Hasengartenstraße 8-10

Zusätzlich war die Kennzahl im Jahr 2008 durch die vollständige bilanzielle Umgliederung von Grundstücken aus dem Umlauf- in das Anlagevermögen aufgrund der Änderung der Bewertungsmaßstäbe beeinflusst.

Jahresabschluss 2012

2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

in Mio. €	2009	2010	2011	2012
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen ²⁷	364,1	380,4	412,8	358,6
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>31,5</i>	<i>57,1</i>	<i>55,3</i>	<i>52,98</i>
<i>davon Tagesgeld</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>42,0</i>	<i>0</i>
Schuldendienst gesamt	28,4	30,6	31,9	108,18
davon Zinsen ²⁸	14,1	14,3	14,7	14,3
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>0,1</i>	<i>1,3</i>	<i>2,3</i>	<i>2,2</i>
<i>davon Zinsen Tagesgeld</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0,04</i>	<i>0,04</i>
davon Tilgung	14,6	15,9	17,2	93,98
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>		<i>1,1</i>	<i>1,5</i>	<i>1,9</i>

Die Schulden (im Sinne der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) des Jahres 2012 enthalten auch den Bestand an Schulden für das Sonderkonjunkturprogramm. Gemäß Hessischer Vorgaben²⁹ sind diese Schulden trotz fremder Tilgungsanteile (Landesprogramm 83,33%, Bundesprogramm 87,5%) vollständig bei den Kommunen zu bilanzieren. Im Ergebnis führt dies zu einer Verschlankung der Schuldenstatistiken bei Land und Bund zu Lasten der kommunalen Schuldenstatistik. Als Gegenposition findet sich der Tilgungsanteil des Landes in entsprechender Höhe im Forderungsbestand.

Die Verbindlichkeiten zum 31.12.2011 enthielten die Aufnahme von Tagesgeldern in Höhe von 42 Mio. €. Die Tilgung in 2012 (93,98 Mio. €) setzt sich zusammen aus der Rückführung dieses Betrages, sowie aus der Umschuldung von Krediten (mit neutraler Wirkung i. H. v. 34,4 Mio. €) und planmäßiger Tilgung i. H. v. 17,5 Mio. €.

Insgesamt konnte die Summe der Kreditverbindlichkeiten - ohne Sonderkonjunkturprogramm und ohne Tagesgeld - und damit auch Teile des Zinsaufwands weiter gesenkt werden.

Pro-Kopf-Verschuldung ³⁰	2008	2009	2010	2011	2012
inkl. Sonderkonjunkturprogramm	1.236,36 €	1.322,97 €	1.381,86 €	1.499,89 €	1.299,88 €
ohne Sonderkonjunkturprogramm	1.236,36 €	1.208,51 €	1.174,36 €	1.299,12 €	1.107,82 €

Die Kennzahl drückt die Schulden durch Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen je Einwohner aus. Ohne Sonderkonjunkturprogramm ist bis 2011 eine leicht steigende Tendenz zu erkennen. Dies korreliert jedoch mit den Investitionsprogrammen der vergangenen Jahre und dem Ausbau der Kinderbetreuung. Der gesunkene Wert in 2012 erklärt sich aus der Tilgung von Schulden, insbesondere der nur über den Jahreswechsel aufgenommenen und damit bilanziell wirksamen Tagesgelder (s. o.).

²⁷ Die Darstellung enthält gegenüber dem an das Land Hessen gemeldeten Schuldenstand jeweils auch die Verbindlichkeiten aus Anspar- und Sonderbeiträgen für Landesdarlehen des Investitionsfonds B.

²⁸ Die genannten Zinswerte sind der jeweiligen Ergebnisrechnung (d.h. inklusive Abgrenzung) entnommen.

²⁹ Förderrichtlinien zum Gesetz zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms.

³⁰ 2008-2011 durchschnittliche Einwohnerzahl von 2007-2011 (275.246), ab 2012 durchschnittliche Einwohnerzahl der letzten fünf Jahre (275.878).

2.9 Chancen

Demographische Entwicklung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden zählt nach neueren Analysen³¹ zu den Wanderungsgewinnern bis 2030. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies weiterhin die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt Wiesbaden die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen.

Neubau Rhein-Main-Halle

Durch den Neubau der Rhein-Main-Halle (geplant bis 2018) erhält die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an der alten Stelle. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits kann eine positive Geschäfts- zu einer ebenfalls guten Ergebnisentwicklung und damit zu geringeren Betriebskostenzuschüssen führen.

Niedriges Zinsniveau

Das weiterhin niedrige Zinsniveau bewirkt eine beträchtliche Haushaltsentlastung, wobei die Liquiditätswirkung mit dazu beiträgt, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden bislang ohne Kassenkredite auskommt. Die Landeshauptstadt Wiesbaden sichert das Zinsniveau über Forward-Kredite.

Investitionen in Wohnungsbau

Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die Landeshauptstadt Wiesbaden und ihre Wohnungsbaugesellschaften eruiieren derzeit Flächen für den Wohnungsbau, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichert somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor.

2.10 Risiken

Aus der kommunalen Aufgabenwahrnehmung der Stadt ergeben sich naturgemäß eine Reihe von Risiken. Als Risikobereiche sind insbesondere zu nennen:

1. Steuerentwicklung

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Jahr 2012 auf 949.338 Tsd. €. Davon resultieren rund 381.879 Tsd. € aus den Steuerarten Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Demnach ist das Ertragsaufkommen der Landeshauptstadt Wiesbaden wesentlich von der Entwicklung dieser beiden Steuerarten abhängig. Das Risiko der Stadt besteht insbesondere darin, dass diese beiden Steuerarten stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bestimmt werden.

2. Bundes- und Landesgesetzgebung

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Als Beispiel ist der Ausbau der Kinderbetreuung zu nennen, der ab der Endausbaustufe 2017 zusätzliche Ergebnisbelastungen in Höhe von geschätzten 18.417 Tsd. € pro Jahr bedeutet, die durch Steuern, Gebühren oder Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften sind.

³¹ Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 47, Wiesbaden, 2012

Zusätzliche Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Umsatzsteuer (EuGH und BFH), welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden sind derzeit noch nicht absehbar.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

3. Beteiligungen

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Gesellschaften durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig, u.a. mittels der Quartalsberichterstattung wesentlicher städtischer Gesellschaften, festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. In der Landeshauptstadt Wiesbaden gibt es keine Mehrheitsgesellschaft, wonach zu diesem Fragenkreis Beanstandungen im Jahr 2012 festzustellen sind. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Für **Kapitalgesellschaften**, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50% im Besitz der Landeshauptstadt Wiesbaden befindet, hält die Landeshauptstadt Wiesbaden Ausfallbürgschaften in Höhe von 603.236 Tsd. €. Dem Risiko des Eintritts wird ebenfalls im Rahmen der oben genannten Maßnahmen des Beteiligungsmanagements entgegengewirkt.

Feierabendheim Simeonhaus GmbH und AltenHilfe Wiesbaden GmbH

Am 29. Februar 2012 wurde der Pflegebereich des Simeonhauses auf Basis der Durchführungsverordnung der Heimaufsicht aus dem Jahre 2007 vollständig geschlossen. Seither beschränkt sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf den Betrieb des „Wohnen mit Service“. Die Finanzlage zeigt seit dem 31.12.2007 fortlaufend einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag. Die LHW musste seither fortlaufend Kassenkredite zur Verfügung stellen und im Rang von diesen Forderungen zurücktreten. Zur Beseitigung der bilanziellen Überschuldung ist zuletzt mit STVV Beschluss- Nr. 0752 vom 21. Dezember 2011 der Erwerb der Liegenschaft Langendellschlag beschlossen worden. Sollte dieses Grundstücksgeschäft nicht zustande kommen besteht für die LHW das Risiko, das die Kassenkredite abgeschrieben werden müssen und zudem bereits beschlossene Patronatserklärung von der LHW abgeben werden müssen.

Bei der AHW sind derzeit keine Risiken erkennbar.

mattiaqua

Ein Risiko besteht darin, dass der vorher definierte Betriebskostenzuschuss an mattiaqua (z.B. durch saisonale, witterungsbedingte Umsatzeinbrüche) am Ende des Jahres erhöht werden muss.

HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH

Die RHÖN KLINIKUM AG plant ihre Anteile an der HSK Klinik an Fresenius zu verkaufen. Hierzu fehlt aktuell noch die Zustimmung der Landeshauptstadt Wiesbaden. Derzeit sind lediglich geringe Risiken erkennbar.

HSK Rhein-Main GmbH

Die Liquidität der HSK Rhein-Main GmbH ist derzeit nur bis Mitte/Ende des Jahres 2014 gesichert. Bei einer Zahlungsunfähigkeit ist die Landeshauptstadt Wiesbaden in der Pflicht einen Teil der Zahlungsverpflichtungen der HSK Rhein-Main GmbH zu übernehmen.

TriWiCon

Ein weiteres Risiko besteht darin, dass während Abriss und Neubau der Rhein-Main-Halle Erträge wegfallen. Auch für die Zeit nach der erneuten Inbetriebnahme (geplant 2018) besteht das Risiko der Vermarktung. Beides würde sich über steigende Zuschüsse bzw. Abschreibungen auf den Firmenwert und damit auf den Abschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden auswirken.

ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

Die Risiken in diesem Sektor wirken sich mittelbar über die Gewinnabführungen der WVV Wiesbaden Holding GmbH (WVV) aus. So können steigende Energie- und Personalkosten nicht voll über den Fahrpreis erwirtschaftet werden. Auch das Einnahmeverfahren mit dem Rhein Main Verkehrsverbund kann sich ungünstig auf das Ergebnis des Konzerns WVV auswirken. Für das Jahr 2012 wurde die neue Fahrgastzählung, die alle fünf Jahre durch den RMV durchgeführt wird, für das Einnahmeverfahren angewendet. Die Fahrgastzählung ergab, dass Wiesbaden zukünftig mit höheren Abschlagszahlungen für den RMV- Verbund geleistet durch ESWE Verkehr belastet wird. Ab dem Jahr 2014 könnte sich eine Abfederung der Zahlungsverpflichtungen durch den RMV ergeben, so dass sich kein zukünftiges Risiko ergibt.

WLW- Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Das Ergebnis aus dem Kartellverfahren gegen die ESWE Versorgung steht immer noch im Raum. Ein Risiko gegenüber dem Wasserversorgungsbetrieb besteht nicht.

4. Investition und Instandhaltung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden verfügt über umfangreiches Gebäude- und Infrastrukturvermögen. Hieraus ergeben sich ständig Investitions- und Instandhaltungsrisiken. Soweit diese vorhersehbar sind, werden sie im Rahmen der Haushaltsplanung erfasst und entsprechende Maßnahmen geplant. Die Durchführung der Maßnahmen und die technische Entwicklung der Anlagen unterliegen der dauernden Überwachung durch die Bauämter.

5. Allgemeine Organisationsrisiken

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Landeshauptstadt Wiesbaden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt. Hierzu gehören:

- die Schaffung der Stelle eines Korruptionsbeauftragten
- der Erlass städtischer Vergaberichtlinien
- der Erlass von Dienstanweisungen
- die permanente Kontrolle von beauftragten Unternehmen
- die Vertragskontrolle durch das Rechtsamt.

6. Liquiditätsrisiko

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres betrug 132.780 Tsd. €, ausgehend von 212.925 Tsd. € im Jahr 2008. Mehrere Jahre mit sinkenden Gewerbesteuererträgen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die Landeshauptstadt Wiesbaden derzeit nicht erkennbar.

7. Zinsrisiken

Aus der Finanzierungstätigkeit einer Kommune heraus erwachsen Zinsrisiken. Zur Reduzierung dieses Risikos hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden mit Beschluss Nr. 0071 vom 12.02.2004 die Einführung eines Zinsrisikomanagements beschlossen. Die Kämmerei berichtet den Körperschaften hierüber regelmäßig halbjährlich.

8. Betriebsprüfungen

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird regelmäßig Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung die Erfordernisse von Steuernachzahlungen ergibt. Derzeit ist das Risiko jedoch nicht bezifferbar.

2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2012 sowie Ausblick

Im Sommer 2013 kaufte Fresenius die Mehrzahl der Krankenhäuser von Rhön-Klinikum. Am 20.09.2013 hat ein erstes Treffen mit der Firma Fresenius wegen der geplanten Übernahme der Anteile der Rhön Klinikum AG an den Dr. Horst-Schmidt Kliniken stattgefunden. Fresenius Helios erklärte, dass alle Vereinbarungen, die in den Verträgen oder in der Folgezeit mit der Rhön Klinikum AG getroffen wurden, eingehalten werden. Durch den anteiligen Verkauf (49%, Jahr 2012) der **Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH (HSK)** an die Rhön-Klinikum AG verbunden mit der Übergabe der Geschäftsleitung wurde die Landeshauptstadt Wiesbaden von der Inanspruchnahme der Bürgschaften (77.209 Tsd. €, Stand 31.12.2011) und der Patronatserklärung gegenüber der HSK freigestellt. Die von der Landeshauptstadt Wiesbaden gewährten Kassenkredite (33.700 Tsd. €, Stand: 31.12.2011) wurden inzwischen vollständig zurückgezahlt. Die Rhön-Klinikum AG hat die Zahlungsfähigkeit der HSK sichergestellt. Darüber hinaus hat sich die Rhön Klinikum AG verpflichtet, umfangreiche Investitionen in einen Neubau und die Technik vorzunehmen. Auf diese Weise konnte die Zukunft der kommunalen Kliniken der Maximalversorgung sichergestellt werden.

Bereits im Jahr 2010 wurden per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung die Weichen für mehrere Großbauprojekte gestellt, die zu Kreditaufnahmen und finanziellen Belastungen in der Zukunft führen werden. Hierzu gehören u.a. der Sporthallen- und Gewerbekomplex am **Platz der Deutschen Einheit**, dessen Spatenstich im Juni 2012 stattfand. Die Fertigstellung ist für 2014 geplant. Auch der seitens der TriWiCon geplante Neubau der Rhein-Main-Hallen wird nicht ohne finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Landeshauptstadt Wiesbaden bleiben. So hat die Stadtverordnetenversammlung am 21.11.2013 beschlossen im Jahr 2013 eine Rückstellung in Höhe von 8 Mio. € zu bilden, um die drohende Verlustübernahme aufgrund des Abrisses der Rhein-Main-Halle bilanziell abzubilden. Den Architektenwettbewerb hat der Architekt Ferdinand Heide gewonnen. Erste Baukostenschätzungen vermuten eine Baukostensumme von rd. 178 Mio. €. Der Neubau der Rhein - Main-Halle soll Anfang 2018 fertig sein. Der Abbruch der alten Halle wird Mitte 2014 durchgeführt.

Der **Haushaltsplan** 2012/2013 wurde am 21.06.2012 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 28.11.2012 von der Aufsichtsbehörde unter Auflagen genehmigt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 geht - unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 59.173 Tsd. € aus.

An Auszahlungen für Investitionen (immaterielle und Sachanlagen, sowie Finanzanlagen) wurden - 94.694 Tsd. € geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 56.769 Tsd. €, der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 300.000 Tsd. € festgesetzt.

Jahresabschluss 2012

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts 2012 und 2013 mit den Plan- und Ist-Zahlen des Haushaltsjahres 2012 gegenüber.

Position / Bezeichnung	HH Ansatz 2013	Ist 2012	Plan akt. ³² 2012	HH Ansatz 2012
10 ordentliche Erträge	-932.407.075	-949.338.350	-908.007.286	-906.445.000
19 ordentlicher Aufwand	1.005.736.121	948.556.974	981.096.423	983.656.108
20 Verwaltungsergebnis	73.329.046	-781.376	73.089.137	77.211.108
21 Finanzerträge	-36.418.050	-40.613.456	-36.419.050	-36.419.050
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	22.118.500	20.441.731	20.966.500	20.966.500
23 Finanzergebnis	-14.299.550	-20.171.725	-15.452.550	-15.452.550
24 ordentliches Ergebnis	59.029.496	-20.953.101	57.636.587	61.758.558
25 außerordentliche Erträge		-6.309.535	0	0
26 außerordentliche Aufwendungen		8.115.235	0	0
27 außerordentliches Ergebnis		1.805.699	0	0
28 Jahresergebnis	59.029.496	-19.147.401	57.636.587	61.758.558

Das weiterhin günstige wirtschaftliche Umfeld zeigt sich in einer Sollstellung der Gewerbesteuer in Höhe von 318.620 Tsd. € (Stand: 05.02.2014).

Der Ansatz für die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2013 beträgt 119.000 Tsd. €, wobei die Berechnung der Schlüsselzuweisungen 123.293 Tsd. € ausweist.

Im Endergebnis 2013 prognostiziert die Hochrechnung des Haushaltsmanagementsystems (Stand: 04.02.2014) einen Überschuss in Höhe von 19.950 Tsd. €.

Durch die lange Planungszeit und die vorläufige Haushaltsführung in 2012 gehen ab 2013 deutlich mehr Plätze in der Kinderbetreuung unter drei Jahren in Betrieb. Dazu kommen der verstärkte Ausbau der Kinderbetreuung von Schulkindern und die Umwandlung von Hortplätzen in Nachmittagsbetreuung an Schulen.

Die Oberbürgermeisterwahl 2013 führte zu einer Änderung der Organisationsstruktur. Bis dahin wurde das Amt des Kämmerers in Personalunion mit dem Amt des Oberbürgermeisters geführt. Seit dem 01.07.2013 werden diese Ämter mit Herrn Sven Gerich (Oberbürgermeister) und Herrn Axel Imholz (Kämmerer) getrennt wahrgenommen.

Damit gehen auch Änderungen in der Dezernatsstruktur einher, die zu Veränderungen bei den organisatorisch aufgestellten Teilergebnissen führen. Diese werden, wie auch die Historienwerte, ab dem Jahresabschluss 2013 in der neuen Struktur ausgewiesen.

Auf Grundlage der weiterhin guten Prognose für das Steuervolumen geht die Landeshauptstadt Wiesbaden davon aus, den Jahresfehlbetrag der Haushaltsjahre bis 2015 gering halten zu können.

Wiesbaden, den . April 2014

Gerich
Oberbürgermeister

Imholz
Stadtkämmerer

³² Fortgeschriebener Ansatz ohne übertragene Ermächtigungen (früher: Haushaltsreste)

2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen³³

Vermögenslage	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen}^{34}}{\text{Sachanlagen zu hist. Anschaffungs- / Herstellungskosten zu Jahresbeginn}} \times 100$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Haushaltsjahres}}$
	Freier Cash-Flow	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit ./ Auszahlungen a. d. Tilgung v. Krediten und Anleihen
Finanzlage	Pro- Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen}}{\text{Einwohnerzahl } (\emptyset \text{ vergangene 5 Jahre})^{35}} \times 100$
Ertrags- und Aufwandslage	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{(\text{Ordentliche Erträge} + \text{Finanzerträge}) \times 100}{(\text{Ordentliche Aufwendungen} + \text{Finanzaufwendungen})}$
	Steuerquote	$\frac{\text{Erträge aus Steuern} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Zuwendungsquote	$\frac{\text{Ertr. a. Zuweisungen und Zusch. f. lfd. Zwecke} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufwendungen (inkl. Versorgung)} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

³³ Die ausgewählten Kennzahlen bieten einen Einstieg in die kommunale Jahresabschlussanalyse. Allerdings ist die Zeitreihenanalyse noch vorsichtig zu bewerten, da in den ersten vier Jahren nach Erstellung der Eröffnungsbilanz, also bis einschließlich des Jahresabschlusses 2010, noch Korrekturen der Eröffnungsbilanz möglich gewesen sind, was zu Unschärfen in den Kennzahlen führen kann.

Durch die unterschiedlichen Ausprägungen der Vorschriften zur Doppik in den einzelnen Bundesländern und den verschiedenen Ausgestaltungen in den hessischen Kommunen / Landkreisen (z.B. Ausüben von Wahlrechten bei Ansatz und Bewertung) sind interkommunale Vergleiche der Jahresabschlüsse und damit die vergleichende Jahresabschlussanalyse nur erschwert möglich. Erwähnt seien an dieser Stelle die verschiedenen Bewertungsvorschriften, ausgeübte Wahlrechte, Kontenpläne und teilweise unterschiedlich gegliederte Rechenwerke bzw. Vorschriften zur Ergebnisverwendung.

Die Kennzahlendefinitionen erfolgten in Anlehnung an den KGSt -Bericht Nr. 1/2011 „Jahresabschlussanalyse im neuen Haushalts- und Rechnungswesen“. Die Kennzahl „Verschuldungsgrad“ wurde auf die Bedürfnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden aus Gründen der Vergleichbarkeit angepasst (ohne mittelbare Schulden).

³⁴ = Zugänge zu AH/HK des Haushaltsjahres (-) Abgänge zu AH/HK des Haushaltsjahres (+/-) Umbuchungen zu AH/HK des Haushaltsjahres (-) Abschreibung auf Anlagenabgänge und Umbuchungen

³⁵ Um Verzerrungen der Kennzahl aus einer Melderegisterbereinigung im Jahr 2010 und dem Zensus 2011 in dieser und künftigen Zeitreihen auszuschließen, wird mit einer über die vergangenen fünf Jahre gemittelten Einwohnerzahl gerechnet.

3 Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss

Im Anhang zum Jahresabschluss 2012 werden gemäß Ziffer 4 des § 112 HGO die wesentlichen Positionen erläutert mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Teilergebnisrechnungen der Dezernate werden für die Teilhaushalte Wiesbaden und die Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim (AKK) zusammen erstellt und befinden sich im Tabellenteil ab Kapitel 4.9.

Investitionen und Instandhaltung werden im Kapitel 3.4 erläutert.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es bei den Erläuterungen in Tsd. € - durch Rundungen bedingt - geringfügige Differenzen zu den exakten Werten in der Vermögens- und Ergebnisrechnung geben kann.

3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung

Das Anlagevermögen als wertmäßig bedeutsamste Position in der Vermögensrechnung hat sich gegenüber 2011 um 13.852 Tsd. € auf nunmehr 2.237.472 Tsd. € verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 88,8 %.

3.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände	Buchwert Stand 31.12.2012 Tsd. €	Buchwert Stand 31.12.2011 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.054	3.365	-311
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	44.586	36.368	8.218
Gesamt	47.640	39.733	7.907

Der Buchwert der immateriellen Vermögensgegenstände hat sich in 2012 wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2012	39.733 Tsd. €
Zugänge	8.077 Tsd. €
Umbuchungen zu Restbuchwerten	5.983 Tsd. €
Abgänge	- 33.813 Tsd. €
Abschreibungen des Haushaltsjahres	- 6.151 Tsd. €
(Wertberichtigungen auf Abgänge)	+ 33.812 Tsd. €)
Stand am 31.12.2012	47.640 Tsd. €

Die Zugänge setzen sich zusammen aus der Gewährung von Investitionszuschüssen an Dritte (rd. 7.519 Tsd. €) und der Beschaffung von Software / Lizenzen (rd. 557 Tsd. €).

Die Zugänge bei den Konzessionen, Lizenzen und ähnlichen Rechten betreffen vor allem Lizenz-erwerbe u.a. im Zusammenhang mit der Einführung der e-Akte, der Baulastenauskunft Online oder einer standardisierten medizinischen Notrufabfrage bei der Feuerwehr (Medical Priority Dispatch System).

Die Verminderung bei den Buchwerten um 311 Tsd. € resultiert aus den Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen geringere Zugänge gegenüberstehen.

Bei den geleisteten Investitionszuschüssen an Dritte wurden unter anderem ein Investitionszu-schuss für den Bau des Kulturzentrums Schlachthof (Zugang/Umbuchung rd. 8.258 Tsd. €) sowie Zuschüsse an die GeWeGe zur Sanierung von Wohngebäuden ausgezahlt (Zugang rd. 835 Tsd. €), ein weiterer Zuschuss wurde für die Sanierung des Gebäudes Friedrichstraße 32 gewährt (Zu-gang 680 Tsd. €). Daneben wurden beispielsweise Investitionszuschüsse in den Bereichen Sport, Kultur und Kinderbetreuung geleistet.

2012 wurde festgelegt, dass bereits abgeschriebene Investitionszuschüsse aus dem Anlagever-mögen ausgebucht werden. Dies wird zukünftig jährlich im Rahmen des Jahresabschlusses erfol-gen. In 2012 wurden rückwirkend alle abgeschriebenen Investitionszuschüsse der Jahre 2007 bis 2011 ausgebucht, daraus resultieren die Anlagenabgänge in Höhe von 33.813 Tsd. € sowie die daraus resultierenden Wertberichtigungen.

3.1.2 Sachanlagevermögen

Grundstücke	Buchwert Stand 31.12.2012 Tsd.€	Buchwert Stand 31.12.2011 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Unbebaute Grundstücke	143.140	134.545	8.595
Bebaute Grundstücke	327.315	335.834	-8.519
Gesamt	470.455	470.379	76

Bei den Grundstücken sind öffentliche Grünflächen und Waldflächen nicht enthalten, sie werden unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesen.

Die Veränderungen bei den unbebauten und bebauten Grundstücken resultieren im Wesentlichen aus der (Nach-)Erfassung von Flurstücksveränderungen des Zeitraums 01.01.2007 bis 31.12.2012.

Zudem wurden Korrekturen beim Ausweis von Flurstücken im Umlegungsverfahren Petersweg-Ost vorgenommen. Hier waren Flurstücke einzeln im Anlagevermögen ausgewiesen, die dem Umle-gungsgebiet Petersweg-Ost zuzuordnen sind, umgekehrt wurden Flurstücke aus dem Umlegungs-verfahren entlassen und waren somit der Bilanzposition „Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte“ zuzuordnen.

Werden nur Geschäftsvorfälle über 10 Tsd. € betrachtet, hat sich der Bestand an Grundstücken wie folgt geändert:

Jahresabschluss 2012

Grundstücksankäufe	rd. 2.162 Tsd. €
Zugänge aus dem Umlegungsgebiet Petersweg-Ost	rd. <u>2.337</u> Tsd. €
	rd. 4.499 Tsd. €
Grundstücksverkäufe	rd. 4.146 Tsd. €
Umgliederung in das Umlegungsgebiet Petersweg-Ost	rd. <u>194</u> Tsd. €
	rd. 4.341 Tsd. €

Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	Buchwert Stand 31.12.2012 Tsd. €	Buchwert Stand 31.12.2011 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Schulbauten	299.285	291.077	8.209
Gebäude der Kinder-, Jugend - und Freizeiteinrichtungen	24.863	25.633	-770
Bauten der Alten- u. Betreuungseinrichtungen	3.784	3.874	-90
Bauten der Sporteinrichtungen	16.509	17.253	-744
Kulturgebäude	20.140	16.487	3.654
Gebäude des Brand- u. Katastrophenschutzes	11.438	8.668	2.770
Friedhofsgebäude	954	986	-33
sonstige Betriebsgebäude	6.593	6.843	-250
Gebäude der Verwaltung	14.923	15.520	-597
Wohn- und Mischgebäude	23.383	23.290	93
Andere Bauten	1.936	1.309	627
Bauten auf fremden Grundstücken	353	363	-9
Außenanlagen	11.371	7.808	3.563
Gesamt	435.533	419.111	16.422

Der Buchwert der Gebäude und anderen Bauten hat sich in 2012 wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2012	419.111 Tsd. €
Zugänge	5.546 Tsd. €
Umbuchungen zu Restbuchwerten	21.832 Tsd. €
Abgänge	- 1.035 Tsd. €
Abschreibungen des Haushaltsjahres*	- 10.183 Tsd. €
Stand am 31.12.2012	435.533 Tsd. €

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Wesentliche Veränderungen in 2012:

Größter Zuwachs bei den Schulgebäuden war die Aktivierung der Sanierung der Martin-Niemöller-Schule nach dem Brandschaden (Anschaffungs- und Herstellungskosten (AHK) rd. 9.472 Tsd. €). Des Weiteren wurde das Schulkinderhaus Nordenstadt in das Anlagevermögen neu aufgenommen (AHK rd. 1.854 Tsd. €) sowie weitere kleine Maßnahmen. Die ehemalige Robert-Koch-Schule wurde in Sondereigentumsanteile umgewandelt (Umbuchung zu Wohn- und Mischgebäuden), davon wurden 4 Sondereigentumsanteile verkauft.

Bei den Kulturgebäuden wurde erstmals die Sanierung der Wartburg (AHK rd. 4.040 Tsd. €) berücksichtigt.

Im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes ist die Zentrale Leitstelle in der Feuerwache I nachträglich hinzugekommen (AHK rd. 2.986 Tsd. €; Maßnahme im Rahmen des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms und des Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes).

Bei den Verwaltungsgebäuden resultiert die Verringerung der Buchwerte unter anderem aus dem Verkauf des Verwaltungsgebäudes Poststraße 13 an die WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH (Mindererlös rd. 180 Tsd. €).

Der Neubau der Bushaltestelle Brückenkopf aus 2011 konnte erst nachträglich bei den „anderen Bauten“ aufgenommen werden (AHK rd. 690 Tsd. €)

Bei den Außenanlagen sind vor allem die neu hergerichteten Sportplätze Delkenheim, Naurod und Niederfeld erwähnenswert (AHK rd. 1.529 Tsd. €), wertmäßig bedeutsam ist ebenfalls die Außenanlage der Martin-Niemöller-Schule (AHK rd. 1.406 Tsd. €) sowie der Bau der Jugendverkehrsschulen an der Karl-Gärtner-Schule und Ludwig-Beck-Schule (AHK rd. 554 Tsd. €).

Im Übrigen ergibt sich in einzelnen Bereichen eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	Buchwert Stand 31.12.2012 Tsd. €	Buchwert Stand 31.12.2011 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Straßen	210.424	218.174	-7.750
Wege, Plätze	25.556	24.483	1.074
Ingenieurbauten	59.583	60.134	-550
Verkehrslenkungsanlagen	9.863	9.461	402
Sonstige Infrastruktureinrichtungen	1	2	-1
Denkmäler	3.617	3.530	88
Öffentliche Grünflächen	44.335	43.458	877
Friedhofsanlagen	15.952	15.551	401
Gewässerbauten	80	88	-8
Wald	46.283	46.263	20
Gesamt	415.695	421.143	-5.448

Der Buchwert des Infrastrukturvermögens hat sich in 2012 wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2012	421.143 Tsd. €
Zugänge	5.893 Tsd. €
Umbuchungen zu Restbuchwerten	9.241 Tsd. €
Abgänge	- 786 Tsd. €
Abschreibungen des Haushaltsjahres*	- 19.832 Tsd. €
Stand am 31.12.2012	415.695 Tsd. €

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Jahresabschluss 2012

Nachfolgend werden die wertmäßig bedeutendsten Zugänge mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten dargestellt (alle Werte gerundet).

Die Werte setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

Straßen

Fichtestraße Fahrbahnneubau 2011 SK	1.803 Tsd. €
Parkstraße Fahrbahnneubau 2011 SK	741 Tsd. €
Berliner Straße Sanierung und Kreisverkehrsplatz	1.279 Tsd. €
Rampenstraße Neubau Hochkreisel 2011	814 Tsd. €

Wege, Plätze

Berliner Straße Parkplatz	1.108 Tsd. €
Rheinufer - Wegefläche	906 Tsd. €

Ingenieurbauten

Stützmauer Rheinuferspromeade Nr. 451	520 Tsd. €
---------------------------------------	------------

Verkehrslenkungsanlagen

Energiesparleuchten	298 Tsd. €
Beleuchtung	541 Tsd. €

Bei den Denkmälern hat sich der Bestand durch Restleistungen am Mahnmal „Namentliches Gedenken“ am Michelsberg erhöht.

Im Bereich der öffentlichen Grünflächen sind der Max-Planck-Park (AHK rd. 427 Tsd. €) sowie die Grünflächen im Wellritzal (AHK rd. 233 Tsd. €) hinzugekommen.

Bei den Friedhofsanlagen wurden u.a. der Sternengarten Südfriedhof und die Friedhofserweiterung Breckenheim in das Anlagevermögen aufgenommen.

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Weiteres Anlagevermögen	Buchwert Stand 31.12.2012 Tsd. €	Buchwert Stand 31.12.2011 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	179	191	-12
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	26.629	25.618	1.011
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	49.358	84.688	-35.330

Die Bilanzposition **Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung** ist mit 179 Tsd. € wertmäßig unbedeutend. Der geringere Buchwert gegenüber 2011 resultiert überwiegend aus den Abschreibungen des Haushaltsjahres.

Der Buchwert der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** hat sich in 2012 wie folgt entwickelt:

Stand am 01.01.2012	25.618 Tsd. €
Zugänge	5.011 Tsd. €
Umbuchungen zu Restbuchwerten	2.339 Tsd. €
Abgänge	- 4.010 Tsd. €
Abschreibungen des Haushaltsjahres	- 6.287 Tsd. €
(Wertberichtigungen auf Abgänge*)	+ 3.956 Tsd. €
Stand am 31.12.2012	26.629 Tsd. €

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Hervorzuheben sind hier die neuen Kunstrasenplätze auf den Sportplätzen Delkenheim, Naurod und Niederfeld (AHK gesamt rd. 900 Tsd. €), die Zugänge beim Fahrzeugbestand in Höhe von rund 1.189 Tsd. € Anschaffungskosten sowie Möbelbeschaffungen, beispielsweise im Schulbereich, Sozialbereich oder für die Wartburg (AHK gesamt rd. 1.180 Tsd. €). Wertmäßig bedeutsam sind auch Zugänge bei Spielgeräten mit einer Gesamtsumme von rd. 483 Tsd. € (AHK).

2012 wurde festgelegt, dass bereits abgeschriebene Vermögensgegenstände im Bereich geringwertiger Wirtschaftsgüter (GWG) aus dem Anlagevermögen ausgebucht werden. Dies wird zukünftig jährlich im Rahmen des Jahresabschlusses erfolgen. In 2012 wurden rückwirkend alle abgeschriebenen Vermögensgegenstände im Wertbereich GWG der Jahre 2007 bis 2011 ausgebucht. Dadurch sind in 2012 höhere Anlagenabgänge ausgewiesen.

Die **Anlagen im Bau** sind mit rd. 49.358 Tsd. € ausgewiesen. Die Reduzierung der Anlagen im Bau im Vergleich zum Vorjahr um 35.330 Tsd. € ergibt sich unter anderem aus den bei den anderen Bilanzpositionen erläuterten Zugängen, insbesondere beim Sachanlagevermögen.

Wesentlicher Bestandteil der Anlagen im Bau sind die Umlenungsverfahren Petersweg-Ost und Oberer Wingertsweg mit zusammen rund 29.300 Tsd. €.

Noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen sind beispielsweise:

- die Hochwasserschutzmaßnahme in Sonnenberg 1. BA (rd. 3.507 Tsd. €)
- der Neubau der Johannes-Maaß-Schule (rd. 1.887 Tsd. €)
- der Neubau der Turnhalle der August-Hermann-Francke-Schule (rd. 265 Tsd. €)
- der Ersatzneubau der Kita Schlangenbader Str. (rd. 708 Tsd. €)
- die Erweiterung der Kita Im Sempel (rd. 256 Tsd. €)
- der Straßenbau im Zuge des Hochwasserschutzes Sonnenberg 1. BA (rd. 735 Tsd. €)
- der Bau des Parkplatzes an der Wandersmannstraße (rd. 360 Tsd. €)
- die Abtrennung des Kessel-/Wellritzbaches von der Mischkanalisation (rd. 786 Tsd. €)
- ein Zuschuss an KuK zur Sanierung des Wasserturms (rd. 661 Tsd. €)

3.1.3 Finanzanlagen

	Stand 31.12.2012 Tsd. €	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen	455.468	453.101	2.367
Beteiligungen und Zweckverbände	173.819	173.818	1
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	68.233	69.547	-1.314
Ausleihungen an Unternehmen m. Beteiligungsverhältnis	17.841	18.188	-347
Wertpapiere	35.700	35.700	0
Sonst. Ausleihungen	40.921	40.108	813
Gesamt	791.982	790.462	1.520

- Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Erläuterungen zu veränderten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt die Aufgabe der Versorgung des Stadtgebiets (mit Ausnahme der Ortsbezirke Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim) mit Trinkwasser gemäß § 30 Hess. Wassergesetz ab dem 01. Januar 2012 selbst. Die Aufgabe der Wasserversorgung wird in einen Eigenbetrieb übertragen, der zu diesem Zwecke errichtet wird. Der Eigenbetrieb führt den Namen „WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden“. Die WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden betreibt als Pächterin die Anlagen der Wasserversorgung als öffentliche Einrichtung; die Versorgungsrechtsverhältnisse zu den Wasserabnehmern werden öffentlich-rechtlich ausgestaltet und durch die Wasserversorgungssatzung geregelt. Eigentümer des Wasserversorgungsnetzes ist die ESWE Versorgungs AG.

Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist gemäß Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Februar 2012 dem Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH beigetreten. Die Beteiligungsquote beträgt 8,34%. Der Kulturfonds fokussiert sich auf die Förderung der Kultur und Kunst in der Region.

Exina GmbH

Auf Basis der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 22. März 2012 wurde der Anteilskauf durch die Landeshauptstadt Wiesbaden vom Exina Verein durchgeführt. Der Anteil an der Exina GmbH beläuft sich nun auf 66%.

mattiaqua

Da bei dem Eigenbetrieb Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen.

Es wird im Jahresabschluss 2012 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 889.746,00 EUR der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt im laufenden Geschäftsjahr 2012 außerordentlichen Aufwand dar.

TriWiCon

Da bei dem Eigenbetrieb Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen

Es wird im Jahresabschluss 2012 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 860.929 Tsd. € der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt außerordentlichen Aufwand dar und vermindert damit das Ergebnis im Geschäftsjahr.

Frankfurt RheinMain GmbH

Die Landeshauptstadt Wiesbaden tritt gemäß der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 22. November 2011 aus der Gesellschaft FRM (Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region) aus. Die Kündigungsfrist beträgt ein Jahr, somit ist ein Austritt mit Ablauf des 31.12.2012 relevant.

AltenHilfe Wiesbaden GmbH und HSK Pflege GmbH

Mit den Beschlüssen vom 30.04.2008, 11.12.2008 sowie 17.12.2009 (SV 08 -V-20-0009, StVV-Beschluss 0174; SV 08-V-03-002, StVV-Beschluss 0622; SV 09-v-20-0082, StVV-Beschluss 0606) zur „Neustrukturierung stationärer Altenpflege in kommunaler Trägerschaft“ hat die Landeshauptstadt Wiesbaden eine ausreichende Eigenkapitalbasis der ausführenden Gesellschaften im Umstrukturierungsprozess durch Kapitalzuführung beschlossen.

Auf Grundlage des Beschluss Nr. 0671 vom 20.12.2012 (SV 12-V-20-0058) der Stadtverordnetenversammlung ist bei der AltenHilfe Wiesbaden GmbH sowie bei der HSK Pflege GmbH eine Eigenkapitalzuführung in Höhe von jeweils 2.000 Tsd. € per Bareinlage im Geschäftsjahr 2012 erfolgt. Für die HSK Pflege GmbH erfolgte die Kapitalzuführung über die Muttergesellschaften die HSK Rhein-Main GmbH, Wiesbaden.

HSK, Dr. Horst-Schmidt-Kliniken GmbH

Im Zuge der Aufnahme eines Minderheitsgesellschafters in der HSK, Dr. Horst-Schmidt-Kliniken GmbH wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 9. Februar 2012 beschlossen, dass die Anteile der Landeshauptstadt Wiesbaden (5,1%) an die HSK Rhein-Main GmbH übertragen werden. Der städtische Anteil an den HSK Dr. Horst-Schmidt-Kliniken GmbH wird daher bei der HSK Rhein-Main GmbH in die Finanzanlagen aufgenommen.

Jahresabschluss 2012

Der Anteilsbesitz der LH Wiesbaden stellt sich zum 31.12.2012 wie folgt dar:

	Buchwert in EUR 31.12.2012	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2011	EK-Gesamt EUR 31.12.2012
Anteile an verbundenen Unternehmen				
Sondervermögen				
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	100.000		0	
TriWicon(ehemals Kurbetriebe Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	16.147.418		17.008.346	
Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	122.608.358		122.608.358	
Mattiaqua	6.518.083		7.407.829	
Stiftungskapital (Grundkapital)	1.883.961		1.883.961	
Summe Sondervermögen	147.257.820		148.908.494	
sonstige Anteile an verbundenen Unternehmen				
WV Wiesbaden Holding GmbH	285.353.126	100	285.353.126	
HSK Rhein-Main GmbH, Wiesbaden	2.000.002	100	1	
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH, Wiesbaden (abw .Wirtschaftsjahr 01.08.-31.07.)	9.245.471	100	9.245.471	
Altenhilfe Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	3.575.456	100	1.575.456	
Feierabendheim Siemeonhaus GmbH, Wiesbaden	1	94,9	1	
WIM Liegenschaftsfond GmbH & Co.KG	5.467.136	100	5.467.136	9.214.638
Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH	25.000	100	25.000	
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungs-ges. der Stadt Wiesbaden m.b.H., Wiesbaden	1.774.984	5,1	1.774.984	37.542.024
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden	195.186	5,13	195.186	
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden	556.057	5,1	556.057	12.864.343
Exina GmbH	18.000	67,00	9.000	
Summe sonstige verbundene Unternehmen	308.210.419		304.201.418	
Summe Anteile an verbundenen Unternehmen	455.468.239		453.109.912	
Beteiligungen				
Zweckverbände				
NASPA	173.640.000	30	173.640.000	
Kommunales Gebietsrechenzentrum Wiesbaden	1		1	
Abwasserverband Flörsheim	1	38,5	1	
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	1		1	
Naturpark Rhein-Taunus	1		1	
Hessischer Verwaltungsschulverband	1		1	
Summe Zweckverbände	173.640.005		173.640.005	
sonstige Beteiligungen				
Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	10.000	8,34	0	
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	61.072	4,00	61.072	
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH, Wiesbaden (abw . Wirtschaftsjahr 01.10.08-30.09.09)	0	49,9	0	
ivm GmbH, Frankfurt am Main	7.471	3,1	7.471	
Rhein-Main-Verkehrsbund GmbH, Hofheim am Taunus	80.431	3,7	80.431	
ZVN Finanz GmbH, Wiesbaden	6.150	24,6	6.150	
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	12.500	7,14	12.500	
MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co.KG	1.000	0,3	1.000	
Summe sonstige Beteiligungen	178.624		168.624	
Summe Beteiligungen	173.818.629		173.808.629	
Sonstige Ausleihungen				
davon Genossenschaftsanteile				
Wiesbadener Volksbank e.G.	1.636		1.636	
Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft	320		320	
Summe Genossenschaftsanteile	1.956		1.956	

Rundungsdifferenzen möglich

Hinweis

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

▪ Weiteres Finanzanlagevermögen

Bei den **Sondervermögen** handelt es sich neben den beiden Eigenbetrieben um das Stiftungsgrundkapital von einer Immobilienstiftung (431 Tsd. €) sowie neun Bargeldstiftungen (1.453 Tsd. €).

Zu den **Wertpapieren des Anlagevermögens** gehört ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35.700 Tsd. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG aus dem Jahre 2001). Die Laufzeit der Anlage beträgt 20 Jahre (sofern keine Kündigung erfolgt) und wird zu 6,02 % p. a. verzinst. Die Zinsen werden jährlich ausgezahlt.

Die **Ausleihungen** (an verbundene Unternehmen 68.233 Tsd. €, an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 17.841 Tsd. € und an Sonstige 40.921 Tsd. €) beinhalten im Wesentlichen soziale Wohnungsbaudarlehen. Es sind - politisch gewollt - niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Die größten Ausleihungen im Überblick:

Ausleihungen	Stand 30.12.2012 Tsd. €	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Differenz Tsd. €
GWW	40.924	41.536	-612
GeWeGe	19.226	19.491	-265
Nass. Heimstätte	17.741	17.988	-247
Private/ Vereine	15.293	15.797	-504
GWH	14.494	14.730	-236
Geno50	4.873	4.942	-69
SEG	4.708	4.763	-55
GSWerk	4.570	4.637	-67
Mattiaqua	2.643	2.935	-292

Jahresabschluss 2012

3.1.4 Umlaufvermögen

▪ Vorräte

Da es kein wesentliches Vorratsvermögen in den Lagern gibt, gelten die Vorräte als verbraucht und werden nicht angesetzt.

▪ Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Gemäß den Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes wird hier eine Forderung gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 41.749 Tsd. € ausgewiesen.

In gleicher Höhe wird bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert.

Diese Form der Darstellung wurde ausschließlich auf Grund der oben erwähnten Förderrichtlinie vorgenommen.

Die Forderungen gegenüber der Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (u. a. Gemeindeanteile IV. Quartal von Einkommensteuer und Umsatzsteuer) betragen 3.674 Tsd. €.

Umgliederungen von kreditorischen Debitoren wurden in Höhe von 8.158 Tsd. € vorgenommen. Die Ursache für diese Umgliederungen waren u. a. vorschüssige Zahlungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales i. H. v. 8.060 Tsd. €.

▪ Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Die Forderungen aus Gewerbesteuer haben im Vergleich zur Schlussbilanz 2011 um 33.542 Tsd. € zugenommen auf insgesamt 68.619 Tsd. €. Die hohe Differenz zum Jahr 2011 resultiert aus mehreren größeren Nachveranlagungen. So fand z.B. in 2012 eine Veranlagung mit einer Fälligkeit bis 31.12.2012 in Höhe von 31.741 Tsd. € statt. Weiterhin beinhaltet die Zunahme der Forderungen aus Gewerbesteuer Veranlagungen, die erst in 2013 fällig sind.

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass die gestiegene Veranlagung auf den wirtschaftlichen Aufschwung zurückzuführen ist.

Die seit mehr als drei Jahren überfälligen Forderungen betragen 15.994 Tsd. € (Forderungen mit einer Fälligkeit bis 31.12.2009).

Die Wertberichtigungen für Steuerforderungen sind um 15.541 Tsd. € auf 36.950 Tsd. € angestiegen. Dieser starke Anstieg hat folgende Gründe:

- Es wurden mehrere große Einzelwertberichtigungen bei Gewerbesteuerforderungen vorgenommen
- Gewerbesteuerforderungen die seit mehr als 5 Jahren überfällig sind wurden nun mit 100% wertberichtigt, statt wie bisher mit 50% (siehe auch Änderungen bei Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden)

Der starke Anstieg der Forderungen aus Beiträgen resultiert aus dem geänderten Ausweis von Forderungen aus Gastschulbeiträgen.

Umgliederungen von kreditorischen Debitoren wurden in Höhe von 607 Tsd. € vorgenommen.

	Stand 31.12.2012 in Tsd. €	Stand 31.12.2011 in Tsd. €	Differenz in Tsd. €
Gewerbesteuer	68.619	35.076	33.543
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	1.873	1.995	-122
Forderung aus Beiträgen	1.404	71	1.333
Grundsteuer	966	1.228	-262
Spielapparatesteuer	595	626	-31
Konzessionsabgabe	593	527	66
Hundesteuer	141	125	16
Sonstige Abgaben	124	171	-47
Umgliederungen kreditorischer Debitoren	607	1.235	-628
Wertberichtigungen	-36.950	-21.409	-15.541
Gesamt	36.568	19.574	16.994

▪ **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen mit 4.654 Tsd. € um 3.741 Tsd. € unter dem Wert von 2011.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren, deren Saldo in den Forderungen ausgewiesen wird, beträgt 2.257 Tsd. €.

An Wertberichtigungen werden zum Stichtag 31.12.2012 2.670 Tsd. € ausgewiesen.

▪ **Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen**

Die Forderungen gegen verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen haben sich von 90.976 Tsd. € auf 21.504 Tsd. € stark reduziert.

Die wesentlichen Veränderungen im Einzelnen:

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen haben um 550 Tsd. € auf 596 Tsd. € abgenommen.

Die **Forderungen aus Betriebsmittelkrediten** an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen verringern sich um 62.366 Tsd. € auf nunmehr 9.938 Tsd. €, da die HSK Rhein-Main GmbH und die WVV Holding GmbH ihre Betriebsmittelkredite in 2012 getilgt haben. Dazu kommen Zinsforderungen aus diesen Krediten i. H. v. 627 Tsd. €. Im Detail setzen sich die Forderungen wie folgt zusammen:

Jahresabschluss 2012

Schuldner	Tilgungsforderung	Zinsforderung
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	8.588 Tsd. €	434 Tsd. €
AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH	1.350 Tsd. €	193 Tsd. €
Gesamt	9.938 Tsd. €	627 Tsd. €

Gegenüber den Entsorgungsbetrieben bestehen im Rahmen des **Cash-Pool-Projekts** zum 31.12.2012 Forderungen i. H. v. 3.800 Tsd. €.

Weiterhin enthält diese Position **sonstige Forderungen** i. H. v. 5.868 Tsd. € an städtische Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen die im Rahmen der **Abwicklung der Personalkosten** entstanden sind. Die wesentlichen darin enthaltenen Positionen sind:

Name	Forderung
Entsorgungsbetriebe der LHW	2.999 Tsd. €
mattiaqua	1.298 Tsd. €
TriWiCon	398 Tsd. €
Rhein-Main-Hallen GmbH	102 Tsd. €
WVW Wiesbaden Holding GmbH	23 Tsd. €
WITCOM	11 Tsd. €
Wasserversorgungsbetriebe der LHW	10 Tsd. €
Übrige	1025 Tsd. €
Gesamt	5.868 Tsd. €

▪ Sonstige Vermögensgegenstände

Die wesentlichen Posten der sonstigen Vermögensgegenstände sind Forderungen gegenüber dem Finanzamt (3.369 Tsd. €), Nebenforderungen (6.805 Tsd. €) und Forderungen für Darlehen, die nach dem BSHG, SGB II und SGB XII vergeben wurden (2.167 Tsd. €).

Weiterhin enthalten sind sonstige Forderungen aus antizipativer Abgrenzung i. H. v. 49 Tsd. € für Zinserträge aus Termingeldern, 80 Tsd. € Zinserträge aus Ausleihungen und Kassenkrediten sowie 35 Tsd. € sonst. Forderungen für Förderung des Kulturfonds RheinMain.

Die Wertberichtigung für die sonstigen Vermögensgegenstände beträgt 5.990 Tsd. €. Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 4.963 Tsd. € vorgenommen.

▪ Flüssige Mittel

Diese enthalten die Guthaben auf städtischen Girokonten i. H. v. 4.214 Tsd. € sowie Tagesgelder i. H. v. 17.300 Tsd. € und Festgelder i. H. v. 107.300 Tsd. € bei diversen Banken und Sparkassen. Weiterhin enthalten sind Bestände von Bankkonten i. H. v. 3.959 Tsd. €, die von der Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (SEG) treuhänderisch verwaltet werden sowie der Bestand der städtischen Handvorschüsse i. H. v. 6 Tsd. €.

3.1.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (5.816 Tsd. €) sowie im Dezember 2012 gezahlte Transferaufwendungen (15.889 Tsd. €) und Beamtenbezüge (4.611 Tsd. €) für den Januar des Folgejahres.

Die sonstigen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten des Jahres 2012 beinhalten im Vergleich zum Jahr 2011 keine Posten.

3.1.6 Eigenkapital

Die Nettoposition entspricht dem nicht angreifbaren „Eigenkapitalstock“ i. H. v. 1.259.090 Tsd. €. Da ab 2011 keine Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, blieb die Nettoposition unverändert.

Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses

Zum 01.01.2012 wurde der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses 2011 i. H. v. 49.348 Tsd. € durch eine Entnahme aus der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses ausgeglichen, so dass sich der Bestand der Rücklage auf 32.870 Tsd. € reduziert hat.

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses i. H. v. 6.687 Tsd. € reduzierte den Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses.

Sonderrücklagen

Bei dem **Stiftungskapital** handelt es sich um das auf der Aktivseite unter Sondervermögen (zum Finanzanlagevermögen gehörend) in gleicher Höhe ausgewiesene Stiftungsgrundkapital.

Jahresabschluss 2012

3.1.7 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Als eigenkapitalähnliche Position weist die LH Wiesbaden 243.174 Tsd. € als Sonderposten aus. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	Stand 31.12.2012 Tsd. €	Stand 31.12.2011 Tsd. €	Differenz Tsd. €
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	201.467	202.071	-604
Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	3.131	2.002	1.129
Investitionsbeiträge (Straßen, Wege, Plätze)	38.563	41.008	-2.444
Gesamt	243.162	245.081	-1.919
nachrichtlich Gebührenaussgleichsrücklage	0	12	-12
Gesamt	243.162	245.092	-1.930

3.1.8 Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Unter den Rückstellungen für **Pensionen** werden Verpflichtungen der LH Wiesbaden für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen. Insgesamt bestehen zum 31.12.2012 Pensionsverpflichtungen i. H. v. 393.225 Tsd. € gegenüber 1.942 Berechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.163 Anwärter/-innen (183.166 Tsd. €) und 779 Pensionsbezieher/-innen (210.059 Tsd. €), d.h. Pensionäre, Witwen/Witwer und Waisen.

Gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung wird aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/ Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen **Beihilfe** als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt. Zum 31.12.2012 bestehen Beihilfeverpflichtungen i. H. v. insgesamt 50.450 Tsd. € gegenüber 1.942 Beihilfeberechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.163 Anwärter/-innen (21.517 Tsd. €) und 779 Pensionsbezieher/-innen (28.933 Tsd. €).

Die **Rückstellung für Altersteilzeit** beträgt insgesamt 2.123 Tsd. € und wurde für 47 Altersteilzeitfälle, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde, gebildet. Die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Beamtinnen/ Beamten betragen zum 31.12.2012 963 Tsd. €, die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Tarifbeschäftigten 1.160 Tsd. €.

Die **Rückstellung für Steuern und Finanzausgleich** beinhaltet eine Umsatzsteuernachzahlung für BgA Personalgestellung (153 Tsd. €).

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich i.d.R. um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die den ermittelten Wert des Grund und Bodens übersteigen. Im Jahre 2012 erfolgte eine Teilauflösung der Rückstellung für Altlasten „Arsenschaden Rheinwiese“ aufgrund durchgeführter Sanierungen in Höhe von 166 Tsd. €. Die Rückstellung für die Maßnahme „Ehemaliges Gaswerk Bahnhofstraße“ reduzierte sich um 157 Tsd. €.

Gemäß der Hessischen Gemeindehaushaltsverordnung ist für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungen, die im Folgejahr nachgeholt werden sollen, eine **Instandhaltungsrückstellung** zu bilden.

Zum 31.12.2012 wurde eine Rückstellung in Höhe von 81 Tsd. € gebildet.

Die Instandhaltungsrückstellung aus 2011 wurde zweckentsprechend i.H.v. 1.936 Tsd. € verwendet und i.H.v. 33 Tsd. € wegen Nichtverwendung aufgelöst.

Sonstige Rückstellungen

Die **Rückstellung für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TvöD** hat sich durch die Zuführung von 1.478 Tsd. € auf 3.604 Tsd. € erhöht.

Die Rückstellung für das Lebensarbeitszeitkonto hat sich um 438 Tsd. € auf 3.656 Tsd. € erhöht.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen für andere Aufwendungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Der Gesamtbetrag dieser Rückstellungen hat sich von 2.188 Tsd. € auf 4.818 Tsd. Euro erhöht.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Rückstellung für die Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem **Künstlerviertel** wurde in Höhe der verbliebenen 50 Tsd. € entnommen, gleichzeitig erfolgte eine Zuführung von 225 Tsd. € aufgrund der Weiterverfolgung der Klage in zweiter Instanz.
- Aus der Rückstellung für die **Photovoltaikanlage** auf der städtischen Deponie wurden 30 Tsd. € entnommen, um den ELW den Verlust in 2012 gemäß Stvv-Beschluss auszugleichen.
- Bezüglich der Altforderungen des KGRZ wurde in 2012 ein Vergleich geschlossen, der zu einer Entnahme von 90 Tsd. € und einer vollständigen Auflösung von 564 Tsd. € führte.
- Neu gebildet wurde eine Rückstellung für eine offene Nebenkosten-Abrechnung für die Jahre 2008/2009 für das Luisenforum, die aufgrund der Insolvenz des Karstadt Konzerns noch aussteht. Da der Betrag weitestgehend unbekannt ist, wurde hilfsweise die Höhe der Nebenkostenforderung für das Jahr 2010 (198 Tsd. €) als Rückstellungshöhe verwendet.
- Für eine drohende Rückforderung des Bundes von Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket wurde eine Rückstellung in Höhe von 2.941 Tsd. € gebildet. Da der Rückzahlungsbetrag weitestgehend unbekannt ist, wurde hilfsweise die Höhe der noch zur Verfügung stehenden Mittel (Ertrag minus Aufwand beim Bildungs- und Teilhabepaket) in 2012 zurückgestellt.

Andere Rückstellungen im Sinne des § 39 Abs. 2 GemHVO wurden in Ausübung des Wahlrechts nicht gebildet.

Jahresabschluss 2012

3.1.9 Verbindlichkeiten

▪ Verbindlichkeitspiegel zum 31.12.2012

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel dargestellt (Kapitel 4.3).

Die Verbindlichkeiten haben sich um 42.298 Tsd. € auf 458.885 Tsd. € reduziert. Im Folgenden werden nun die wesentlichen Veränderungen bei den einzelnen Bilanzpositionen erläutert.

▪ Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen haben sich insgesamt um 54.231 Tsd. € auf 358.608 Tsd. € verringert.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gegenüber Kreditinstituten konnten um 53.556 Tsd. € auf nunmehr 358.608 Tsd. reduziert werden.
- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gegenüber öffentlichen Kreditgebern konnten um 677 Tsd. € auf nunmehr 37.518 Tsd. reduziert werden.
- Die Verbindlichkeiten aus dem Sonderkonjunkturprogramm (Eigen- und Landesanteil) sanken um 475 Tsd. € bzw. 1.801 Tsd. € auf nunmehr 11.236 Tsd. € bzw. 41.749 Tsd. €. Die Höhe des Landesanteil entspricht der Höhe der Forderung gegenüber dem Land Hessen, die bei der Bilanzposition „Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen“ gegenüber dem Land Hessen ausgewiesen wird.

▪ Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Diese Position enthält die Verbindlichkeiten aus Leibrenten (175 Tsd. €), zu deren Zahlung sich die LH Wiesbaden verpflichtet hat. Leibrenten sind von der Lebensdauer einer oder mehrerer bestimmter Personen (des Rentenberechtigten, des Rentenverpflichteten oder auch dritter Personen) abhängende Leistungen, die nur solange erfolgen, solange die versicherte Person lebt.

Solche Leibrenten vereinbart die LH Wiesbaden aktuell nicht mehr. Die bestehenden Verbindlichkeiten resultieren aus früheren Zahlungsverpflichtungen des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften sowie des Kulturamtes.

▪ Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen

Hier werden vor allem Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten ausgewiesen (12.273 Tsd. €). Einen wesentlichen Anteil daran haben Verbindlichkeiten aus einer geplanten Zuweisung an das Land zur städtebaulichen Entwicklung des Areals Gerichtsstraße i. H. v. 10.000 Tsd. €; die tatsächliche Auszahlung erfolgt erst in späteren Jahren.

Verbindlichkeiten aus erhaltenen Investitionszuwendungen u. a. vom Land und von Gemeindeverbänden gab es zum Stichtag 31.12.2012 nicht.

▪ **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben im Vergleich zu 2011 um 483 Tsd. € zugenommen und betragen nunmehr 9.444 Tsd. €.

Weiterhin sind in dieser Position Umgliederungen für debitorische Kreditoren i. H. v. 3.585 Tsd. € enthalten.

▪ **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen**

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen sind um 5.500 Tsd. € auf nunmehr 18.693 Tsd. € angestiegen.

Sie enthalten im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Stiftungen (4.680 Tsd. €; verwendbares Stiftungskapital) sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (6.183 Tsd. €) und sonstige Verbindlichkeiten i. H. v. 5.300 Tsd. €.

Die übrigen Verbindlichkeiten sind im Vergleich zu 2011 stark angestiegen (von 601 Tsd. € auf 5.300 Tsd. €). Dieser Anstieg ist im Wesentlichen bedingt durch zwei noch nicht ausgezahlte Kapitaleinlagen an die Altenhilfe Wiesbaden GmbH und die HSK Pflege GmbH i. H. v. jeweils 2.000 Tsd. € sowie noch nicht ausgezahlte Investitions- und Instandhaltungszuschüsse an die TriWiCon i. H. v. 1.865 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 684 Tsd. € vorgenommen.

▪ **Sonstige Verbindlichkeiten**

Die Sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 5.813 Tsd. € auf 56.031 Tsd. € erhöht.

Diese Erhöhung ist vor allem auf die stark gestiegene Umgliederung von kreditorischen Debitoren zurückzuführen (von 2.032 Tsd. € auf 11.517 Tsd. €, siehe auch die Erläuterungen zu den Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen).

Jahresabschluss 2012

Den größten Anteil an den sonstigen Verbindlichkeiten haben zweckgebundene Einnahmen, die noch nicht dem Zweck entsprechend verwendet wurden:

	Stand 31.12.2012 in Tsd. €	Stand 31.12.2011 in Tsd. €	Differenz in Tsd. €
Garagenfonds	12.373	12.432	-59
Offensive für Kinderbetreuung	3.053	2.976	77
Erschließungsbeiträge	200	268	-68
LHW Anteil Sanierungsförderung	2.410	2.410	0
Biotopausgleich	872	929	-57
Nachlässe	1.096	1.082	14
Schönheitsreparaturen Altenwohnanlagen	111	144	-33
Grundwasserüberwachungsprogramm	200	201	-1
Spenden	149	183	-34
Ökokonto	96	9	87
Fehlbelegungsabgabe, kommunaler Anteil	4.300	7.965	-3.665
Ablösesumme Stellflächen	2.301	2.301	0
Zuweisungen Soziale Stadt	3.135	2.504	631
Zuweisungen Europ.Fonds f.regionale Entw.	95	0	95
Gesamt	30.391	33.404	-3.013

Weitere wesentliche Positionen der sonstigen Verbindlichkeiten sind:

- 223 Tsd. € aus erhaltener und noch nicht ans Land Hessen weitergeleiteter Fehlbelegungsabgabe (Landesanteil: wird von LHW vereinnahmt und nach Abzug einer Verwaltungskostenpauschale periodisch ans Land weitergeleitet),
- 2.566 Tsd. € aus der antizipativen Abgrenzung für noch nicht ausgezahlte Darlehenszinsen
- 2.275 Tsd. € Transferverbindlichkeiten für den Dezember 2012, die über das Vorverfahren Prosoz erst im Januar 2013 ausgezahlt wurden,
- 1.025 Tsd. € für zu viel erhaltene Eingliederungsleistungen in den Jahren 2007 und 2008, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales noch zurückgefordert werden,
- 800 Tsd. € für einen Mietkostenzuschuss im Rahmen der Ansiedlung eines weiteren Standorts der European Business School in Wiesbaden.

Für nicht ausgeglichene Verrechnungskonten erfolgt der Ausgleich im Folgejahr.

3.1.10 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 34.520 Tsd. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen. Die LH Wiesbaden ist Trägerin von Friedhöfen in verschiedenen Ortsteilen und mit unterschiedlichen Leistungsangeboten. Die Leistungsangebote umfassen i. d. R. alle gängigen Friedhofsleistungen inkl. Einäscherung sowie Sonderformen von Grabnutzungsrechten. Entsprechend der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhebt die LH Wiesbaden Gebühren für den Erwerb eines Grabnutzungsrechtes über einen bestimmten Zeitraum, ggf. einschließlich der Pflege, sowie Gebühren für Nutzung der Trauerhalle und die Beisetzung. Die für Grabnutzungsrechte eingenommenen Gebühren werden über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst.

Ebenfalls enthalten sind mehrjährige Abgrenzungsposten für die Einnahmen aus der Legatgrabpflege (1.395 Tsd. €) sowie aus der Grundwasserabgabe (124 Tsd. €). Sonstige Abgrenzungsposten wurden zum 31.12.2012 in Höhe von 30 Tsd. € gebildet.

3.2 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.2.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die Teilergebnisrechnungen spiegeln immer die in dem Haushaltsjahr jeweils gültige Organisationsstruktur ab. Bei Verschiebungen von Ämtern oder Ämterbereichen von einem Dezernat in ein anderes ändern sich dadurch automatisch auch die Werte des Vorjahres, so dass diese Spalte in den Teilergebnisrechnungen von den Teilergebnisrechnungen des Vorjahres abweichen kann.

In 2012 sind keine wesentlichen organisatorischen Veränderungen oder Umgliederungen zu verzeichnen.

Die Sonderposten aus Investitionszuschüssen werden nicht mehr, wie bisher, in die Kostenstellen der Fachbereiche aufgelöst, sondern gemäß Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 Gemeindehaushaltsverordnung in das Teilergebnis „Allgemeine Finanzwirtschaft“ gebucht. Da die Planung noch auf der Ebene der Fachdezernate erfolgte ergeben sich dementsprechende Plan-Ist-Abweichungen.

Eine Analyse des Ergebnisses und der Plan-Ist- sowie Ist-Ist-Abweichungen finden sich im Rechenschaftsbericht (Kap. 2)

3.2.2 Restmittel und Überleitungen

Die Plan-Ist-Abweichungen der budgetwirksamen Bestandteile bilden gemäß den geltenden Budgetrichtlinien die maximale Überleitungssumme auf Dezernatsebene.

Die Überleitungen erfolgen weiterhin trotz angespannter Haushaltslage, um einen wirtschaftlichen Umgang der Ämter mit ihrem Budget zu gewährleisten. Dezernate, die ihr Budget überschritten haben, erhalten in der Regel einen Verlustvortrag im nächsten Jahr.

Aus dem Jahr 2011 wurden 37.733 Tsd. € in das Jahr 2012 übergeleitet, die Überleitungen nach 2013 belaufen sich auf ca. 37.165 Tsd. € (Stand Dezember 2013).

3.2.3 Ergebnisverwendung

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses 2011 wird aus dem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2012 gedeckt. Der verbleibende Überschuss von 19.147 Tsd. € wird der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, die sich dadurch auf 52.017 Tsd. € erhöht.

3.3 Erläuterungen zur Finanzrechnung

3.3.1 Einleitung

Die Finanzrechnung wurde mit der indirekten Methode aufgestellt, das heißt, sie wurde aus den Zahlen der Vermögensrechnung und der Ergebnisrechnung ermittelt. Sie liefert Informationen über die Zahlungsströme des betrachteten Geschäftsjahres sowie über die Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes. Hierbei wird in Finanzmittelzuflüsse und -abflüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Die LH Wiesbaden weist für das Jahr 2012 einen Finanzmittelüberschuss i. H. v. 52.272 Tsd. € aus, so dass sich die flüssigen Mittel auf 132.780 Tsd. € zum Ende des Geschäftsjahres erhöht haben.

Wie man anhand der folgenden Übersicht erkennen kann, hat der hohe Überschuss beim Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit die Fehlbeträge in den Finanzmittelfläßen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit kompensiert.

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2011	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Differenz
	in Tsd. €		
Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	-48.714	117.031	165.745
Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit	41.205	-12.663	-53.868
Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	24.128	-52.096	-76.224
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag d. Haushaltsjahres	16.619	52.271	35.652
Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	63.889	80.509	16.620
Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	80.509	132.780	52.272

3.3.2 Erläuterung der erheblichen Unterschiede

Der hohe Überschuss beim Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit ist vor allem auf folgende Positionen zurückzuführen:

- Durch den Überschuss in 2012 in Höhe von 19.147 Tsd. € hat sich beim Jahresergebnis aus der Ergebnisrechnung im Vergleich zum Fehlbetrag 2011 i. H. v. 49.348 Tsd. € eine Verbesserung von 68.495 Tsd. € ergeben.
- Die Forderungen haben einen Rückgang i. H. v. 56.762 Tsd. € zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf Rückzahlungen von Betriebsmittelkrediten von städtischen Gesellschaften zurückzuführen.

Jahresabschluss 2012

Der Fehlbetrag beim Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit ist vor allem auf folgende Positionen zurückzuführen:

- Die Einzahlungen aus Investitionszuweisungen/-zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen haben sich gegenüber 2011 um 14.301 Tsd. € auf 12.321 Tsd. € vermindert. Dies ist unter anderem auf das Auslaufen des Sonderkonjunkturprogramms zurückzuführen.
- Die Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Vermögens haben sich gegenüber 2011 um 9.982 Tsd. € auf 8.474 Tsd. € vermindert.
- Der starke Rückgang der Auszahlungen für Investitionen i. d. Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen (von -76.094 Tsd. € in 2010 auf -34.187 Tsd. € in 2011) ist ebenfalls auf das Auslaufen des Effekts aus dem Sonderkonjunkturprogramm zurückzuführen.
- Im Gegensatz zu 2011 sind keine hohen Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens zu verzeichnen (in 2011 gab es Rückflüsse aus fälligen Schuldscheindarlehen i. H. v. 70.790 Tsd. €).

Der hohe Fehlbetrag beim Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit ist überwiegend auf die Rückzahlung von aufgenommenen Kassenkrediten zurückzuführen. Die Entwicklung der Kreditverbindlichkeiten der LHW wird ausführlich im Rechenschaftsbericht (Kap. 2) erläutert.

Erläuterungen zum Plan- / Ist-Vergleich sind ebenfalls dem Rechenschaftsbericht in Kapitel 2 zu entnehmen.

3.4 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen

Investitionen	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung
	Ist 2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	2012 Tsd. €	Ist 2012 Tsd. €	Tsd. €
Dez. I	5.119	3.284	1.091	4.373	28.126
Dez. II	3.036	3.601	-1.975	1.629	10.736
Dez. III	2.789	1.070	3.388	2.064	7.681
Dez. IV	14.616	17.513	-10.992	6.168	14.312
Dez. V/ Schule	15.982	9.051	5.938	6.418	5.945
Dez. V / Kultur	5.138	7.618	19.523	6.130	21.011
Dez. VI	4.046	16.165	-6.417	9.748	25.440
Dez. VII	3.272	762	2.501	1.512	956
SOKO.-Schule	11.842	0	0	-187	--
SOKO - Infrastruktur	4.822	0	20	351	--
Summe	70.662	59.064	13.077	38.206	114.207

Instandhaltung	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung
	Ist 2011 Tsd. €	2012 Tsd. €	2012 Tsd. €	Ist 2012 Tsd. €	Tsd. €
Dez. I	3.780	5.959	11	5.926	8.128
Dez. II	149	441	-78	363	1.742
Dez. III	1.339	961	1.509	1.872	1.185
Dez. IV	7.499	8.427	-1.549	6.878	3.372
Dez. V / Schule	2.502	8.611	-1.856	3.899	3.892
Dez. V / Kultur	367	399	417	197	619
Dez. VI	2.920	4.366	212	4.732	3.970
Dez. VII	1.319	1.727	1.654	715	2.666
SOKO-Schule	2.319	0	0	352	--
SOKO - Infrastruktur	502	0	0	0	--
Summe	22.696	30.891	320	24.934	25.574

Gesamt Investition + Instandhaltung	93.358	89.955	13.397	63.140	139.781
--	---------------	---------------	---------------	---------------	----------------

Jahresabschluss 2012

Allgemeine Erläuterungen zur Tabelle:

- Zum Stand 9/2013
- Das Instandhaltungsbudget umfasst neben den Instandhaltungen von Bauwerken im eigentlichen Sinne auch Mittel für weitere nicht-aktivierungsfähige Vorhaben, wie z.B. Zuschüsse zu Instandhaltungen Dritter.
- Die Spalte Budgetveränderungen enthält die Summe aller Budgetveränderungen (Übertrag aus dem Vorjahr, Üpl/apl-Genehmigungen, Deckungen und (soweit zum Zeitpunkt der Erstellung gebucht) Überträge ins Folgejahr.
- Die Darstellung erfolgt auf Basis der Dezernatszuschnitte zum Zeitpunkt 31.12.2012.
- Der Grundstücksfonds (Dezernat III) ist nicht berücksichtigt.
- Die Arbeiten im Budgetabschluss waren zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vollständig abgeschlossen, so dass sich noch Änderungen an der Höhe der tatsächlichen Überleitung ergeben können.
- In den Sonderkonjunkturprogrammen fanden nur noch Restabwicklungen und Abschlussarbeiten statt. Nicht berücksichtigt sind die Maßnahmen an Ersatzschulen und Krankenhäusern.
- Im Jahr 2012 war das Projekt I.03672 im Investitionsprogramm irrtümlich Dezernat III statt Dezernat II zugeordnet. Der IST-Betrag der Investitionen wurde daher bei Dezernat II (+3 Tsd. €) und Dezernat III (-3 Tsd. €) manuell korrigiert.

3.4.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen

Investitionen Tsd. €		Rest aus 2011	Ansatz 2012	Akt. Ansatz 2012	Ausgaben 2012	Rest-budget bzw. max. Überleitung
I.01834	41 Zuschuss an Kuk Ersatzneubau	335	6.506	6.899	5.088	1.812
I.02794	51 Kapitaleinlage Altenpflegekonzept	0	4.000	4.000	4.000	0,00
I.01896	40 M.-Niemöller-Schule Sanierung	0	3.502	3.502	1.804	1.698
I.03088	SEG Wohnungsbau-programm Wbn2009	0	1.484	2.303	2.303	0
I.00546	40 Johannes-Maaß-Schule Neubau	1.518	0	1.653	1.312	341

(Stand: 09/2013)

Eine ausführliche Liste über alle größeren Investitionsmaßnahmen befindet sich im Kapitel 4.10.

3.4.2 Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen

Die in Vorjahren an dieser Stelle veröffentlichten Erläuterungen der wesentlichen Positionen aus den Investitions- und Instandhaltungsprogramm werden im Jahresabschluss 2011 erstmals aufgeteilt nach Dezernaten im Rechenschaftsbericht aufgeführt.

Die Erläuterung der Maßnahmen aus den Sonderkonjunkturprogrammen wird bis zum Abschluss der Programme wegen der dezernatsübergreifenden Abwicklung weiterhin hier abgebildet.

Sonderkonjunkturprogramme:

Die Maßnahmen aus den Sonderkonjunkturprogrammen wurden spätestens zum 31.12.2011 abgeschlossen. In 2012 erfolgten nur noch Restbuchungen und aus der Abrechnung mit der WIBank resultierende Korrekturen. Das Programm ist damit abgeschlossen.

Die größten Auszahlungen erfolgten dabei 2012 für die Maßnahmen

- Sanierung der Fichte- / Parkstraße mit 328 Tsd. € (Gesamtkosten 2.263 Tsd. €)
- die Einrichtung von Gefahrenmeldeanlagen in verschiedenen Schulen i.H.v. 229 Tsd. € (gesamt 796 Tsd. €) und
- für den Neubau des Anbaus an der Schulze-Delitzsch-Schule (Restkosten von 177 Tsd. €, die Gesamtkosten betragen 4.000 Tsd. €).

3.5 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) hat eine Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern. Dabei sind Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 2 HGO).

Jede Gemeinde hat gemäß § 19 HGO die Aufgabe, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

3.6 Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger der LH Wiesbaden nehmen durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Oberbürgermeisters sowie durch Bürgerentscheide an der Verwaltung der Stadt teil.

Die Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der LH Wiesbaden.

Die Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung der LH Wiesbaden beträgt nach § 38 Abs. 1 HGO für die Städte über 250.000 Einwohner 81. Gemeindevertreter können sich zu einer Fraktion zusammenschließen (§ 36 a Abs. 1 HGO).

Die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung beträgt fünf Jahre. Im März 2011 fand die letzte Kommunalwahl statt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Stadt. Sie kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf den Magistrat oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 51 HGO aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung.

Jahresabschluss 2012

Im Einzelnen gab es in 2012 die folgenden **Fraktionen**

	Stand: 31.12.2012
Christlich Demokratische Union (CDU)	27 Sitze
Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)	23 Sitze
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	16 Sitze
Freie Demokratische Partei (FDP)	3 Sitze
Linke Liste (LiLi)/ Piraten-Partei	4 Sitze
Bürgerliste Wiesbaden (BLW)	3 Sitze
Unabhängige Freie Wähler (UFW)	3 Sitze

Die Mandatsträgerin der Republikaner (Stadtverordnete Dr. Karin Lerschmacher) bildet keine Fraktion, da nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung eine Fraktion aus mindestens drei Stadtverordneten bestehen muss.

Der Stadtverordnete Peter Schadt war zum 31.12.2012 fraktionslos.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher

Nickel, Wolfgang CDU

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher/in:

Göttenauer, Michael Linke&Piraten
 Große, Claus-Peter GRÜNE
 Queck, Katharina CDU
 Schickel, Hans Peter SPD

Weitere Stadtverordnete in 2012:

Abt, Richard	Lorenz, Bernhard
Altz, Richard	Manjura, Christoph
Andes-Müller Dipl.Ing., Dorothee	Maritzen, Ronny
Angor, Dorothea	Michna Dr., Hans-Achim
Apel, Michaela	Mucha, Monika
Bachmann, Christian	Nehrbaß, Helmut
Becker, Jürgen	Oschmann, Petermartin
Belz, Stephan	Paffe, Sandra
Bohrer, Hartmut	Pfeifer, Rainer
Braun, Karl	Pöpel, Brigitte Susanne
David, Michael	Röck-Knüttel, Nicole
Delbasteh Dr., Rashid	Rottloff, Simon
Denne, Heike	Ruf, Nadine
Diers, Christian	Sahin Dipl. Ing., Gülden
Dogan, Salih	Schadt, Peter
Düe, Barbara	Schiefer, Marion (bis 05.07.2012)
Dumont du Voitel, Sabine	Schlemp, Michael
Franz, Kerstin	Schmitz Dr., Sven
Freund, Renate	Schnaus, Eleonore
Frommann, Hans-Jörg (ab 06.07.2012)	Schon, Manuela
Gaedeke, Sabine (ab 20.03.2012)	Schuchalter-Eicke, Gabriele
Geis, Kerstin	Seidensticker, Eberhard
Gerich, Sven	Seipel-Rotter, Hendrik
Gretz-Roth Dr., Vera	Spallek, Stefan

Güler, Sibel
Hagenmüller, Axel
Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim
Hebenstreit, Anita
Hinninger, Christiane
Hoffmann, Annabelle
Horschler, Dieter
Jentsch Dr., Doris
Kaynak, Evrim (bis 19.03.2012)
Kessler, Hans-Martin
Kienast-Dittrich, Renate
Kisseler, Felix
Knauer, Christa
Koch, Karsten
Koch, Simone
Lerschmacher Dr., Karin

Spruch, Claudia
Tatarca, Ümran
Uebersohn Dr., Gerhard
Volk-Borowski, Dennis
Völker Dr., Reinhard
von Garnier, Friederike
von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael
Waldeck, Andreas
Wallmann, Astrid
Weck, André
Weinerth, Ulrich
Wild, Volker
Wilhelmy, Veit
Wittkowski Dr., Bernd

Für die Wahlperiode 2011 bis 2016 wurden folgende Ausschüsse gebildet:

- Ältestenausschuss
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung
- Ausschuss für Frauenangelegenheiten
- Ausschuss für Freizeit und Sport
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr
- Ausschuss für Schule und Kultur
- Ausschuss für Soziales und Gesundheit
- Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit
- Revisionsausschuss
- Wahlvorbereitungsausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung überwacht die Verwaltung der Stadt und die Geschäftsführung des Magistrats.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung über die wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten und ihr wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister, dem hauptamtlichen Bürgermeister, 5 hauptamtlichen Stadträtinnen/Stadträten (Dezernentinnen/Dezernenten) sowie weiteren 13 ehrenamtlichen Stadträtinnen/Stadträten.

Jahresabschluss 2012

Die Mitglieder des Magistrats in 2012 waren:

Oberbürgermeister

Dr. Müller Helmut-Georg

Bürgermeister

Goßmann Arno

hauptamtliche Magistratsmitglieder

Bendel	Detlev
Möricke	Sigrid
Scholz	Rose-Lore
Imholz	Axel
Zeimetz	Birgit

ehrenamtliche Magistratsmitglieder

Coigné, Mechthild
Gores, Wolfgang
Herber, Wolfgang †
Kornmüller-Bolte, Daniela
Kötschau, Sven
Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte
Reiß, Thorsten
Schlempp, Dieter
Schüler, Ralph
Schuster, Rainer
Skolik, Helga
von Scheidt, Helmut
Wolf, Gabriele

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt direkt gewählt. Die Amtszeit des Oberbürgermeisters beträgt sechs Jahre. Die nächste Wahl findet in 2013 statt.

Die hauptamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Deren Amtszeit beträgt ebenfalls sechs Jahre.

Die ehrenamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Der Magistrat vertritt die Stadt. Er ist deren Verwaltungsbehörde und besorgt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der bereitgestellten Mittel die laufende Verwaltung der LH Wiesbaden.

3.7 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Im Haushaltsjahr 2012 standen durchschnittlich 4.102 Personen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Im Einzelnen waren dies 991 Personen in einem Dienstverhältnis (Beamte/Beamtinnen) sowie 3.111 Personen in einem Arbeitsverhältnis (Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen).

3.8 Haftungsverhältnisse

Die LH Wiesbaden ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie 4 Landkreisen in Hessen und 2 Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16. Dezember 1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Er haftet für die Verbindlichkeiten der Sparkasse - ausgenommen solche aus der Begebung von Genussrechtskapital - unbeschränkt. Die Gläubiger der Sparkasse können den Zweckverband nur in Anspruch nehmen, soweit sie aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen untereinander. Der Anteil der LH Wiesbaden beträgt aktuell 29 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der Satzung).

Die LH Wiesbaden hat diverse **Ausfallbürgschaften** übernommen. Die Höhe des Bürgschaftsrisikos zum 31. Dezember 2012 betrug insgesamt 603.236 Tsd. €. Da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt:

	in Tsd. €
Bürgschaften für Außenstehende	5.671
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar unter 50% im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50% im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
WVW Wiesbaden Holding GmbH	200.347
GWV Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	143.555
ESWE Versorgungs AG	84.022
Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	69.833
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	53.694
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	18.140
SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	12.445
AltenHilfe Wiesbaden GmbH	5.826
WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH	3.362
WiBus Wiesbadener Busgesellschaft mbH	2.656
WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	1.875
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	1.345
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	465
Gesamt	603.236

Jahresabschluss 2012

Gegenüber den Entsorgungsbetrieben der LH Wiesbaden (ELW) wurde im Zusammenhang mit dem Bau einer Schlammdruckleitung sowie einer Zentrifugenstation eine Erklärung abgegeben. Danach wird die LH Wiesbaden im Falle eines Ausfalls der Firma InfraServ und, sofern dann für die o. a. getätigten Investitionen keine andere Nutzungsalternativen vorhanden sind, in eine mögliche Sonderabschreibung der ELW in Höhe des bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschriebenen Restwertes eintreten.

Vor Eintritt durch die LH Wiesbaden sind allerdings möglicherweise vorhandene Erträge aus den nichtgebührenrelevanten Bereichen der ELW anzurechnen. Die LH Wiesbaden trägt dann lediglich die verbleibende Differenz.

Die LH Wiesbaden hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen.

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

3.9 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Größere Mietverhältnisse der Landeshauptstadt Wiesbaden:

Gebäude	Vertragslaufzeit bis	Mietfläche in m ²	jährlicher Mietzins
Hasengartenstraße 21	30.11.2019	8.012,68	1.262.678,40 €
Schillerplatz 1-2	31.12.2014	8.286,00	1.316.835,12 €
Konradinallee 11	30.09.2039	16.721,20	2.840.608,56 €
Gustav-Stresemann- Ring 15	31.12.2017	22.628,00	4.126.437,64 €

Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1.000 Tsd. € p.a.):

Vertragliche Verpflichtung	Laufzeit	Kosten in 2013	Kosten 2014 ff
IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS	01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich	Mind. p.a. 8.412 Tsd. €	mind. 8.412 Tsd. € (bis 2014)
Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger*	Unterschiedlich - je nach Träger	43.194 Tsd €	mind. 44.708 Tsd. € p.a.

* durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse in 2014 ff. zu rechnen

3.10 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die vorliegende Vermögensrechnung ist in Euro aufgestellt. Die in der Eröffnungsbilanz sowie in den vergangenen Jahresabschlüssen dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften werden grundsätzlich fortgeführt (Grundsatz der Bilanzkontinuität).

Alle Investitionen des **Anlagevermögens** der LH Wiesbaden wurden grundsätzlich mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten (AHK) aktiviert. Nicht entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände unterliegen dem Aktivierungsverbot. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen. Bei den Geringwertigen Wirtschaftsgütern wird die neue Betragsgrenze über eine Näherungslösung berücksichtigt: bis 410 € netto werden die GWG im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben, Geringwertige Wirtschaftsgüter über 410 € netto bis 1000 € netto werden als einzelne Anlagen über 5 Jahre abgeschrieben. Ansonsten erfolgen die planmäßigen Abschreibungen ausschließlich linear. Die Nutzungsdauer für die einzelnen Wirtschaftsgüter orientiert sich im Allgemeinen an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** kommen dabei in der Regel die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten zur Anwendung. Ausnahme bilden die Eigenbetriebe, welche mit der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode bewertet werden.

Für **Vorräte** wird aufgrund ihres wertmäßig geringen Bestandes bei der LHW eine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Dabei werden, differenziert nach Forderungsarten, angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen wurden entsprechend ihrer Art und des Alters in verschiedene Klassen eingeteilt, für die dann pauschale Berichtigungsraster definiert wurden. Forderungen an andere Behörden werden nicht wertberichtigt, Forderungen bei denen sich die Schuldner in einem laufenden Insolvenzverfahren befinden, werden generell i. H. v. 98 % bzw. 95% (Gewerbsteuerforderungen) wertberichtigt.

Das pauschale Berichtigungsraster für Gewerbesteuerforderungen wurde für den Jahresabschluss 2012 erweitert: Gewerbesteuerforderungen die mehr als 5 Jahre überfällig sind, werden jetzt mit 100% wertberichtigt.

Gewerbsteuerforderungen über 100 Tsd. € werden unabhängig von ihrem Alter zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit überprüft und falls notwendig mit bis zu 100% einzelwertberichtigt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden nicht saldiert ausgewiesen. Debitorische Kreditoren oder kreditorische Debitoren werden entsprechend zu den sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalbetrag bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000,-€ übersteigen.

Jahresabschluss 2012

Eigenkapital

Die **Nettoposition** (Basiskapital) ergibt sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz. Sie verändert sich lediglich, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO - Doppik).

Sonderposten

Erhaltene investive Zuschüsse, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der „bezuschusste“ Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale).

Gemäß § 41 Abs. 7 GemHVO wird die Gebührenausgleichsrücklage Friedhöfe nicht mehr als zweckgebundenen Rücklage ausgewiesen, sondern als Sonderposten.

Die Bildung der **Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen** aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen ergibt sich aus § 39 Abs. 1 GemHVO-Doppik, Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen ergeben sich aus dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG).

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Den nach versicherungs-mathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser Rechnungszinsfuß entspricht nicht dem in § 41 Abs. 5 GemHVO-Doppik vorgesehenen Rechnungszins von 6 %, sondern einem Mittelwert (der letzten Jahre) des für langfristige Anleihen erzielbaren Zinssatzes. Diese vorsichtige kaufmännische Kalkulation führt zwar zu einer höheren Zuführung an die Pensionsrückstellung, reduziert damit aber auch das Risiko einer unzureichenden Pensionsrückstellung bei der „Inanspruchnahme“ in späteren Jahren.

Die Bewertung unterstellt eine monatlich vorschüssige Zahlungsweise. Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld erfolgte nach der kollektiven Methode. Dabei wurde generell eine Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von 60 % des Ruhegehalts angesetzt, das der/ die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn er/ sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Die Anwartschaft auf Waisengeld wurde nicht berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden mangels exakter Datenbasis folgende Näherungen angesetzt:

Als Eintrittsdatum für den Finanzierungsbeginn gemäß § 6a EStG sowie als Beginn der Dienstzeit zur Erfüllung der Wartezeit gemäß § 4 HBeamtVG wurde bei den Beamtinnen / Beamten der gemeldete Beginn der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit zugrunde gelegt.

Zur Vermeidung des unverhältnismäßig hohen Aufwands, der bei der Ermittlung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in jedem Einzelfall entstanden wäre, wurden pauschale Annahmen zum Arbeitszeitverhalten nach den Erfahrungswerten des Personal- und Organisationsamtes zugrunde gelegt. Die Beamtinnen und Beamten in Altersteilzeit wurden dabei gesondert betrachtet.

Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2012 zugrunde.

Die Berechnung der **Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen** erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG und unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck sowie - analog den Pensionsverpflichtungen - unter Verwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % p. a. Die Bewertung unterstellt eine monatlich vorschüssige Zahlungsweise.

Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwerbeihilfe in Höhe der Berechtigtenbeihilfe erfolgte nach der kollektiven Methode. Die Anwartschaft auf Waisenbeihilfe wurde nicht berücksichtigt.

Die Zuschüsse nach der Hessischen Beihilfenverordnung stellen eine unmittelbare Verpflichtung der LH Wiesbaden dar. Während die Beihilfe für aktive Beamtinnen / Beamte Aufwand der laufenden Periode darstellt, ist für die Beihilfeverpflichtungen gegenüber Ausgeschiedenen eine Rückstellung zu bilden. Bei der Bewertung der Beihilfeverpflichtungen zum Stichtag 31. Dezember 2012 wurde eine durchschnittliche Beihilfezahlung in Höhe von 3.667 € p. a. in Ansatz gebracht.

Die Ermittlung der **Rückstellung für Altersteilzeit** erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 18.11.1998 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Sie wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % ermittelt. Der Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2012 zugrunde. Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen sind für Beamtinnen/Beamte dem § 85 b des Hessischen Beamtengesetzes in Verbindung mit der „Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit (Altersteilzeitzuschlagsverordnung - ATZV)“ in der am 31.08.2006 geltenden Fassung zu entnehmen. Für Tarifbeschäftigte sind Art und Umfang der Leistungen in dem „Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ)“ vom 05.05.1998 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 2 vom 30.06.2000 festgelegt.

Die **Rückstellung für das Leistungsentgelt nach § 18 TVöD** errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (1% der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats Septembers, der im Dezember an die Beschäftigten ausgezahlt wird. Solange es keine entsprechende Dienstvereinbarung zum Leistungsentgelt gibt, wird dieser Differenzbetrag für künftige Leistungsentgelte vorgehalten.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich überwiegend um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die über den ermittelten Wert des Grund und Bodens hinausgehen, deswegen nicht aktivisch abgesetzt werden können und auf der Passivseite als Rückstellungen ausgewiesen werden.

Jahresabschluss 2012

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten z. B. für einen Anteil von ca. 30 % des negativen Eigenkapitals eines Zweckverbandes.

Im Jahresabschluss 2012 wurde im Vergleich zu den vorangegangenen Abschlüssen die Vorgehensweise bei der Ermittlung der **Instandhaltungsrückstellung** wiederum leicht korrigiert. Es wurden die Maßnahmen zugrunde gelegt, die zum Stand 31.12.2012 einen Ist-Betrag von jeweils > 50.000 € aufwiesen.

Da sich die Notwendigkeit und die Höhe der Rückstellung inhaltlich aus den einzelnen Maßnahmen ergeben, wurden diese Maßnahmen den betroffenen Ämtern vorgelegt. Bei der Beurteilung ob und in welcher Höhe eine Rückstellung zu bilden sei, legten die Ämter die folgenden Kriterien an:

- o Die Maßnahme muss unbedingt erforderlich sein um ein unmittelbar drohendes Nutzungsverbot oder eine massive Nutzungseinschränkung zu verhindern (bzw. aufzuheben).
- o Die Durchführung muss für das Jahr 2012 vorgesehen gewesen sein, kann aber erst im Jahr 2013 durchgeführt werden.

Der rückstellungsrelevante Anteil an den ausgewählten Maßnahmen wurde auf die Gesamtheit des Instandhaltungsaufwands hochgerechnet.

Verbindlichkeiten sind zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag angesetzt. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000,-€ übersteigen.

4 Tabellenteil

4.1 Anlagenspiegel

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten							Kumulierte Abschreibungen					Buchwert	
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
1. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	7.770	557	37	2	8.292	4.405	0	870	0	5.238	3.054	3.365		
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	90.914	7.519	33.776	5.980	70.638	54.546	0	5.281	0	26.052	44.586	36.368		
Summe 1.	98.684	8.077	33.813	5.983	78.930	58.951	0	6.151	0	31.290	47.640	39.733		
2. Sachanlagevermögen														
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	470.419	2.270	5.936	3.767	470.520	40	0	25	0	65	470.455	470.379		
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	626.181	5.546	1.035	21.832	652.524	207.070	0	10.183	-2	216.990	435.533	419.111		
2.3 Sachanlagen im Gemeindegebrauch, Infrastrukturvermögen	1.093.188	5.893	786	9.241	1.107.536	672.046	0	19.832	0	691.841	415.695	421.143		
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	208	6	7	0	207	17	0	18	0	27	179	191		
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	55.050	5.011	4.010	2.339	58.390	29.432	0	6.287	2	31.762	26.629	25.618		
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	84.688	10.361	2.530	-43.161	49.358	0	0	0	0	0	49.358	84.688		
Summe 2.	2.329.734	29.087	14.303	-5.983	2.338.535	908.604	0	36.345	0	940.686	1.397.849	1.421.129		
3. Finanzanlagevermögen														
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	463.185	4.109	0	9	467.303	10.085	0	1.751	0	11.835	455.468	453.101		
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	69.547	59	1.373	0	0	0	0	0	0	0	68.233	69.547		
3.3 Beteiligungen	173.818	10	0	-9	173.819	0	0	0	0	0	173.819	173.818		
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.188	0	347	0	0	0	0	0	0	0	17.841	18.188		
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	35.700	0	0	0	35.700	0	0	0	0	0	35.700	35.700		
3.6 Sonstige Finanzanlagen	40.108	2.248	1.435	0	2	0	0	0	0	0	40.921	40.108		
Summe 3.	800.546	6.426	3.154	0	676.824	10.085	0	1.751	0	11.835	791.983	790.462		
Gesamtsumme (1. bis 3.)	3.228.964	43.589	51.270	0	3.094.289	977.640	0	44.247	0	983.811	2.237.472	2.251.325		

Jahresabschluss 2012

4.2 Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2013)	ein bis fünf Jahren (01.01.14 - 31.12.17)	über fünf Jahre (ab 01.01.2018)
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	53.413	47.013	6.796	6.123	34.094
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19.645	37.970	37.897	73	
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.041	4.240	3.913	219	108
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	90.976	21.504	21.379	125	
5. Sonstige Vermögensgegenstände	12.172	13.758	13.517	206	35
Summe	181.247	124.485	83.502	6.746	34.237

4.3 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2013)	ein bis fünf Jahren (01.01.13 - 31.12.16)	über fünf Jahre (ab 01.01.2017)
			Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1. Anleihen					
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	373.211	319.654	12.090	52.407	255.157
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	38.195	37.518	3.548	12.867	21.103
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	1.434	1.436	1	25	1.410
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	268	175	86	89	
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	12.385	12.473	12.473		
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.961	9.444	9.083	361	
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	3.318	3.461	3.461		
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	13.193	18.693	18.678	15	
8. Sonstige Verbindlichkeiten	50.218	56.031	56.031		
Summe	501.183	458.885	115.451	65.764	277.670

4.4 Eigenkapitalpiegel

Eigenkapital	Anfangsstand	Verwendung des Jahresergebnis aus dem Vorjahr	Veränderungen aus dem laufenden Jahr	Endstand
	01.01.2012	2012	2012	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Nettoposition	1.259.089.688	0	0	1.259.089.688
II. Rücklagen	95.325.835	-49.347.508	0	45.978.327
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	82.217.383	-49.347.508		32.869.875
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	11.224.491			11.224.491
<u>Sonderrücklage</u> Stiftungskapital	1.883.961			1.883.961
III. Verluste aus Vorjahren	0			0
IV. Jahresergebnis	-49.347.508			19.147.401
Eigenkapital	1.305.068.015			1.324.215.416

4.5 Rückstellungsspiegel

	Anfangsstand	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Endstand
	01.01.2012	2012	2012	2012	31.12.2012
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	440.272.714	1.708.607	0	7.234.194	445.798.301
Pensionsrückstellung	388.387.833			4.837.328	393.225.161
Rückstellung Altersteilzeit	3.831.519	1.708.607			2.122.912
Rückstellung Beihilfe Versorgungsempfänger	48.053.362			2.396.866	50.450.228
Rückstellung für Finanzausgleich und Steuern	0			153.146	153.146
Rückstellung für die Sanierung von Altlasten	910.094	1.045	322.100		586.949
sonstige Rückstellungen	9.500.368	203.196	2.499.756	5.361.167	12.158.583
Rückstellung für Leistungsentgelt	2.125.230			1.478.370	3.603.600
Rückstellung Lebensarbeitszeitkonto	3.217.959			437.857	3.655.816
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	1.968.923	32.881	1.936.042	81.328	81.328
Sonstige Rückstellungen	2.188.256	170.315	563.714	3.363.612	4.817.839
Photovoltaikanlage	243.625	29.567			214.058
Künstlerviertel	50.332	50.332		225.000	225.000
Altforderungen KGRZ	654.130	90.416	563.714		0
Deckung neg. Eigenkapital KGRZ	1.240.169				1.240.169
Offene NK-Forderung Luisenforum	0			197.658	197.658
Rückforderung Bildungs- und Teilhabepaket	0			2.940.954	2.940.954
Gesamt	450.683.176	1.912.848	2.821.856	12.748.507	458.696.979

4.6 Übersicht über die fremden Finanzmittel

Forderungen	Anfangsstand 2012	Endstand 2012
	EUR	EUR
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	260.228,06	6.357,04
Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	260.228,06	6.357,04
sonstige durchlaufende Gelder	1.991,00	6.449,00
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für	3.420,19	172,50
Summe sonstige Vermögensgegenstände	3.420,19	172,50

Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2012	Endstand 2012
	EUR	EUR
sonst. Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuerabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	54.036,09	102.446,39
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.738.761,64	4.680.007,22
Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	5.673.756,09	5.663.411,97
sonstige Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für Dritte	59.882,81	73.713,59
Erich-Haub-Zais-Stiftung	118.757,67	52.455,43
Georg-Konell-Preis	44.299,69	19.881,41
Christian-Zais-Preis	13.866,42	13.935,75
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	13.619,02	13.876,52
sonstige durchlaufende Gelder	375.814,97	316.732,33
Erbschaft Kubis	128.192,41	120.829,55
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	2.976.187,79	3.053.242,11
Verbindlichkeiten ggü. Land aus Bundesmittel U 3 IM	90.000,00	0,00
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	33.540,09	34.105,09
Bundesanteile Gebühren	7.939,05	35.991,45
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	573.460,28	222.682,67
sonstige Verbindlichkeiten	4.435.560,20	3.957.445,90

Jahresabschluss 2012

4.7 Ergebnisrechnung Wiesbaden

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahr
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-13.466.351	-11.717.334	-13.086.529	1.369.195
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-32.108.559	-36.055.922	-34.651.870	-1.404.051
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-16.812.807	-16.187.883	-17.341.281	1.153.398
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.525.367	-2.000.000	-1.090.775	-909.225
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-366.350.220	-408.064.000	-439.933.338	31.869.338
6	Erträge aus Transferleistungen	-164.628.237	-158.927.670	-163.183.720	4.256.050
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-146.155.652	-182.783.105	-174.836.415	-7.946.690
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-10.576.113	-9.387.361	-12.289.476	2.902.115
9	Sonstige ordentliche Erträge	-34.677.933	-23.436.318	-32.305.707	8.869.389
10	Summe der ordentlichen Erträge	-786.301.239	-848.559.593	-888.719.112	40.159.519
11	Personalaufwendungen	186.831.894	190.363.898	191.235.827	-871.929
12	Versorgungsaufwendungen	29.398.587	49.478.167	28.464.698	21.013.469
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.731.876	166.120.136	131.910.774	34.209.362
14	Abschreibungen	49.935.427	45.105.303	60.768.705	-15.663.402
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	21.762.000	18.852.250	20.273.905	-1.421.655
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	85.245.036	88.123.570	88.842.239	-718.669
17	Transferaufwendungen	383.856.442	391.342.807	394.639.630	-3.296.824
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-26.369.833	-25.012.739	-23.613.817	-26.247.662
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	858.391.428	924.373.392	892.521.961	7.002.691
20	Verwaltungsergebnis	72.090.190	75.813.799	3.802.849	47.162.210
21	Finanzerträge	-41.311.040	-35.679.290	-39.904.102	4.224.812
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.609.139	19.428.500	18.627.396	801.104
23	Finanzergebnis	-20.701.901	-16.250.790	-21.276.706	5.025.916
24	Ordentliches Ergebnis	51.388.289	59.563.009	-17.473.857	52.188.126
25	Außerordentliche Erträge	-10.858.786	0	-5.383.916	5.383.916
26	Außerordentliche Aufwendungen	5.479.462	0	7.501.062	-7.501.062
27	Außerordentliches Ergebnis	-5.379.324	0	2.117.146	-2.117.146
28	Jahresergebnis	46.008.965	59.563.009	-15.356.711	50.070.980

4.8 Ergebnisrechnung AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahr
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-885.136	-769.410	-908.693	139.283
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.194.437	-1.453.060	-1.595.618	142.558
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-122.224	-96.140	-103.662	7.522
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-162.136	0	-177.827	177.827
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-36.956.866	-40.235.000	-41.055.478	820.478
6	Erträge aus Transferleistungen	-244.878	-250.770	-284.353	33.583
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-11.264.740	-13.964.193	-13.642.197	-321.996
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-1.949.821	-2.085.734	-2.232.229	146.495
9	Sonstige ordentliche Erträge	-323.542	-593.386	-619.183	25.797
10	Summe der ordentlichen Erträge	-53.103.782	-59.447.693	-60.619.238	1.171.546
11	Personalaufwendungen	4.137.891	4.160.573	4.230.563	-69.990
12	Versorgungsaufwendungen	71.393	104.100	70.319	33.781
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.493.400	7.934.115	6.739.392	1.194.723
14	Abschreibungen	6.122.065	4.763.903	5.331.246	-567.343
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	0	0	0
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	8.676.422	9.126.000	9.219.559	-93.559
17	Transferaufwendungen	3.709.889	4.881.120	4.868.968	12.152
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	27.069.022	25.753.220	25.574.967	25.026.993
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	57.280.083	56.723.031	56.035.013	25.536.758
20	Verwaltungsergebnis	4.176.302	-2.724.661	-4.584.225	26.708.303
21	Finanzerträge	-1.127.604	-739.760	-709.354	-30.406
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.597.999	1.538.000	1.814.335	-276.335
23	Finanzergebnis	470.395	798.240	1.104.981	-306.741
24	Ordentliches Ergebnis	4.646.697	-1.926.421	-3.479.244	26.401.562
25	Außerordentliche Erträge	-1.428.523	0	-925.619	925.619
26	Außerordentliche Aufwendungen	120.370	0	614.173	-614.173
27	Außerordentliches Ergebnis	-1.308.153	0	-311.446	311.446
28	Jahresergebnis	3.338.543	-1.926.421	-3.790.690	26.713.008

Jahresabschluss 2012

4.9 Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK

Dezernat I

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-799.343	-697.841	-803.877	106.035
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-168.818	-216.880	-185.170	-31.710
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-506.180	-244.750	-295.653	50.903
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-21.877	-17.240	-22.332	5.092
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-1.416.815	-125.000	244.887	-369.887
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-16.533	-15.560	0	-15.560
9	Sonstige ordentliche Erträge	-16.940.929	-15.691.290	-16.858.822	1.167.532
10	Summe der ordentlichen Erträge	-19.870.495	-17.008.561	-17.920.967	912.406
11	Personalaufwendungen	16.378.014	17.323.860	16.646.908	676.953
12	Versorgungsaufwendungen	2.419.630	2.837.560	2.371.800	465.760
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.699.737	22.267.797	19.374.186	2.893.612
14	Abschreibungen	3.264.167	2.582.491	2.841.923	-259.432
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	21.560.761	18.338.497	20.273.905	-1.935.407
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	28.570	0	28.570
17	Transferaufwendungen	2.118.529	1.850.696	2.132.837	-282.140
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	46.146	16.650	558.324	-541.674
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	63.486.984	65.246.123	64.199.882	1.046.240
20	Verwaltungsergebnis	43.616.490	48.237.561	46.278.915	1.958.646
21	Finanzerträge	-23.445.051	-23.261.050	-23.611.907	350.857
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	41.449	-41.449
23	Finanzergebnis	-23.445.051	-23.261.050	-23.570.458	309.408
24	Ordentliches Ergebnis	20.171.439	24.976.511	22.708.457	2.268.054
25	Außerordentliche Erträge	-821.050	0	-1.166	1.166
26	Außerordentliche Aufwendungen	2.678.233	0	1.861.616	-1.861.616
27	Außerordentliches Ergebnis	1.857.183	0	1.860.450	-1.860.450
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	22.028.621	24.976.511	24.568.907	407.605
29	Ergebnis aus dLV	-1.398.845	-1.260.642	-1.217.856	-42.787
30	Ergebnis aus Umlagen	-15.532.601	-9.340.448	-10.674.979	1.334.531
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-16.931.445	-10.601.090	-11.892.835	1.291.745
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	5.097.176	14.375.421	12.676.072	1.699.349

Dezernat II

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-83.579	-51.050	-73.922	22.872
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-604.173	-883.060	-749.396	-133.664
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-443.504	-238.550	-285.772	47.222
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-71.813	0	-70.535	70.535
6	Erträge aus Transferleistungen	-3.310	-5.000	-2.337	-2.663
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-832.045	-959.150	-1.164.007	204.857
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-11.568	-115.299	0	-115.299
9	Sonstige ordentliche Erträge	-564.608	-354.246	-425.732	71.486
10	Summe der ordentlichen Erträge	-2.614.600	-2.606.355	-2.771.700	165.346
11	Personalaufwendungen	9.335.891	9.628.880	9.650.583	-21.703
12	Versorgungsaufwendungen	921.801	1.724.020	922.259	801.761
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.248.535	3.995.518	3.450.043	545.475
14	Abschreibungen	254.144	393.365	222.144	171.222
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-694.709	0	-694.709
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	781.897	822.929	847.623	-24.695
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.016	3.910	7.965	-4.055
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	14.545.283	15.873.913	15.100.618	773.295
20	Verwaltungsergebnis	11.930.683	13.267.558	12.328.918	938.640
21	Finanzerträge	-36.952	0	-10.366	10.366
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	28.902	-28.902
23	Finanzergebnis	-36.952	0	18.536	-18.536
24	Ordentliches Ergebnis	11.893.730	13.267.558	12.347.454	920.104
25	Außerordentliche Erträge	-855.295	0	-17.781	17.781
26	Außerordentliche Aufwendungen	371.285	0	109.416	-109.416
27	Außerordentliches Ergebnis	-484.010	0	91.635	-91.635
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	11.409.720	13.267.558	12.439.089	828.469
29	Ergebnis aus dLV	-308.821	-355.439	-321.238	-34.200
30	Ergebnis aus Umlagen	1.834.956	2.453.953	751.311	1.702.642
31	Ergebnis aus internen Leistungen	1.526.135	2.098.514	430.073	1.668.441
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	12.935.855	15.366.073	12.869.162	2.496.910

Jahresabschluss 2012

Dezernat III

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.256.678	-8.657.953	-9.117.190	459.237
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.917.594	-2.595.000	-2.278.226	-316.774
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-3.710.665	-3.523.450	-3.591.864	68.414
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-82.832	0	-87.848	87.848
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-154.081	-50.000	-284.879	234.879
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-33.032	-3.425	0	-3.425
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.198.695	-763.850	-702.143	-61.707
10	Summe der ordentlichen Erträge	-16.353.576	-15.593.678	-16.062.150	468.472
11	Personalaufwendungen	29.874.883	31.187.370	31.142.688	44.682
12	Versorgungsaufwendungen	9.795.206	10.322.146	9.911.724	410.422
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.413.238	8.633.442	10.094.207	-1.460.766
14	Abschreibungen	2.413.637	2.487.972	3.121.760	-633.788
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-234.050	0	-234.050
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	1.743.371	3.201.420	2.162.982	1.038.438
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	488.266	505.601	976.267	-470.666
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	54.728.601	56.103.900	57.409.628	-1.305.728
20	Verwaltungsergebnis	38.375.025	40.510.222	41.347.477	-837.255
21	Finanzerträge	-3.492	0	-820	820
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
23	Finanzergebnis	-3.492	0	-820	820
24	Ordentliches Ergebnis	38.371.533	40.510.222	41.346.657	-836.435
25	Außerordentliche Erträge	-10.406.152	0	-4.605.720	4.605.720
26	Außerordentliche Aufwendungen	694.052	0	1.660.097	-1.660.097
27	Außerordentliches Ergebnis	-9.712.100	0	-2.945.623	2.945.623
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	28.659.433	40.510.222	38.401.034	2.109.188
29	Ergebnis aus dLV	32.596	136.324	41.325	94.998
30	Ergebnis aus Umlagen	-9.727.032	-11.012.884	-11.719.946	707.062
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-9.694.436	-10.876.561	-11.678.621	802.060
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	18.964.997	29.633.661	26.722.413	2.911.248

Dezernat IV

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-62.866	-31.630	-83.747	52.117
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.384.159	-8.520.880	-7.907.372	-613.508
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-1.479.952	-1.060.620	-1.469.672	409.052
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-8.597	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-10.480	0	-10.440	10.440
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-883.925	-1.921.040	-478.900	-1.442.140
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-3.863.523	-3.800.698	0	-3.800.698
9	Sonstige ordentliche Erträge	-292.407	-474.363	-809.361	334.997
10	Summe der ordentlichen Erträge	-13.985.908	-15.809.232	-10.759.491	-5.049.740
11	Personalaufwendungen	21.219.367	20.772.423	20.543.301	229.122
12	Versorgungsaufwendungen	1.805.129	1.705.080	1.608.832	96.248
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	30.591.360	32.451.100	30.467.913	1.983.188
14	Abschreibungen	19.589.569	19.447.194	19.629.630	-182.437
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	200.000	-470.767	0	-470.767
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	147.916	99.000	146.947	-47.947
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.364	91.120	289.509	-198.389
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	73.579.705	74.095.150	72.686.132	1.409.017
20	Verwaltungsergebnis	59.593.797	58.285.918	61.926.641	-3.640.723
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	33	0	1.848	-1.848
23	Finanzergebnis	33	0	1.848	-1.848
24	Ordentliches Ergebnis	59.593.830	58.285.918	61.928.488	-3.642.571
25	Außerordentliche Erträge	-161.704	0	-264.817	264.817
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.353.961	0	354.006	-354.006
27	Außerordentliches Ergebnis	1.192.257	0	89.189	-89.189
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	60.786.087	58.285.918	62.017.678	-3.731.760
29	Ergebnis aus dLV	-3.143.524	-2.641.540	-3.024.568	383.029
30	Ergebnis aus Umlagen	-7.496.723	-7.257.303	-8.086.909	829.606
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-10.640.247	-9.898.842	-11.111.478	1.212.635
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	50.145.840	48.387.076	50.906.200	-2.519.124

Jahresabschluss 2012

Dezernat V

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.724.784	-1.109.430	-1.743.356	633.926
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-541.193	-694.100	-755.303	61.203
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-2.577.924	-2.442.440	-2.514.699	72.259
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	-3.600	3.600
6	Erträge aus Transferleistungen	-10.415	-6.530	-5.541	-989
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-10.591.157	-8.293.180	-10.893.646	2.600.466
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-3.833.595	-3.558.357	0	-3.558.357
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.234.969	-1.168.364	-1.514.459	346.094
10	Summe der ordentlichen Erträge	-20.514.038	-17.272.401	-17.430.605	158.204
11	Personalaufwendungen	19.532.099	19.093.453	19.604.275	-510.822
12	Versorgungsaufwendungen	1.329.579	2.567.831	1.406.805	1.161.025
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	32.167.312	34.314.634	33.325.422	989.213
14	Abschreibungen	8.852.022	9.774.700	9.774.542	158
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	655.525	0	655.525
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	24.240.318	24.061.632	25.757.322	-1.695.690
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	50.295	55.710	55.453	257
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	86.171.623	90.523.485	89.923.819	599.666
20	Verwaltungsergebnis	65.657.585	73.251.084	72.493.213	757.870
21	Finanzerträge	0	0	-143	143
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	148	-148
23	Finanzergebnis	0	0	6	-6
24	Ordentliches Ergebnis	65.657.585	73.251.084	72.493.219	757.864
25	Außerordentliche Erträge	-3.931	0	-225.279	225.279
26	Außerordentliche Aufwendungen	222.634	0	2.687.486	-2.687.486
27	Außerordentliches Ergebnis	218.703	0	2.462.207	-2.462.207
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	65.876.288	73.251.084	74.955.427	-1.704.343
29	Ergebnis aus dLV	1.170.441	867.766	1.290.571	-422.805
30	Ergebnis aus Umlagen	6.986.201	1.717.836	6.494.234	-4.776.398
31	Ergebnis aus internen Leistungen	8.156.642	2.585.602	7.784.805	-5.199.203
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	74.032.929	75.836.686	82.740.232	-6.903.546

Dezernat VI

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-763.366	-712.520	-778.875	66.355
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-5.178.825	-5.608.752	-6.363.542	754.790
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-5.357.008	-5.979.460	-6.300.561	321.101
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-164.648.401	-159.074.220	-163.226.403	4.152.183
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-28.369.178	-29.380.238	-38.268.049	8.887.811
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-183.257	-183.410	0	-183.410
9	Sonstige ordentliche Erträge	-2.014.653	-4.442.484	-3.952.416	-490.067
10	Summe der ordentlichen Erträge	-206.514.688	-205.381.083	-218.889.846	13.508.763
11	Personalaufwendungen	66.541.517	71.639.970	70.403.708	1.236.261
12	Versorgungsaufwendungen	4.667.580	4.732.820	4.595.085	137.735
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.434.874	21.463.833	21.822.097	-358.264
14	Abschreibungen	7.796.358	5.025.571	6.414.262	-1.388.692
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.239	2.922.754	0	2.922.754
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	358.419.089	366.156.800	368.429.616	-2.272.816
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	17.538	15.930	22.506	-6.576
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	453.878.196	471.957.677	471.687.275	270.403
20	Verwaltungsergebnis	247.363.508	266.576.594	252.797.429	13.779.166
21	Finanzerträge	-9.702	0	-8.120	8.120
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
23	Finanzergebnis	-9.702	0	-8.120	8.120
24	Ordentliches Ergebnis	247.353.806	266.576.594	252.789.309	13.787.286
25	Außerordentliche Erträge	-17.023	0	-676.561	676.561
26	Außerordentliche Aufwendungen	13.627	0	910.503	-910.503
27	Außerordentliches Ergebnis	-3.396	0	233.942	-233.942
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	247.350.410	266.576.594	253.023.251	13.553.343
29	Ergebnis aus dLV	1.153.223	1.015.992	1.020.728	-4.737
30	Ergebnis aus Umlagen	24.540.147	23.575.855	23.346.312	229.543
31	Ergebnis aus internen Leistungen	25.693.370	24.591.847	24.367.041	224.807
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	273.043.780	291.168.442	277.390.292	13.778.150

Jahresabschluss 2012

Dezernat VII

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	3	4	5	6	7
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.660.871	-1.226.320	-1.394.254	167.934
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-17.508.235	-18.990.310	-18.008.479	-981.831
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-412.303	-320.443	-438.993	118.550
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-95.800	-75.450	-113.172	37.722
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-515.960	-233.190	-63.554	-169.636
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-715.973	-18.877	-11.596	-7.281
9	Sonstige ordentliche Erträge	-2.205.747	-1.095.107	-1.438.905	343.798
10	Summe der ordentlichen Erträge	-23.114.889	-21.959.697	-21.468.954	-490.743
11	Personalaufwendungen	24.870.056	24.878.516	27.036.970	-2.158.454
12	Versorgungsaufwendungen	2.006.253	4.902.810	2.192.923	2.709.887
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.842.179	22.116.634	21.873.408	243.225
14	Abschreibungen	2.424.444	1.343.165	3.108.191	-1.765.026
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	-1.665.000	0	-1.665.000
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	115.212	31.450	31.271	179
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	67.363	51.560	50.885	675
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	52.325.507	51.659.135	54.293.649	-2.634.515
20	Verwaltungsergebnis	29.210.619	29.699.438	32.824.695	-3.125.257
21	Finanzerträge	-527.122	-1.523.000	-1.873.760	350.760
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	715	0	0	0
23	Finanzergebnis	-526.407	-1.523.000	-1.873.760	350.760
24	Ordentliches Ergebnis	28.684.212	28.176.438	30.950.935	-2.774.497
25	Außerordentliche Erträge	-22.155	0	-518.182	518.182
26	Außerordentliche Aufwendungen	266.041	0	532.111	-532.111
27	Außerordentliches Ergebnis	243.887	0	13.929	-13.929
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	28.928.098	28.176.438	30.964.864	-2.788.426
29	Ergebnis aus dLV	807.426	945.058	942.436	2.622
30	Ergebnis aus Umlagen	-604.947	-137.009	-110.023	-26.986
31	Ergebnis aus internen Leistungen	202.479	808.049	832.413	-24.364
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	29.130.577	28.984.487	31.797.276	-2.812.790

Allgemeine Finanzwirtschaft

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2011	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2012	Ergebnis des Haushaltsjahres 2012	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-2.447.496	-2.474.310	-2.547.729	73.419
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	-2.000.000	0	-2.000.000
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-403.226.676	-448.299.000	-480.914.681	32.615.681
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-114.657.231	-155.785.500	-137.570.464	-18.215.036
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-3.868.453	-3.777.469	-14.510.108	10.732.639
9	Sonstige ordentliche Erträge	-10.549.467	-40.000	-7.223.052	7.183.052
10	Summe der ordentlichen Erträge	-534.749.323	-612.376.279	-642.766.034	30.389.755
11	Personalaufwendungen	3.217.959	0	437.957	-437.957
12	Versorgungsaufwendungen	6.524.802	20.790.000	5.525.587	15.264.413
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.828.042	28.811.293	-1.757.110	30.568.403
14	Abschreibungen	11.463.151	8.814.748	20.987.499	-12.172.751
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	0	0	0	0
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	93.921.458	97.221.000	98.061.798	-840.798
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	200	0	240	-240
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	116.955.612	155.637.041	123.255.971	32.381.070
20	Verwaltungsergebnis	-417.793.711	-456.739.238	-519.510.063	62.770.826
21	Finanzerträge	-18.416.324	-11.635.000	-15.108.340	3.473.340
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22.206.390	20.966.500	20.369.385	597.115
23	Finanzergebnis	3.790.066	9.331.500	5.261.045	4.070.455
24	Ordentliches Ergebnis	-414.003.645	-447.407.738	-514.249.018	66.841.281
25	Außerordentliche Erträge	0	0	-30	30
26	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
27	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-30	30
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	-414.003.645	-447.407.738	-514.249.049	66.841.311
29	Ergebnis aus dLV	0	0	0	0
30	Ergebnis aus Umlagen	0	0	0	0
31	Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0	0
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	-414.003.645	-447.407.738	-514.249.049	66.841.311

4.10 Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen

(Stand 07.10.2013, Angaben in Tsd. €)

Bezeichnung	Überleitung aus 2011	Ansatz 2012	aktualisierter Ansatz 2012	Ist 2012	Restbudget 2012 / max. Überleitung	
Dezernat I						
Ist >100 Tsd. €						
Maßnahmen						
I.03135	52 SP Delkenheim - Neubau Kunstrasen	951	0	893	893	59
I.02628	10 BGH Erbenheim Sanierung	953	0	810	810	143
I.03648	20 INV-Zuschuss Sanier. Schenksches Haus	0	0	680	680	0
I.03399	20 Inv.zuschuss für Kurhaussanierung	0	0	371	371	155
I.03413	52 Neubau Gewerbe Pl. d. Dt. Einheit	0	0	151	151	0
I.02688	20 mattiaqua Investitionszuschuss	0	230	105	105	125
I.03468	20 Stammkapital Wasserversorgungsbetrieb	100	0	100	100	0
Ist <100Tsd.€		25.977	2.145	368	368	24.676
Beschaffungen		2.768	909	897	896	2.969
Gesamt		30.749	3.284	4.374	4.373	28.126

Bezeichnung	Überleitung aus 2011	Ansatz 2012	aktualisierter Ansatz 2012	Ist 2012	Restbudget 2012 / max. Überleitung	
Dezernat II						
Ist > 100 Tsd. €						
Maßnahmen						
I.00599	36 Sonnenberg Hochwasserschutz	748	700	826	826	670
I.01477	36 Arsenschaden Rheinwiesen	235	44	166	166	113
I.02627	36 Kessel/Wellritzbach Abtr. Umsetzung	4.077	1.000	138	138	4.939
I.00603	36 Stickelmühlteiche Hochwassersicherung	177	20	127	127	69
Ist <Tsd. €						
		4.350	1.678	298	298	4.721
Beschaffungen						
		124	159	73	73	224
Gesamt						
		9.711	3.601	1.629	1.629	10.736
Dezernat III						
Ist > 100 Tsd. €						
Maßnahmen						
I.03414	93 Investitionszuschuss Neubau RMH	0	0	1.052	1.052	0
Ist <100 Tsd. €						
		5.346	42	182	68	4.961

Jahresabschluss 2012

Bezeichnung	Überleitung aus 2011	Ansatz 2012	aktualisierter Ansatz 2012	Ist 2012	Restbudget 2012 / max. Überleitung
Beschaffungen	3.241	1.028	3.320	944	2.720
Gesamt	8.587	1.070	4.554	2.064	7.681

Dezernat IV

Ist > 100Tsd. €

Maßnahmen

I.01857	66 WIN HWS Sonnenberg Straßenbau 1.BA	759	0	371	371	388
I.02673	66 WIN Wandersmannstraße Parkplatz	0	380	344	344	36
I.01228	66 WIN Parkplatz Berliner Straße	747	0	277	277	470
I.01847	66 WIN Am Schloßpark	323	0	158	158	9
I.01809	66 WIN Berliner / Wandersmannstraße	9	360	154	154	215
I.00150	66 WIN Fußgängerzone - Neugestaltung	216	0	139	139	68

Programme

Baulandumlegungen Dez. IV	0	955	249	249	187
Verkehrssicherung Fahr-/Gehwege INV	25	150	241	241	0
Stadtumbau Kostheim/Kastel 66/61INV	610	0	737	737	41
Dorfplatzprogramm INV WI	454	300	124	124	636
Fahrbahndeckenprogramm INV WI	677	700	743	743	442
Fahrbahndeckenprogramm INV AKK	0	35	212	212	15
Radwegprogramm INV AKK	241	0	200	200	36
Beseitigung Unfallschwerpunkte INV	154	150	108	108	196
Gehwegprogramm INV WI	186	0	127	127	59

Bezeichnung	Überleitung aus 2011	Ansatz 2012	aktualisierter Ansatz 2012	Ist 2012	Restbudget 2012 / max. Überleitung
Programme					
Straßenbeleuchtungsanlagen INV WI	556	700	911	911	657
Erschließungsmaßnahmen INV WI	0	800	180	180	0
Erschließungsmaßnahmen INV AKK	0	800	198	198	0
Ist < 100 Tsd. €	6.876	11.785	862	509	9.897
Beschaffungen	536	403	182	182	962
Gesamt	12.370	17.513	6.521	6.168	14.312
Dezernat V Schulen u.a.					

Ist > 100 Tsd. €**Maßnahmen**

I.01896	40 M.-Niemöller-Schule Sanierung	0	3.502	3.502	1.804	1.698
I.00546	40 Joh.-Maaß-Schule Neubau	1.518	0	1.653	1.312	341
I.03021	40 B SchuKi Nordenstadt	669	0	675	675	0
I.02525	40 Ernst-Göbel-Schule - Sanierung Altbau	0	0	0	478	-478
I.00003	40 Kerschensteinerschule Erweiterung 2	0	0	65	358	-293
I.00252	40 A.-Stifter-Schule Ersatzbau Grundschule	0	0	0	298	-298
I.00251	40 W-H-v-Riehl-Sch. Generalsanierung.	0	0	0	184	-184
I.02963	40 JVS Karl-Gärtner-Schule	156	0	156	155	2

Jahresabschluss 2012

Bezeichnung	Überleitung aus 2011	Ansatz 2012	aktualisierter Ansatz 2012	Ist 2012	Restbudget 2012 / max. Überleitung
Programme					
Schulbudget (Beschaffungen)	240	592	476	476	328
Ist < 100Tsd. €	3.133	4.716	7.866	286	7.580
Beschaffungen (ohne Schulbudget)	33	241	596	392	250
Gesamt	5.750	9.051	14.989	6.418	8.945

Dezernat V Kultur

Ist > 100 Tsd. €

Maßnahmen

I.01834	41 Zuschuss an Kuk Ersatzneubau	335	6.506	6.899	5.088	1.812
I.00612	41 Errichtung eines Stadtmuseums	0	0	17.539	659	16.880
I.01870	41 Namentliches Gedenken Michelsberg	308	0	308	119	189

Ist < 100 Tsd. €

Beschaffungen

Gesamt		1.422	608	1.772	194	1.578
		113	504	623	70	553
		2.178	7.618	27.141	6.130	21.011

Bezeichnung	Überleitung aus 2011	Ansatz 2012	aktualisierter Ansatz 2012	Ist 2012	Restbudget 2012 / max. Überleitung	
Dezernat VI						
Ist > 100 Tsd. €						
Maßnahmen						
I.02794	51 Kapitaleinlage Altenpflegekonzept	0	4.000	4.000	4.000	0
I.01585	51 Ersatzneubau Kita Schlangenbader Str	1.120	741	550	550	1.610
I.02575	51 Inv.Zusch. HI.Geist - Anbau u. Sanierung	438	0	389	389	49
I.03427	51 Kita St. Bonifatius San.FiWi-Zusetzung	1.238	0	350	350	780
I.02798	51 Ausbauprogramm Krippenplätze 2010-11	475	0	200	200	175
I.02577	51 Inv.Zusch.Bodelschw. Ersatzneubau	0	200	200	200	0
I.01643	51 Kita Im Sampel Erweiterung	703	0	179	179	825
I.01909	51 Investiv städt. KTs Freiflächen WI	15	30	157	157	1
I.02806	51.510203 Krippenerweit.Ev.KT Ringkirche	300	0	150	150	150
						0
						0
Programme						
	Soz. Stadt Westend	1.300	195	251	251	1.207
	Soz. Stadt Bieb./Südost	3.617	190	257	257	3.540
	Wohnungsbau Dez. VI Wiesbaden	1.473	4.660	1.913	1.913	4.085
Ist < 100 Tsd. €		6.655	5.852	676	675	12.241
Beschaffungen		718	297	476	476	779
Gesamt		18.051	16.165	9.748	9.748	25.440

Jahresabschluss 2012



Bezeichnung	Überleitung aus 2011	Ansatz 2012	aktualisierter Ansatz 2012	Ist 2012	Restbudget 2012 / max. Überleitung
Dezernat VII					
Ist > 100 Tsd. €					
Maßnahmen					
--					
Programme					
Kinderspielplatzprogramm	300	0	385	385	0
Ist < 100 Tsd. €					
Beschaffungen	685	662	1.345	830	515
Gesamt	2.314	762	2.468	1.512	956